

LAGEBILD RECHTSEXTREMISMUS BAYERN 2023



*Herausgegeben von der GRÜNEN
Landtagsfraktion zu den Gefahren
von rechts*

**GRÜNE FRAKTION
LANDTAG BAYERN**



Cover:
Nach dem Bekanntwerden
des rechtsextremen Treffens
in Potsdam demonstriert
in München Groß und Klein
gemeinsam gegen rechts.
Foto: Robert Andreasch



Solidarisch gegen den
rechtsextremen Angriff auf
die vielfältige Demokratie.
Foto: Robert Andreasch

Inhalt

Vorwort	4
Forderungen	5
1. Rechtsextremismus bei AfD und JA	6
1.1. Die AfD als rechtsextremer Verdachtsfall	6
1.2. Die völkische Ideologie der AfD	8
1.3. Vernetzung mit dem rechtsextremen Vorfeld der Partei	9
1.4. Junge Alternative: Bindeglied zur aktivistischen rechtsextremen Szene	12
1.5. Die AfD Fraktion im bayerischen Landtag	14
2. Weitere rechtsextreme Organisationen, Parteien und Aktionsfelder	17
2.1. Aktionistischer Arm der Neuen Rechten: Die Identitäre Bewegung	17
2.2. Schlagende Verbindungen: Rechtsextreme Burschenschaften	21
2.3. Kaderpartei der Neonaziszene: Der Dritte Weg	25
2.4. Neue Hülle, alter Inhalt: Die NPD heißt jetzt Die Heimat	28
2.5. Extrem gewaltbereit: Die Reichsbürger:innen-Szene in Bayern	30
2.6. Rechtsextreme Kampfsportszene	34
2.7. Rechtsextreme Musikszene	35
2.8. Graue Wölfe: organisiert, unorganisiert, gewaltaffin	36
3. Rechtsextreme Straf- und Gewalttaten	38
4. Antisemitisch, rassistisch, homophob und frauenfeindlich motivierte Hasskriminalität	41
5. Rassistische Straftaten gegen Geflüchtete und Migrant:innen	44
6. Antisemitische Straf- und Gewalttaten	45
7. Gefahren durch rechten Terror und untergetauchte Neonazis	48
Nachwort	58

Vorwort

Liebe Mitstreiter:innen im Kampf gegen Rechtsextremismus,

am 1. Juli 2024 hat das Verwaltungsgericht München entschieden, dass das Bayerische Landesamt für Verfassungsschutz die AfD als rechtsextremistischen Verdachtsfall beobachten darf. Das begrüßen wir sehr, denn die AfD ist eine gefährliche Partei, die für Krawall und Chaos steht und unsere Demokratie zerstören möchte. Als Politiker:innen aus den demokratischen Parteien und als Zivilgesellschaft sind wir alle aufgefordert, uns gegen den Rechtsrutsch in unserem Land zu stemmen. Menschenverachtende Hetze ist in Bayern Teil des politischen Alltags geworden. Zwei ganz aktuelle Ereignisse machen besonders deutlich, wie offen rechtsextrem sich die bayerische AfD inzwischen positioniert:

- Der AfD-Landesverband Bayern ging Ende Juni 2024 mit einem Antrag in den Bundesparteitag in Essen, der die parteiintern umstrittenen EU-Spitzenkandidaten Maximilian Krah und Petr Bystron gegen „auf Lügen und Verdächtigungen basierende Schmutzkampagnen“ verteidigte. Auch wenn die Resolution kurzfristig zurückgezogen wurde, setzte sie ein Zeichen: Die AfD Bayern steht loyal zu Krah und Bystron, weder gravierende Verdachtsmomente in Bezug auf russische und chinesische Einflussnahme noch SS-Relativierung stellen nunmehr rote Linien dar. Dabei zeigt das Beispiel doch deutlich: Wer sein Land liebt, kuschelt nicht mit Autokrat:innen! Genau das aber macht die AfD.
- Am 8. Juni 2024 skizzierte ein rechtsextremer Influencer auf einer von mehreren AfD-Landtagsabgeordneten besuchten Strategietagung der *Jungen Alternative* in Nürnberg Zukunftsszenarien, in denen vermeintlich nicht integrierte Personen mit Gewaltandrohung gezwungen werden könnten, Deutschland zu verlassen. Das ist eine Kampfansage an unser freies und demokratisches Zusammenleben. Wir stellen uns mit allem, was wir haben gegen diese Deportationspläne!

Beide Fälle zeigen exemplarisch die enorme Bedrohung, die von der AfD ausgeht. Wer den Rechtsstaat derart verhöhnt, darf nicht von falscher Toleranz profitieren. Die Prüfung eines Parteiverbots halten wir deshalb für unverzichtbar. Das neue Lagebild 2023 fokussiert die AfD als größte Gefahr für unser demokratisches Gemeinwesen. Viele weitere Akteur:innen im Rechtsextremismus lassen sich jedoch kaum losgelöst vom Erstarken der AfD betrachten. Andere Erkenntnisse hingegen sind auch so alarmierend, dass sie für sich Aufmerksamkeit erfordern: 2023 zählten die Sicherheitsbehörden im Freistaat beispielsweise jeden Tag im Schnitt mehr als fünf Straftaten mit rassistischem, antisemitischem, queer- und frauenfeindlichem Hintergrund – ein Höchststand mit hoher Dunkelziffer. Das Lagebild gibt einen Überblick über rechte Entwicklungen in Bayern und benennt zugleich effektive Gegenstrategien. Für Rückfragen zu unserem Lagebericht Rechtsextremismus 2023 stehen wir gerne jederzeit zur Verfügung.



Ihre **Katharina Schulze**
Fraktionsvorsitzende



Ihr **Cemal Bozoğlu**
Sprecher für Strategien gegen Rechtsextremismus

Wir fordern:

- 1** Bayern muss dem Vorbild von Sachsen, Sachsen-Anhalt und Thüringen folgen und den gesamten AfD-Landesverband als *gesichert rechtsextrem* einstufen. Die AfD in Bayern hat sich kontinuierlich radikalisiert und wird von eindeutig rechtsextremen Kräften dominiert. Die Staatsregierung ist aufgefordert, sich konstruktiv an der länderübergreifenden Diskussion und Materialsammlung für ein Parteiverbot zu beteiligen.
- 2** Es ist richtig und konsequent, dass die *Junge Alternative* als gesichert rechtsextreme Bestrebung eingestuft ist. Der bayerische Landesvorsitzende der JA Franz Schmid wird bereits vom bayerischen Verfassungsschutz beobachtet; die Übergänge zu rechtsextremen Burschenschaften und *Identitärer Bewegung* sind fließend. Wir fordern nun die Staatsregierung auf, sich auf Bundesebene für ein JA-Verbot einzusetzen.
- 3** Rechte Gewalt und rechtsextremer Terrorismus müssen eindeutig als größte Gefahr für die Innere Sicherheit unseres Landes erkannt und entschlossen bekämpft werden, insbesondere durch die Erhöhung des Fahndungs- und Repressionsdrucks auf die rechtsextreme Szene.
- 4** Die rechtsextremistische Szene muss konsequent entwaffnet werden. Bereits erteilte Waffenerlaubnisse müssen dringend wieder entzogen und ein restriktiver Kurs bei Neuerteilungen eingeschlagen werden. Auch illegale Wege der Waffen- und Munitionsbeschaffung sind konsequent aufzuklären und strafrechtlich zu ahnden. Für den digitalen Raum muss die entsprechende Expertise ebenfalls ausgebaut werden.
- 5** Bei der Bekämpfung gewaltbereiter rechtsextremer Organisationen wie *Identitärer Bewegung*, *Active Clubs* oder *Voice Of Anger* müssen vorhandene rechtliche Möglichkeiten Verbote ausgeschöpft werden.
- 6** Verschwörungsideologien muss die Staatsregierung deutlich entschiedener entgegenreten und Gegenstrategien ergreifen. Die rechtsextreme Reichsbürger:innen-Ideologie, Pandemie- und Klimawandel-Leugnung, QAnon und Incel bilden einen Nährboden für Gewalttaten bis hin zum rechtsextremen Terrorismus.
- 7** Bayern braucht dringend eine flächendeckende Beratungsstruktur für die Opfer rechter, rassistischer und antisemitischer Gewalt, ein umfassendes Monitoring und ein Landesprogramm zur Stärkung der Zivilgesellschaft mit entsprechenden Beratungsangeboten. Die aktuell vorhandenen Strukturen genügen längst nicht dem tatsächlich vorhandenen Bedarf.
- 8** Demokratie muss gestärkt und Vielfalt als wichtige Ressource unserer Zeit wahrgenommen werden. Interkulturalität, Antirassismus und Demokratiebewusstsein müssen stärkeren Eingang in (außer) schulische und berufliche Ausbildung sowie in alle staatlichen Behörden finden.

1. Rechtsextremismus bei AfD und JA

1.1. Die AfD als rechtsextremer Verdachtsfall

Seit Juni 2022 wird der bayerische Landesverband der *Alternative für Deutschland* (AfD) vom Landesamt für Verfassungsschutz (BayLfV) als *rechtsextremer Verdachtsfall* betrachtet. Die Verhältnismäßigkeit dieser Entscheidung wurde am 1. Juli 2024 vom Verwaltungsgericht München bestätigt, das Urteil ist derzeit noch nicht rechtskräftig. Bayern orientiert sich dabei an einer Entscheidung des Bundesamtes für Verfassungsschutz vom Februar 2021, die gesamte AfD auf Bundesebene zum *Verdachtsfall* und die *Junge Alternative* sowie den mittlerweile offiziell aufgelösten völkischen *Flügel* der Partei zur *gesichert rechtsextremen Bestrebung* zu erklären. Die Klagen der AfD gegen ihre Beobachtung durch den Inlandsgeheimdienst vor dem Verwaltungsgericht Köln und dem Oberverwaltungsgericht Münster blieben erfolglos. Die Sicherheitsbehörden konnten offenbar genügend tatsächliche Anhaltspunkte für die verfassungsfeindlichen Bestrebungen von bedeutenden Teilen der Partei und für ihre Annäherung an andere rechtsextreme Gruppierungen vorlegen. **Die AfD als Gesamtpartei hat sich in den vergangenen Jahren kontinuierlich radikalisiert und wird mittlerweile ganz klar von Anhänger:innen des früheren völkischen Flügels um die Führungsperson Björn Höcke dominiert.**

„ Wir fordern deshalb, die AfD als Gesamtpartei im Bund und in Bayern zu einer *gesichert rechtsextremen Organisation* zu erklären.

Auch in Bayern dominiert der *Flügel* eindeutig die neue im Oktober 2023 gewählte Landtagsfraktion und den aktuellen Landesvorstand der AfD. Die AfD ist in Bayern in ihrer Gesamtheit zu einer rechtsextremen Partei geworden. Sie unterscheidet sich in ihrer politischen Ausrichtung und der Zusammensetzung ihres Führungskaders nicht mehr von den ostdeutschen Landesverbänden. Wir fordern deshalb, die AfD als Gesamtpartei im Bund und in Bayern zu einer *gesichert rechtsextremen Organisation* zu erklären. Dies hätte dann auch Konsequenzen bei Verbeamtungen und Einstellungen im Öffentlichen Dienst sowie für die Überprüfung von Beschäftigten in sicherheitsrelevanten Bereichen wie der Polizei, der Justiz oder der Bundeswehr. Mitglieder einer gesichert rechtsextremen Organisation gelten zudem als waffenrechtlich unzuverlässig und müssen mit einem Entzug ihrer Waffenerlaubnis rechnen.

Die Einstufung der Partei als *gesichert rechtsextrem* ist auch die notwendige Voraussetzung für weitergehende Maßnahmen gegen die AfD, wie beispielsweise ein Ausschluss von der staatlichen Parteienfinanzierung oder die mögliche Einleitung eines Verbotsverfahrens vor dem Bundesverfassungsgericht. Die AfD Landesverbände in Thüringen, Sachsen und Sachsen-Anhalt werden bereits als *gesichert rechtsextrem* eingestuft. Die bayerische Staatsregierung verhält sich diesbezüglich bisher passiv und wartet die gerichtlichen und politischen Entscheidungen auf Bundesebene ab. Bei anderen sicherheitspolitischen Themen ist Bayern weniger zögerlich und versteckt sich nicht hinter der Bundesregierung. Es ist also höchste Zeit, dass Bayern endlich dem Vorbild der ostdeutschen Bundesländer folgt und die AfD zur *gesichert rechtsextremen Organisation* erklärt.

Eine Einstufung des AfD-Landesverbands als *gesichert rechtsextrem* könnte nicht nur durch die Urteile der Gerichte in Münster und München sowie die erläuterte Machtverschiebung in Landesvorstand und Landtagsfraktion zugunsten des völkisch-nationalistischen Lagers wahrscheinlicher geworden sein, sondern auch durch ein Ereignis, mit dem die AfD-Bayern Anfang Dezember 2021 in die Schlagzeilen

①

https://www.vgh.bayern.de/mam/gerichte/vgmuenchen/pm_2024-07-01.pdf
(03.07.2024).

geriet: Der Bayerische Rundfunk (BR) hatte radikale Inhalte aus einem geschlossenen Telegram-Chat der AfD, der *Alternativen Nachrichtengruppe Bayern* veröffentlicht. Besonders brisant daran war, dass beinahe alle Mitglieder der damaligen AfD-Landtagsfraktion, der bayerischen AfD-Bundestagsgruppe sowie des bayerischen AfD-Landesvorstands der rund 200 Personen umfassenden Chatgruppe angehörten und der Landesvorsitzende Stephan Protschka der Administrator der Gruppe war. In der Chatgruppe wurden immer wieder islam- und ausländerfeindliche Nachrichten ausgetauscht, aber auch Aufrufe zum Umsturz der staatlichen Ordnung. So wird ein oberbayerischer Kreisvorsitzender zitiert, der am 04. Dezember 2020 im Chat geäußert haben soll: „Ohne Umsturz und Revolution erreichen wir hier keinen Kurswechsel mehr.“ Dieser Aussage soll auch die damalige bayerische Landtagsabgeordnete Anne Cyron mit folgenden Worten beigepllichtet haben: „Denke, dass wir ohne Bürgerkrieg aus dieser Nummer nicht mehr rauskommen werden.“ Die offen demokratische-, islam- und ausländerfeindlichen Inhalte in der lagerübergreifenden Chatgruppe der AfD-Bayern machen deutlich, dass praktisch der gesamte Landesverband als rechtsextrem einzustufen ist.

Laut Angaben ihres Landesschatzmeisters verfügt die AfD in Bayern über rund 5.000 Mitglieder. Beobachtet werden bisher jedoch nur wenige Funktionär:innen und einzelne Mitglieder des AfD-Landesverbandes und das auch nur aus öffentlich zugänglichen Quellen. Am 1. Juli 2024 wurde die Klage der AfD gegen ihre Beobachtung durch das BayLfV vom Verwaltungsgericht München abgewiesen. Im April 2023 hatte das Gericht bereits im Eilverfahren einen vorläufigen Rechtsschutz der AfD gegen die Einstufung abgelehnt; genauso wie auch der Bayerische Verwaltungsgerichtshof im September 2023 eine darauf bezogene Beschwerde. Die AfD hat allerdings bereits weitere Rechtsmittel angekündigt. Das BayLfV wiederum will nachrichtendienstliche Mittel erst einsetzen, wenn eine letztinstanzliche Entscheidung vorliegt. Das Verwaltungsgericht München sah nach umfassender Prüfung als gegeben an, „dass tatsächliche Anhaltspunkte für verfassungsfeindliche Bestrebungen innerhalb der AfD bestehen.“ Aussagen bayerischer AfD-Mitglieder schufen ein Schreckensbild hinsichtlich migrantisierter und muslimischer Menschen, ließen einen völkischen, ausgrenzenden Begriff von Staatsbürgerschaft erkennen und würden die demokratische und rechtsstaat-

liche Ordnung derart delegitimieren, dass es relevant für den Verfassungsschutz sei.¹ Der Präsident des bayerischen Landesamtes für Verfassungsschutz, Burkhard Körner, hat im Februar 2024 im bayerischen Landtag erstmals erklärt, dass gegenwärtig auch die Beobachtung einzelner Abgeordneter der AfD geprüft würde. Offenbar standen einige der neu in den Landtag gewählten Abgeordneten bereits vor ihrer Wahl im Visier des Landesamtes. Die Beobachtung auch nach der Wahl fortzusetzen ist ein eindeutiges politisches Signal, denn das Bundesverfassungsgericht hat in seinem sog. *Ramelow-Urteil* hohe Hürden für die nachrichtendienstliche Überwachung von Abgeordneten aufgestellt. Sie müssen laut diesem Urteil ihr Mandat dazu missbrauchen, die freiheitlich-demokratische Grundordnung in aggressiver und aktiver Weise zu bekämpfen. Nach der Landtagswahl 2018 wurde aus diesem Grund die Beobachtung von drei AfD-Abgeordneten wieder eingestellt. Nun hat die Staatsregierung auf Anfrage von uns GRÜNEN bekannt gegeben, dass der Abgeordnete Franz Schmid weiterhin durch das LfV beobachtet wird. Grund hierfür sind vor allem die intensiven Kontakte des Abgeordneten und JA-Landesvorsitzenden zum rechtsextremen *Vorfeld* der Partei. Die *Junge Alternative* fungiert auch in Bayern als eine Art Scharnier zwischen Partei und Vorfeldorganisationen wie der *Identitären Bewegung* oder rechtsextremen Burschenschaften. Bei weiteren Abgeordneten der AfD wird die Prüfung einer möglichen Beobachtung fortgesetzt.

Grundlage für die Einstufung der AfD als rechtsextrem sind hingegen ein ethnischer Volksbegriff, rassistische und islamfeindliche Hetze gegenüber migrantisierten Personen, die Agitation gegen demokratische Institutionen und Repräsentant:innen des Staates, antisemitische und geschichtsrevisionistische Äußerungen führender Funktionär:innen sowie Diffamierungen politischer Gegner:innen und demokratischer Parteien. Damit trägt die AfD massiv dazu bei, das demokratische System zu schwächen, die Gesellschaft zu spalten und das politische Klima zu vergiften. Dabei schrecken einzelne AfD-Funktionär:innen auch nicht vor der Zusammenarbeit mit offen gewaltbereiten und terroristischen Gruppierungen zurück.

1.2. Die völkische Ideologie der AfD

②

<https://www.sueddeutsche.de/kultur/kulturprogramm-afd-landtagswahlen-bayern-hessen-1.6266091?reduced=true> (01.07.2024).

③

<https://www.br.de/nachrichten/bayern/afd-spitzenkandidatin-ebner-steiner-pushback-zentren-bauen,TqPslzg> (01.07.2024).

④

<https://www.afd-oberbayern.de/tag-der-migranten-muenchen-schaft-migrationsanreize/> (01.07.2024).

⑤

<https://www.merkur.de/politik/bayern-afd-umsturz-extremismus-chat-verfassungsschutz-politiker-ostermair-prottschka-huber-zr-91152984.html> (01.07.2024).

Schon 2022 versammelten sich IB-Aktivist:innen und Funktionäre aus AfD und JA wie hier in Schwandorf hinter der Parole *Remigration*.
Foto: Jan Nowak

Die völkische Ideologie der AfD ist auf die Herstellung einer ethnisch homogenen *Volksgemeinschaft* ausgerichtet. In ihrem an ethnokulturellen Kategorien ausgerichteten Volksbegriff werden Deutsche mit Migrationsgeschichte nicht als vollwertige und gleichberechtigte Staatsbürger:innen akzeptiert. Die AfD spricht deshalb auch gerne von sog. *Passdeutschen* im Unterschied zu den durch ethnische Abstammung und Herkunft definierten echten *Volksgenossen*. Ein solcher Gedanke widerspricht der im Grundgesetz für alle Menschen garantierten Menschenwürde und der prinzipiellen Gleichheit aller Menschen vor dem Gesetz. Die Erhaltung einer „deutschen kulturellen Identität“² wird von der AfD auch in Bayern als oberstes politisches Ziel proklamiert. Durch die „unkontrollierte Massenzuwanderung“³ „kulturfremder Menschen“⁴ ginge angeblich die kulturelle und ethnische Identität des deutschen Volkes verloren und Deutschland würde dem Untergang preisgegeben. Der Kampf gegen Migration und Flucht hat deshalb für die AfD hohe Priorität. Bei der Sicherung einer *Festung Europa* ist die AfD auch zum Einsatz drastischer Methoden – bis hin zum Schusswaffeneinsatz an den Außengrenzen – bereit. Es geht der Partei jedoch nicht nur um die militärische Sicherung der Grenzen, sondern auch um die Vertreibung bereits hier lebender Menschen mit Flucht- und Migrationshintergrund.

Maßgebliche Teile der Partei unterstützen das zuerst von der *Identitären Bewegung* (IB) propagierte Konzept der *Remigration*. AfD und IB verstehen darunter die massenhafte und falls nötig auch gewaltsame Deportation von mehreren Millionen hier lebender Menschen. Laut einer Aussage von Björn Höcke ist dabei eine „wohl temperierte Grausamkeit“ unvermeidlich. AfD-Politiker:innen greifen bei der Frage der nationalen und kulturellen Identität auch auf verschwörungsideologische Erzählungen einer bewusst von den politischen Eliten herbeigeführten *Umvolkung* bzw. einem geplanten *Großen Austausch* der Bevölkerung zurück.

Menschen muslimischen Glaubens gehören zu den Hauptfeindbildern der AfD. Der Islam wird dabei mit politischem Islamismus gleichgesetzt. Der Islam wird als Religionsgemeinschaft nicht anerkannt und Muslim:innen die im Grundgesetz garantierte Religionsfreiheit verweigert. Teile der AfD verbreiten das rassistische Schreckgespenst von einer angeblich drohenden *Islamisierung Deutschlands*. Muslim:innen wird generell eine demokratische Gesinnung abgesprochen. Damit schürt die AfD Hass und Hetze gegenüber Menschen muslimischen Glaubens und trägt zur Spaltung der Gesellschaft bei.

Die demokratiefeindliche Haltung der AfD zeigt sich auch in ihrer Agitation gegen Repräsentant:innen des Staates und demokratische Parteien. So diffamiert die AfD die demokratischen Fraktionen in ihren Reden im Landtag regelmäßig als *Kartellparteien*. In ihrem Grundsatzprogramm aus dem Jahr 2021 behauptet die AfD, ein „politisches Kartell“ hätte „die Schalthebel der staatlichen Macht, (...) die gesamte politische Bildung und große Teile der Versorgung der Bevölkerung mit politischen Informationen in den Händen“. Die staatliche Gewaltenteilung und die Unabhängigkeit von Justiz und Medien werden fundamental bestritten. Damit wird die Legitimität demokratischer Institutionen und gewählter staatlicher Repräsentant:innen in Frage gestellt. Es überrascht in dieser Logik nicht, wenn in internen Chats der bayerischen AfD offen Sympathien für gewaltsame Umsturzphantasien geäußert werden.⁵



Die Agitation gegen sexuelle und geschlechtliche Vielfalt gehört ebenfalls zum Kern der Ideologie der AfD. So fordert die AfD in München anlässlich einer Kundgebung gegen eine Drag-Queen-Lesung in der Münchener Stadtbibliothek ein „Verbot von Gender- und Homopropaganda“. Angehörige der queeren Community werden pauschal als potenzielle Pädophile und Perverse verunglimpft. Transpersonen werden als „perverse Freaks“ diffamiert, denen es lediglich um ihre „pädo-philien Begehrlichkeiten“ ginge. Unter dem Motto „Hände weg von unseren Kindern“ werden Ängste vor einer angeblich drohenden *Frühsexualisierung* und einem drohenden Missbrauch von Kindern geschürt. Mit ihrer Agitation fördert die AfD bewusst die Homo- und Transphobie in Teilen der Gesellschaft.

1.3. Vernetzung mit dem rechts-extremen Vorfeld der Partei

Die Vernetzung der AfD mit anderen rechts-extremen Gruppierungen wie der *Identitären Bewegung*, rechtsextremen Burschenschaften oder Think Tanks der *Neuen Rechten* wie dem *Institut für Staatspolitik* hat in den letzten Jahren quantitativ und qualitativ deutlich zugenommen. Die AfD orientiert sich dabei an dem vom neurechten Ideologen Benedikt Kaiser entwickelten Konzept einer *Mosaik-Rechten*, welches eine strategische Allianz einer (extrem) rechten parlamentarischen Partei mit außerparlamentarischen Bewegungen, Medien und Think Tanks propagiert. In diesem Sinne sprechen führende AfD-Politiker:innen auch von einem *Vorfeld* der Partei, mit dem sie sich strategisch vernetzen wollen. Zu diesem Vorfeld zählen die *Identitäre Bewegung*; rechte Burschenschaften; Medien, Verlage und Diskussionszirkel der *Neuen Rechten*; *Reichsbürger* und *Selbstverwalter* sowie Gruppierungen aus dem Milieu der neuen rechtsoffenen Protestbewegungen der *Querdenker:innen*, *Coronaleugner:innen* und *Verschwörungstheoretiker:innen*. Die AfD fungiert dabei als parlamentarischer Arm dieser neurechten bzw. rechtsoffenen Bewegungen und Akteur:innen. Auf Einladung des rechten Netzwerkers Gernot Mörig hat das Aushängeschild der deutschsprachigen *Identitären Bewegung*, Martin Sellner, am 25. November 2023 seinen *Masterplan Remigration* auf einem geheimen Treffen in der Nähe von Potsdam einem ausgewählten Publikum aus rechten Unternehmer:innen, AfD-Funktionär:innen, Mitgliedern der *Werte Union*, rechten Burschenschafter und IB-Aktivist:innen vorgestellt. Die Pläne zur Deportation hunderttausender Menschen – inklusive deutscher Staatsbürger:innen – haben für große Empörung gesorgt und eine bisher nie dagewesene Protestwelle gegen das Erstarken der extremen Rechten in Deutschland ausgelöst.

Bereits zwei Wochen vor dem Potsdamer Treffen fand am 11. November 2023 eine ähnliche Veranstaltung mit Martin Sellner im bayerischen Dasing (Landkreis Aichach-Friedberg) statt. Eingeladen hatte die Gruppe *Reconquista*

21, die mit der *Identitären Bewegung Schwaben* identisch ist. An der Veranstaltung haben sich 60 überwiegend jüngere Personen beteiligt, darunter auch einige Funktionär:innen der AfD und zwei bayerische Landtagsabgeordnete der Partei, Franz Schmid und Daniel Halemba. Franz Schmid ist Vorsitzender der JA in Bayern. Daniel Halemba gehört ebenfalls zur JA und ist Mitglied der rechtsextremen Burschenschaft *Teutonia Prag* zu Würzburg. Die besondere Nähe zur *Identitären Bewegung* zeigt sich auch darin, dass Franz Schmid auf einem Foto von der Veranstaltung mit einem T-Shirt der IB zu sehen ist. Franz Schmid hatte bereits im Landtagswahlkampf 2023 angekündigt, einen erheblichen Teil seiner Abgeordnetendiäten an *patriotische Vorfeldorganisationen* wie die rechte Kampagnenplattform *Ein Prozent* oder die Gruppe *Reconquista 21* spenden zu wollen.

Mit Benjamin Nolte steht ein weiterer neuer Landtagsabgeordneter der AfD für die strategische Vernetzung mit dem rechtsextremen *Vorfeld* der Partei. Nolte gilt als wichtiger Protagonist des völkischen Flügels in Bayern. Er hat am 4. Dezember 2023 zu einem *Bürgerdialog* mit dem Titel „Junge Alternative und Vorfeld – Partner für die Partei“ in sein Weilheimer Wahlkreisbüro eingeladen. Auf Fotos von der Veranstaltung sind bekannte Aktive der *Identitären Bewegung* in Bayern zu erkennen. Nolte illustrierte seinen Vortrag u.a. mit einem Bild von einer Demonstration am 17. November 2023 in Wien, auf dem Martin Sellner und Götz Kubitschek als prominente Vertreter der *Neuen Rechten* in der ersten Reihe zu erkennen sind. Die aktivistischen Gruppierungen der *Neuen Rechten* sieht Nolte als wichtiges *Korrektiv für die Partei*.

Benjamin Nolte ist selbst als *Alter Herr* Mitglied in der rechtsextremen Münchener Burschenschaft *Danubia*. Nolte beschäftigt mit Jakob D. und Pierre K. auch zwei bekannte Mitglieder der *Danubia* als persönliche Mitarbeiter. Beide Aktivitas der *Danubia* sind bereits bei einem Burschenschafertreffen, einer sog. *Festkneipe in Couleur*, auf Einladung der Abgeordneten Christoph Maier und Ferdinand Mang am 15. Juni 2023 im Landtag durch Angriffe auf einen anwesenden Journalisten aufgefallen. Jakob D. zeigte dabei in der Landtagsgaststätte den in der rechten Szene populären rassistischen *White-Power-Gruß* und erhielt deshalb von der Landtagspräsidentin ein Hausverbot. Pierre K. versuchte Journalisten auch körperlich anzugreifen. Bei der Veranstaltung im Landtag waren neben den Aktivitas der *Danubia* auch Mitglieder der rechtsextremen Burschenschaften *Frankonia Erlangen* und *Teutonia Prag* zu Würzburg anwesend.

Der Vernetzung mit dem rechtsextremen *Vorfeld* diente auch eine Veranstaltung *Rechte (Buch) Ecke* am 15. Dezember 2023 im bayerischen Landtag. Der AfD-Abgeordnete Franz Schmid hatte an diesem Abend den rechtsextremen österreichischen Publizisten und Herausgeber des rechten Magazins *Info-Direkt*, Michael Scharfmüller, zu einem Vortrag über *alternative Medien* eingeladen. Scharfmüller begann seine politische Karriere im neofaschistischen *Bund freier Jugend* und gilt in Österreich als enger Vertrauter von Martin Sellner. *Info-Direkt* ist die IB-Hauspostille in Österreich. Bei der Veranstaltung im Landtag waren dann auch zahlreiche Führungskader der IB aus Bayern und Schwaben anwesend, darunter auch Personen, die im vergangenen Jahr an einem Angriff auf eine Geflüchtetenunterkunft im bayerischen Peutenhausen und an der Aktion gegen die Drag-Queen-Lesung in der Münchener Stadtbücherei beteiligt waren. Für den 9. Februar 2024 hatte Franz Schmid dann eine weitere Veranstaltung mit dem neurechten Ideologen und Erfinder der *Mosaik-Rechten*, Benedikt Kaiser, im Landtag angekündigt. Die Veranstaltung, für die bereits der repräsentative Senatsaal im Landtag gebucht war, wurde aus unbekanntem Gründen abgesagt und fand dann vermutlich ersatzweise im IB-Hausprojekt *Castell Aurora* in Steyregg bei Linz statt.

Zahlreiche weitere Veranstaltungen belegen die enge Verbindung der bayerischen AfD zur bundesweiten rechtsextremen Szene:

Die AfD-MdL Franz Schmid, Rene Dierkes, Benjamin Nolte und MdB Petr Bystron teilen sich im Februar 2023 bei der AfD-Kundgebung gegen die Münchner Sicherheitskonferenz die Bühne mit Jürgen Elsässer, Chefredakteur des am 16.07.2024 verboten Compact-Magazins (rechts neben dem Münchner AfD-Funktionär Andreas Reuter, der das Mikrofon hält).
Foto: Dominik Sauerer





Rechtsextreme Burschenschafter der *Danubia* zeigen in der Landtagsgaststätte den rassistischen *White Power-Gruß*.
Foto: Robert Andreasch

- Unter der Losung „Kriegstreiber stoppen! Keine Sanktionen – keine Waffenexporte“ veranstaltete der AfD-Kreisverband München-Ost am 18. Februar 2023 eine Kundgebung gegen die Münchener Sicherheitskonferenz. Einer der Hauptredner war der Herausgeber des rechtsextremen *Compact-Magazins*, Jürgen Elsässer, der in seiner Rede offensiv für eine *Querfront* aus AfD, *patriotischen Jugendorganisationen* wie der JA und der Identitären Bewegung, den *anständigen Teilen der Linken* um Sarah Wagenknecht, alternativen Medien wie dem *Compact-Magazin* und den aus den Corona-Protesten hervorgegangenen neuen Bewegungen warb. Dabei nannte er explizit Björn Höcke und Martin Sellner als wichtige Protagonisten. Während der Kundgebung präsentierten Aktivist:innen der Identitären Bewegung und der *Danubia* ein Transparent mit der Aufschrift „Globalisten Grenzen zeigen – Autarkie -Souveränität – Remigration“.
- Am 15. April 2023 veranstaltete der bayerische AfD-Landesverband in Nürnberg eine sog. *Friedenskundgebung*, an der sich wiederum Aktivist:innen der Identitären Bewegung und Aktivitas der *Danubia* beteiligten.
- Am 13. Juni 2023 hat der Kreisverband München-Ost der AfD unter dem Motto „Hände weg von unseren Kindern“ zu einer Kundgebung gegen eine Drag-Queen-Lesung in einer Münchener Stadtteilbibliothek eingeladen. Bei der Veranstaltung, die ein „Verbot von Gender-Propaganda und anderen Perversionen“ forderte, traten auch Funktionär:innen der JA als Redner:innen auf. Aktivist:innen der Identitären Bewegung versuchten während der Kundgebung in den Versammlungssaal einzudringen und dort ein Transparent zu entrollen.
- Am 11. November 2023 beteiligten sich bayerische AfD-Politiker:innen an dem sog. *Schwabekongress* der Identitären Bewegung mit Martin Sellner in Dasing.
- An den letzten beiden Landesparteitagen der AfD in Greding am 13./14. Mai 2023 und am 13./14. Januar 2024 beteiligten sich jeweils auch Aktivist:innen der *Identitären Bewegung* und rechtsextreme Burschenschafter. Am 13. Januar 2024 kam es im Anschluss an den Parteitag zu einem rassistischen Flashmob von ca. 30 Personen in einer Gredinger Diskothek. Zu dem Lied „L'amour toujours“ von Gigi D'Agostino wurde lautstark die neonazistische Parole „Deutschland den Deutschen, Ausländer raus“ gegrölt. An dem Mob, der hauptsächlich aus jüngeren Teilnehmenden des AfD-Parteitags bestanden haben soll, waren auch die beiden Landtagsabgeordneten Benjamin Nolte und Franz Schmid beteiligt.

1.4. Junge Alternative: Bindeglied zur aktivistischen rechtsextremen Szene

Eine besondere Rolle als Bindeglied zwischen der AfD und ihrem rechtsextremen *Vorfeld* spielt die Jugendorganisation der Partei, die *Junge Alternative* (JA). Die JA unterhält enge Verbindungen zur *Identitären Bewegung* und zu rechtsextremen Burschenschaften in Bayern. Mitglieder der JA treten bei Kundgebungen und Demonstrationen regelmäßig gemeinsam mit IB-Aktivist:innen und rechten Burschenschäftlern auf. Zur *Identitären Bewegung* und rechtsextremen Burschenschaften wie der Danubia München und der Teutonia Prag zu Würzburg gibt es auch unmittelbare personelle Überschneidungen.

Angehörige der JA beteiligen sich zudem regelmäßig an Veranstaltungen und Seminaren des neurechten *Instituts für Staatspolitik* in Schnellroda. Auf den Social-Media-Kanälen wird regelmäßig für Aktionen der *Identitären Bewegung* oder rechter Burschenschaften sowie für Publikationen und Autor:innen rechtsextremer Verlage wie dem *Antaios Verlag* des neurechten Unternehmers Götz Kubitschek geworben. Auch das zuletzt hohe Wellen schlagende Buch „Remigration: Ein Vorschlag“ des österreichischen Anführers der *Identitären Bewegung*, Martin Sellner, wurde von der JA Bayern empfohlen.

Laut eigenen Angaben konnte die JA Bayern die Zahl ihrer Mitglieder im Jahr 2023 deutlich steigern. Während sie für das Jahr 2022 noch eine Zahl von 70 Mitgliedern angab, sollen es im Jahr 2023 bereits 350 Mitglieder gewesen sein. Da die bayerischen Sicherheitsbehörden trotz Beobachtung der JA angeblich über keine eigenen Zahlen zum Personenpotenzial verfügen, sind wir auf die Eigenangaben der JA angewiesen. Trotz der gestiegenen Mitgliederzahl soll die JA laut Auskunft der Staatsregierung in Bayern über keine flächendeckenden Strukturen verfügen.

Im Januar 2024 wählte die JA Bayern einen neuen Landesvorstand. Zum Landesvorsitzenden wurde der Landtagsabgeordnete Franz Schmid gewählt. Franz Schmid unterhält enge Verbindungen zur *Identitären Bewegung* und

war auch bei der Veranstaltung von *Reconquista 21* am 11. November 2023 mit Martin Sellner in Dasing anwesend. Er hat offensiv dafür geworben, das rechtsextreme Vorfeld der Partei auch finanziell zu unterstützen. Im Landtag hat er am 15. Dezember 2023 einen führenden rechtsextremen Ideologen aus Österreich zu einem Vortrag eingeladen. An dem rassistischen Vorfall in einer Gredinger Diskothek am Rande des AfD-Parteitags im Januar 2024 war er ebenfalls beteiligt. Die weiteren Mitglieder des Landesvorstands werden von der JA geheim gehalten. Mindestens ein Mitglied soll jedoch bereits als Aktivist der *Identitären Bewegung* in Erscheinung getreten sein. Die JA ist als eigenständiger Verein mit Sitz in Berlin organisiert. Gleichzeitig fungiert sie als offizielle Jugendorganisation der AfD. Die JA war von Anfang an vom völkischen Flügel der AfD dominiert. Sie steht für einen ethnisch homogenen Volksbegriff und eine offen rassistische und islamfeindliche Rhetorik. Deutsche Staatsangehörige werden nach ihrer ethnischen Herkunft in Bürger:innen erster und zweiter Klasse unterteilt. Geflüchtete und Migrant:innen werden systematisch diffamiert. Muslim:innen wird die grundgesetzlich garantierte Religionsfreiheit abgesprochen. Außerdem verbreitet die JA rassistische Verschwörungstheorien, wie die von den politischen Eliten geplante *Umvolkung* bzw. den *Austausch des deutschen Volkes*. Von den Sicherheitsbehörden im Bund und in Bayern wird die JA deshalb als gesichert rechtsextreme Organisation klassifiziert. Alle Klagen gegen ihre Einstufung blieben bisher erfolglos. Zuletzt hat das VG Köln am 5. Februar 2024 einen Antrag auf einstweilige Anordnung gegen die Hochstufung der JA zur gesichert rechtsextremen Bestrebung abgewiesen.

Die JA Bayern hat in den vergangenen Jahren zahlreiche gemeinsame Aktionen mit der *Identitären Bewegung* (IB) und mit rechtsextremen Burschenschaften durchgeführt. Zur IB Bayern besteht ein fast symbiotisches Verhältnis:

- Vom 18.03. bis zum 20.03.2022 beteiligten sich Aktivist:innen der IB an einer *Patriotischen Wanderung* der JA Bayern zum Schloss Neuschwanstein.
- Am 6. August 2022 veranstaltete die JA Bayern in Greding eine Diskussionsrunde zum Thema „Partei, Vorfeld und Parlament“ an der auch Aktivist:innen der IB und Aktivitas verschiedener Burschenschaften teilnahmen.
- Am 16. August 2022 beteiligten sich Aktivist:innen der IB und Aktivitas verschiedener Burschenschaften an den Jugendaktionstagen der JA Bayern in der Nähe von Bad Reichenhall.
- Am 13. November 2022 beteiligen sich die JA Bayern, die IB und die Burschenschaft *Danubia* gemeinsam an den Kranzniederlegungen zum Volkstrauertag in München.
- Am 10. Dezember 2022 veranstalten JA und IB eine Lesung zum Thema „Heimat im rechten Roman“ in Memmingen.
- Am 14. Januar 2023 beteiligen sich Aktivist:innen der IB und Aktivitas verschiedener Burschenschaften am Landeskongress der JA Bayern in Greding.
- Am 18. Februar 2023 beteiligen sich auch Mitglieder der JA an einer Banneraktion der IB im Rahmen einer Kundgebung der AfD München-Ost gegen die Münchener Sicherheitskonferenz.
- Am 7. April 2023 beteiligen sich Aktivist:innen der IB Schwaben am Gedenkmarsch zum Karfreitagsgefecht der JA Schwaben in Mindelheim.
- Am 13. Juni 2023 beteiligen sich die Mitglieder der JA und der IB an einer Banneraktion „Hände weg von unseren Kindern! Verbot von Genderpropaganda und anderen Perversionen“ im Rahmen einer Kundgebung der AfD München-Ost gegen eine Drag-Queen-Lesung in der Stadtbibliothek München-Bogenhausen.
- Am 11. November 2023 beteiligen sich führende Funktionär:innen der JA Bayern an dem sog. Schwabekongress der IB-Gruppierung *Reconquista 21* mit Martin Sellner in Dasing.
- Mitglieder von JA und IB nahmen am 9. Dezember 2023 gemeinsam an einer Demonstration gegen eine geplante Flüchtlingsunterkunft in Holzkirchen teil.

Die JA Bayern hat sich darüber hinaus im Sommer 2023 an der queerfeindlichen *Stolzmonat*-Kampagne der extremen Rechten beteiligt. Während des Christopher-Street Days entrollten Aktivist:innen der JA am 19. Juni 2023 am Münchener Rathaus ein Banner mit der Aufschrift „Stolz statt Pride“. Am 23. Juni 2023 fand eine weitere Aktion mit dem gleichen Banner vor der Bavaria-Statue auf der Theresienwiese in München statt.

1.5. Die AfD Fraktion im bayerischen Landtag

Die AfD Fraktion in bayerischen Landtag wird in der neuen Legislaturperiode eindeutig vom völkischen Flügel dominiert. Vertreter:innen gemäßiger Positionen hatten schon bei der Listenaufstellung zur Landtagswahl im Oktober 2023 in der Regel keine Chance auf einen aussichtsreichen Platz. Die neue Fraktion besteht mindestens zu zwei Dritteln aus Anhänger:innen des völkischen Flügels. Katrin Ebner-Steiner wurde als prominentes Aushängeschild des Flügels und bekennende Höcke-Anhängerin mit 27 von 32 Stimmen zur alleinigen Fraktionsvorsitzenden gewählt. In der letzten Legislatur war Ebner-Steiner zur Hälfte der Periode nach einem harten internen Machtkampf noch mit einer knappen Mehrheit als Fraktionsvorsitzende abgewählt worden und die AfD-Fraktion war in zwei etwa gleich starke Lager gespalten, die nicht mehr miteinander kommuniziert und sich zeitweilig gegenseitig blockiert haben. Im Gegensatz dazu tritt die neue radikale AfD-Fraktion als geschlossener und homogener Block auf.

Auch der stellvertretende Fraktionsvorsitzende Martin Böhm ist ein radikaler Vertreter der völkisch-nationalistischen Parteiströmung. Dies gilt ebenso für den parlamentarischen Geschäftsführer Christoph Maier, der enge Verbindungen ins rechtsextreme Burschenschaftermilieu pflegt, *Alter Herr* bei der rechten Münchener Burschenschaft *Stauffia* ist und in der vergangenen Legislatur regelmäßig Burschenschaften und Anhänger der *Identitären Bewegung* zu rituellen *Festkneipen in Couleur* in den Landtag eingeladen hat.

Der Fraktionsvorstand der AfD wird also eindeutig vom radikalen Parteiflügel dominiert. Abgeordnete der gemäßigeren Parteiströmung, wie Franz Bergmüller oder Gerd Mannes, wurden von der Fraktion abgestraft und haben bei der Verteilung der Zuständigkeiten noch nicht einmal einen Sitz in einem Fachausschuss erhalten. Diese Degradierung erfolgte unabhängig von fachlichen Kompetenzen oder der Popularität der Abgeordneten. Gerd Mannes hat in seinem Wahlkreis in Günzburg mit 24,4 Prozent bei der Land-

tagswahl das höchste Erststimmenergebnis für die AfD in Bayern eingefahren. Franz Bergmüller ist als ehemaliger Vorsitzender des oberbayerischen Hotel- und Gaststättenverbandes und als Vorsitzender des Vereins zum Erhalt der bayerischen Wirtshauskultur ein auch über engere AfD-Kreise hinaus bekannter Strippenzieher. Er wollte die AfD im Wirtschaftsausschuss vertreten. Dies wurde ihm verwehrt.

Der Umgang mit der Affäre um den neofaschistischen Abgeordneten Daniel Halemba steht exemplarisch für die Radikalisierung der AfD-Landtagsfraktion. Halemba ist Mitglied der offen rechtsextremen Burschenschaft *Teutonia Prag zu Würzburg*. Bei einer Durchsuchung der Räumlichkeiten der Burschenschaft im September 2023 wurden ein umfangreiches Waffenarsenal, rechtsextremes Propagandamaterial und zahlreiche NS-Devotionalien sichergestellt. In Halembas Zimmer fand sich an gut sichtbarer Stelle ein mit einer Doppelsigrune versehener Ausdruck eines Befehls des SS-Reichsführers Heinrich Himmler, welcher an SS-Männer appelliert, mehr *arische deutsche Kinder* zu zeugen. Außerdem soll Halemba nach Medienberichten im Gästebuch einen Beitrag gezeichnet haben, der mit „Sieg Heil“ unterschrieben war. Halemba soll auch an Feiern beteiligt gewesen sein, bei denen im Haus der Burschenschaft verbotene Lieder der zur kriminellen Vereinigung erklärten Neonaziband *Landser* gespielt wurden. Es existieren Videoaufnahmen von solchen Feiern, bei denen sich Gäste mit Hitlergruß verabschieden.

In den Räumen der Burschenschaft verkehrten regelmäßig auch Anhänger der Neonazipartei *Der Dritte Weg* und der rechtsextremen *Identitären Bewegung*, die dort auch umfangreiches Propagandamaterial gelagert hatten. Halemba selbst wurde zusammen mit einem befreundeten österreichischen Burschenschafter am Rande einer Demonstration des *III. Wegs* in Würzburg gesichtet. Die Staatsanwaltschaft Würzburg ermittelt wegen des Verdachts der Volksverhetzung und des Verwendens von Kennzeichen verfassungswidriger Organisationen gegen Halemba und weitere Aktivisten der *Teutonia*.

Weil Halemba gemeinsam mit anderen Kameraden versucht haben soll, ein Mitglied der eigenen Burschenschaft *Teutonia Prag zu Würzburg* mit Gewaltandrohung von einer Zeugenaussage abzuhalten, wurde Ende Oktober 2023 von der Staatsanwaltschaft Würzburg ein Haftbefehl wegen Verdunkelungsgefahr gegen ihn verhängt. In der AfD-Fraktion gab es durch den stellvertretenden Fraktionsvorsitzenden Martin Böhm daraufhin Überlegungen, Halembas Verhaftung als öffentliches Spektakel während der konstituierenden Sitzung des Landtags am 30. Oktober 2023 zu inszenieren. Laut einer internen Mail von Böhm sollte dies auch dazu dienen, das Ansehen des Landtags und seiner Präsidentin Ilse Aigner gezielt zu beschädigen. Halemba wurde dann aber bereits am 29. Oktober in Baden-Württemberg verhaftet und der Haftbefehl wurde erst am Abend des 30. Oktober gegen Auflagen außer Vollzug gesetzt. Bei der zweiten Sitzung des Landtags am 31. Oktober wurde Halemba dann von der AfD-Fraktion freudig begrüßt und im Plenarsaal direkt neben dem Fraktionsvorstand platziert. Die Fraktionsvorsitzende Ebner-Steiner, der parlamentarische Geschäftsführer Christoph Maier und der Bezirkschef aus Unterfranken, Richard Graupner, haben sich auch öffentlich mit Halemba solidarisiert.

Halemba werden auch Manipulationen und Meldevergehen bei seiner Wahl als Direktkandidat im Wahlkreis Haßberge/Rhön-Grabfeld vorgeworfen. Der Bundesvorstand der AfD hat deshalb bereits im Dezember 2023 die Einleitung eines Parteiausschlussverfahren gegen Halemba gefordert. Der AfD-Landesvorstand unter Stephan Protschka ist dem nicht gefolgt und hat lediglich als Ordnungsstrafe eine zweijährige Ämter Sperre für Halemba verhängt. Halemba war jedoch bereits zuvor von seinen Parteiämtern als Vorsitzender des KV Würzburg und als Schatzmeister beim Bezirksvorstand Unterfranken zurückgetreten. Beim Parteitag der bayerischen AfD im Januar 2024 in Greding wurde dann nach heftigem Streit von einer knappen Mehrheit mit einem Stimmenquorum von 57 Prozent ein Antrag beschlossen, in dem Halemba aufgefordert wird sein Landtagsmandat niederzulegen. Halemba weigert sich jedoch sein Mandat niederzulegen, trotz des Beschlusses seiner eigenen Partei. Dies geschieht mit Rückendeckung der Landtagsfraktion. Obwohl Halemba den Beschluss des Parteitags einfach ignoriert, weigert sich die AfD, ihn aus der Fraktion auszuschließen. So verkündete die Vorsitzende der AfD-Fraktion im Bayerischen Landtag, Katrin Ebner-Steiner, nach der Win-

terklausur 2024 in Schweinfurt demonstrativ, dass sich die Fraktion gemäß der Redewendung „Einer für alle, alle für einen“ mehrheitlich hinter Halemba gestellt habe. Das kann als eindeutiges Bekenntnis der Mehrheit der Fraktion zu den rechtsextremen Positionen von Halemba gewertet werden.

Im April 2024 wurden dann neue Vorwürfe gegen Halemba publik, die dazu führten, dass der bayerische Landtag zum zweiten Mal seine Immunität als Abgeordneter aufgehoben hat. Halemba wird u.a. Betrug vorgeworfen. Er soll für einen Bekannten, der über Fake-Verkäufe im Internet hohe Einnahmen erzielt hat, mehrfach Gelder gewaschen haben. Insgesamt geht es um eine Summe von knapp 4.000 €, die Halemba zum Erwerb von Bitcoins auf ein estnisches Konto überwiesen haben soll. Die offenbar erfolgreiche Einschüchterung und Zeugenbeeinflussung gegenüber einem weiteren Mitglied der *Teutonia* bewertet die Staatsanwaltschaft als Nötigung. Außerdem gibt es noch den Vorwurf der gemeinschaftlichen Sachbeschädigung und versuchten gemeinschaftlichen Nötigung. Halemba soll im April 2024 gemeinsam mit anderen Mitgliedern der *Teutonia* den damaligen Vorsitzenden des Landesschiedsgerichts der AfD, den Rechtsanwalt Thomas Bayer, bedroht haben. Anlass war ein laufendes Parteiausschlussverfahren gegen eine mögliche Konkurrentin von Halemba bei der Nominierung zur Landtagswahl. Halemba wollte Bayer offenbar mit Einschüchterungen dazu bringen, das Verfahren bis zur Entscheidung über die Listenplätze fortzuführen und die potenzielle Konkurrentin dadurch von einer Kandidatur ausschließen. Nachdem sich Bayer weigerte die Tür zu seiner Kanzlei zu öffnen, versuchten Halemba und seine Mittäter offenbar die Tür gewaltsam aufzubrechen. Bayer meldete diese Bedrohung zunächst dem Landesvorstand der AfD. Erst als dieser untätig blieb, erstattete er Anzeige bei der Polizei.

Die verschiedenen Strafvorwürfe zeigen, dass Halemba mit einer erheblichen kriminellen Energie agiert und auch vor der Anwendung von Gewalt und schwersten Drohungen nicht zurückschreckt. Aufgrund der neuerlichen Vorwürfe gegen Halemba und der Untätigkeit des bayerischen Landesvorstands der AfD hat der Bundesvorstand Anfang Mai beschlossen, nun selbst ein Parteiausschlussverfahren einzuleiten. Wegen der neuen Vorwürfe verzichtet Halemba bis auf weiteres auf öffentliche Auftritte im Landtag. Außerdem gibt er seine fraktionsinternen Funktionen ab und legt sein Amt als vertriebenenpolitische Sprecher der Fraktion nieder. Der bayerische Fraktionsvorstand hält jedoch bis zuletzt an Halemba fest. Er bleibt weiterhin Mitglied der AfD-Fraktion. Der stellvertretende Fraktionsvorsitzende der AfD, Martin Böhm, versuchte die Affäre um Halemba zu instrumentalisieren um gezielt das Amt der Landtagspräsidentin zu beschädigen. Ihm erschien es laut einer internen Mail als eine „charmante Idee“, durch eine spektakulär inszenierte Verhaftung von Halemba während der konstituierenden Sitzung des Landtags, das Amt der Landtagspräsidentin zu

delegitimieren und das Ansehen des Landtags zu beschädigen. Den Angriff auf Verfassungsorgane und den Versuch das Ansehen des Parlamentes in den Schmutz zu ziehen, bezeichnet Böhm als „legitimes Ziel“. In seiner Rede beim Parteitag in Greding solidarisierte sich Böhm noch einmal öffentlich mit Halemba und forderte Partei und Bundesvorstand auf, sich „vor seine Leute zu stellen“. Gleichzeitig droht er den Abgeordneten der demokratischen Parteien mit Gewalt: „Wir müssen den Karnickeln in den Parlamenten den verdienten Nackenschlag versetzen und nicht den eigenen Parteikameraden“. Bereits bei seiner Nominierung für die Landtagswahl auf dem Mitgliederparteitag in Greding ist Böhm mit offen rassistischen Äußerungen aufgefallen: „Ihr wollt einfach nur weiß sein“, verkündete er in seiner Bewerbungsrede. „Ihr lasst weder eure Frauen von Fremden penetrieren noch eure Kinder von Messermännern bedrohen.“ Genau darin sieht Böhm „die guten, deutschen Tugenden“. Diese rassistische Rhetorik unterscheidet sich kaum mehr von offener Neonazi-Propaganda. Böhm wurde trotzdem oder gerade deswegen vom Parteitag nominiert und von der Fraktion zum stellvertretenden Vorsitzenden gewählt.

Die bayerische AfD-Fraktion bekennt sich offen zu den *Remigrationsplänen* des Identitären Chefideologen Martin Sellner, welche auf einem geheimen Treffen von Neonazis, AfD-Politiker:innen und Unternehmer:innen in einem Hotel bei Potsdam besprochen wurden und durch eine Recherche des Medienportals Correctiv an die Öffentlichkeit gelangt sind. In dem auf der Fraktionsklausur am 18. Januar 2024 beschlossenen *Regierungsprogramm* steht ein Plan zur *Remigration* im Mittelpunkt, den sie in zynischer Anspielung auf das Geheimgespräch in Potsdam als *Geh-Hoam-Plan* bezeichnet.

Damit bekennt sich die AfD-Fraktion ganz offen zu den von der *Identitären Bewegung* propagierten Plänen zur Vertreibung und Deportation von hunderttausenden hier lebenden Menschen mit Migrationshintergrund. Dabei wird selbst vor einer Vertreibung von Menschen mit deutscher Staatsbürgerschaft nicht haltgemacht, die von der AfD als *Passdeutsche* diffamiert werden. Ziel dieses radikalen *Masterplans* ist die gewaltsame Herstellung einer homogenen deutschen Bevölkerung anhand der völkischen Kriterien der *Neuen Rechten*. Eine konsequente Umsetzung der Planungen würde auf eine umfassende ethnische Säuberung in Deutschland hinauslaufen. In dieser Klarheit muss das Ganze erfasst werden.

„Damit bekennt sich die AfD-Fraktion ganz offen zu den von der *Identitären Bewegung* propagierten Plänen zur Vertreibung und Deportation von hunderttausenden hier lebenden Menschen mit Migrationshintergrund. Dabei wird selbst vor einer Vertreibung von Menschen mit deutscher Staatsbürgerschaft nicht haltgemacht, die von der AfD als *Passdeutsche* diffamiert werden. Ziel dieses radikalen *Masterplans* ist die gewaltsame Herstellung einer homogenen deutschen Bevölkerung anhand der völkischen Kriterien der *Neuen Rechten*. Eine konsequente Umsetzung der Planungen würde auf eine umfassende ethnische Säuberung in Deutschland hinauslaufen. In dieser Klarheit muss das Ganze erfasst werden.“

2. Weitere rechtsextreme Organisationen, Parteien und Aktionsfelder

2.1. Aktionistischer Arm der Neuen Rechten: Die Identitäre Bewegung

Bei der *Identitären Bewegung* (IB) handelt es sich um einen zentralen außerparlamentarischen Akteur der sogenannten *Neuen Rechten* in Deutschland. Durch das von der Medienplattform *Correctiv* aufgedeckte Geheimgespräch im November 2023 bei Potsdam, bei dem der österreichische Chefideologe der Identitären, Martin Sellner, seine Pläne zur *Remigration* einem ausgewählten Publikum vorstellte, hat die IB im letzten Jahr große mediale Aufmerksamkeit erhalten. Unter Anwesenheit von wichtigen AfD-Funktionär:innen, Politiker:innen der *Werte Union*, Unternehmer:innen und neurechten Publizist:innen wurde in Potsdam über einen Masterplan zur Deportation von hunderttausenden Menschen diskutiert. Bei dem Treffen soll auch ein bekannter bayerischer IB-Aktivist als Referent aufgetreten sein. Die *Correctiv*-Recherche hat viele Menschen

aufgeschreckt und in der Folge zu den größten Massendemonstrationen gegen rechts in der Geschichte der Bundesrepublik geführt. Bereits zwei Wochen vor dem Treffen in Potsdam hat am 11. November 2023 im bayerischen Dasing eine ähnliche Veranstaltung der Identitären Bewegung mit Martin Sellner unter dem Titel *Schwabekongress* stattgefunden. Auch dort waren u.a. zwei Landtagsabgeordnete und weitere Funktionär:innen der AfD und der Jungen Alternative anwesend. Die *Identitäre Bewegung* bestand in Bayern traditionell aus drei Sektionen: der IB-Bayern, der IB-Franken und der IB-Schwaben. Die Identitären haben jedoch in den vergangenen Jahren einen Strategiewechsel vollzogen und treten in der Regel nicht mehr unter dem Label *Identitäre Bewegung*, sondern unter neuen Gruppenbezeichnungen auf. Bei den neuen Gruppierungen handelt es sich um scheinbar autonome Regional- und Ortsgruppen. Die Umbenennung dient vermutlich auch dem Schutz vor staatlicher Repression und der Vorbereitung auf ein mögliches Verbot der IB in Deutschland. In Bayern sind folgende Gruppen aktiv in Erscheinung getreten: *Reconquista 21* (ehemals *Wackere Schwaben*), *Lederhosenrevolte*, *Isar Legion*, *Oberpfalz Revolte*, *Bollwerk Franken* und *Festung Ulm*. Dem Aktivist:innenkreis der IB werden in Bayern ca. 70 Personen zugerechnet.



Michael Scharfmüller, Herausgeber der österreichischen IB-Hauspostille *Info-Direkt*, bewirbt sein Magazin auf Einladung des vom Verfassungsschutz beobachteten AfD-MdL Franz Schmid im Bayerischen Landtag. Foto: Robert Andreasch

Nachdem die IB in den Jahren 2020 und 2021 coronabedingt kaum öffentliche Aktionen durchführen konnte, hat das Aktivitätslevel in den vergangenen zwei Jahren wieder zugenommen. Dabei sind jedoch kaum spektakuläre und medienwirksame Aktionen gelungen. Dies könnte auch der zunehmenden Repression geschuldet sein, welche die IB von provokativen Aktionen zivilen Ungehorsams abgehalten haben dürfte. Im Wesentlichen beschränken sich die Aktionen der Identitären auf Banneraktionen und die Verteilung von Flyern.

Im Januar 2022 haben 20 Aktivist:innen der *Isar Legion* am Münchener Friedensengel ein Banner mit dem Spruch „Remigration statt Repression – Sichere Grenzen statt Corona-Tyrannie“ entrollt und dabei Rauchtöpfe entzündet. Die Bilder der Aktion wurden dann auf den verschiedenen Social-Media-Accounts der Identitären gepostet. Unter dem Label *Lederhosen-Revolt* fanden dann im Jahr 2022 in München weitere vergleichbare Banneraktionen während des Christopher Street Day und des Oktoberfestes statt. In Ansbach führte die Gruppierung *Bollwerk Franken* im September 2022 auf dem Dach eines Parkhauses eine Banneraktion mit der Aufschrift „... und täglich grüßt der Einzelfall“ und der Abbildung eines Murmeltiers mit einem blutigen Messer im Maul durch. Die Aktion nimmt Bezug auf die Messerattacke eines afghanischen Flüchtlings am 9. September 2022 am Ansbacher Hauptbahnhof. Im Februar 2024 führten Aktive als *Reconquista 21* in Augsburg während der Großkundgebung „Gemeinsam gegen Rechts“ eine provokative False-Flag-Aktion unter dem Motto „Kasperle für Rechts“ auf dem Rathausplatz durch. Bei dem vermeintlichen Kasperle-Theater wurde ein Transparent mit der Aufschrift „Remigration heißt: Heimat, Sicherheit, Wohlstand“ präsentiert. Weitere vergleichbare Banneraktionen fanden am 18. Februar 2023 während einer AfD-Kundgebung zur Münchener Sicherheitskonferenz und während einer AfD-Friedensdemo am 15. April 2023 in Nürnberg statt. Eine rassistische Agitation bildet auch den Hintergrund der Banneraktion der *Lederhosen-Revolt* im Mai 2023 im Alten Botanischen Garten in

München, wo ein Transparent „München verteidigen – Vergewaltiger abschieben“ entrollt wurde. An den Banneraktionen in München waren regelmäßig auch Burschenschafter der Münchener *Danubia* beteiligt.

Während einer Kundgebung der AfD gegen eine *Drag-Queen-Lesung* in der Münchener Stadtbibliothek am 13. Juni 2023 versuchten sieben Aktivist:innen der *Lederhosen Revolt* in den Versammlungssaal einzudringen und dort ein Banner zu entrollen. Die Störaktion konnte durch die Polizei verhindert werden. Gegen alle Beteiligten wurde Anzeige wegen Hausfriedensbruch gestellt. Eine weitere medienwirksame Aktion fand am 9. Februar 2023 unter dem Label der *Wackeren Schwabe* vor einer Flüchtlingsunterkunft in Peutenhausen statt. Dort stoppten Aktivist:innen den Durchgangsverkehr vor der Einrichtung und entrollten auf der Fahrbahn ein Transparent mit der Aufschrift „Gefährderstandort“ und zündeten zeitgleich zwei Rauchtöpfe auf der Fahrbahn. Im Anschluss an die Aktion konnten drei Tatverdächtige festgenommen werden. In Peutenhausen hatte zuvor bereits der *III. Weg* eine Aktion durchgeführt.

Am 17. November 2023 fand dann der sog. *Schwabekongress* mit ca. 60 Teilnehmenden in Dasing statt. Dort präsentierte Martin Sellner bereits zwei Wochen vor dem berühmt gewordenen Treffen in Potsdam seine Thesen zur *Remigration*. An der Veranstaltung haben mit Franz Schmid und Daniel Halemba auch zwei Landtagsabgeordnete der AfD teilgenommen. Außerdem waren weitere regionale Funktionär:innen der AfD, rechtsextreme Burschenschafter und Aktivist:innen der Jungen Alternative anwesend.

Zwischen der Identitären Bewegung und der Jungen Alternative (JA), der Jugendorganisation der AfD, besteht in Bayern eine enge strategische Vernetzung. Dies drückt sich in zahlreichen gemeinsamen Aktivitäten aus. So fand im März 2022 eine gemeinsame *Patriotische Wanderung* zum Schloss Neuschwanstein statt. Aktive der IB beteiligten sich im Sommer 2022 an Aktionstagen der JA in Schneizlreuth gegen eine dortige Flüchtlingsunterkunft. Am 9. November 2022 fand ein gemeinsamer Besuch von Aktivist:innen der

IB und der JA im bayerischen Landtag statt. In München gab es im November 2022 eine gemeinsame Aktion zum Volkstrauertag. IB-Mitglieder beteiligten sich im Januar 2023 am Landeskongress der JA in Greding. Weitere gemeinsame Banneraktionen gab es im Februar 2023 zur Sicherheitskonferenz in München und im Juni 2023 im Rahmen der AfD-Kundgebung gegen die Drag-Queen-Lesung in München. Weitere gemeinsame Veranstaltungen fanden im Dezember 2022 in Memmingen (Lesung), im April 2023 in Mindelheim (Gedenkmarsch der JA Schwaben) und im Dezember 2023 in Holzheim (Demo gegen Flüchtlingsunterkunft) statt. Es existiert also zwischen der IB und der JA in Bayern eine nahezu symbiotische personelle, ideologische und aktionistische Verbindung.

Auch zur AfD Landtagsfraktion unterhält die IB enge Verbindungen. Mehrere Aktivisten der IB arbeiten als parlamentarische Berater und persönliche Mitarbeiter für einzelne Landtagsabgeordnete der AfD. So soll der JA-Vorsitzende und MdL Franz Schmid mit Nick S. einen Aktivisten der IB Schwaben als persönlichen Referenten beschäftigen. Mit Robin M. soll ein weiterer Aktivist der IB Schwaben bei der Landtagsfraktion beschäftigt sein. Außerdem arbeitet mit dem ehemaligen hessischen JA-Vorsitzenden Patrick P. eine weitere Person mit IB-Verbindungen als persönlicher Referent für einen bayerischen AfD-Abgeordneten. Aller Wahrscheinlichkeit nach sind beim Landtagsabgeordneten Benjamin Nolte mit Jakob D. und Pierre K. von der rechtsextremen Burschenschaft *Danubia* zwei weitere IB-nahe Personen beschäftigt. Nolte ist selbst als *Alter Herr* Mitglied der *Danubia* und gibt sich keine Mühe, seine Nähe zur IB zu verstecken. Mit der Veranstaltung am 4. Dezember 2023 in seinem Weilheimer Wahlkreisbüro mit dem Titel „Junge Alternative und Vorfeld – Partner der Partei“ propagierte Nolte ganz offen eine strategische Partnerschaft zwischen der AfD und ihrem rechtsextremen Vorfeld, wozu explizit auch die Identitären zählen. Auf Fotos von der Veranstaltung sieht man mehrere bekannte IB-Aktivist:innen.

Benjamin Nolte und Franz Schmid waren gemeinsam mit zahlreichen weiteren Aktivist:in-

nen der IB und der JA auch Teil des rassistischen Mobs in einer Gredinger Diskothek am Rande des AfD-Parteitags im Januar 2024 im fränkischen Greding. Ungefähr 30 Personen haben dort lautstark die neonazistische Parole „Deutschland den Deutschen, Ausländer raus“ gerufen. Weiterhin hat Franz Schmid am 15. Dezember 2023 den neurechten österreichischen Publizisten Michael Scharfmüller zu einer Veranstaltung in den Landtag eingeladen. Scharfmüller ist Herausgeber des Magazins *Info-Direkt*, welches als Hauspostille der Identitären Bewegung in Österreich gilt, und ein enger Vertrauter von Martin Sellner. Bei dieser Veranstaltung waren ebenfalls zahlreiche Aktivist:innen der IB im Landtag anwesend.

Die Abgeordneten Daniel Halemba und Franz Schmid posierten in einschlägigen Shirts auf Fotos beim Schwabekongress der IB mit Martin Sellner am 11. November 2023 in Dasing. Ein bayerischer AfD-Abgeordneter hat zudem auf der Plattform X offen bekundet, einen Teil seines Einkommens an die IB-Gruppierung *Reconquista 21* gespendet zu haben. In der neuen Landtagsfraktion haben die Protagonist:innen des völkischen Flügels die absolute Hegemonie. Eine enge Vernetzung mit dem außerparlamentarischen Vorfeld gehört zum strategischen Konzept des Flügels. Für die IB bedeutet das einen weitgehend ungehinderten Zugang zu den Ressourcen der Landtagsfraktion.

Auch der am Chiemsee lebende völkische Zahnarzt und neurechte Netzwerker Gernot Mörig, Veranstalter des Geheimtreffens mit Martin Sellner in Potsdam, verfügt über enge familiäre Verbindungen zur *Identitären Bewegung*. Eine seiner Töchter war selbst als Medienaktivistin bei der IB in Bayern bekannt. Eine weitere Tochter ist mit einem führenden Aktivisten der IB aus Bayern verheiratet. Vermutlich ist die Verbindung von Mörig zu Martin Sellner auch über diese familiären Kontakte zustande gekommen. Auch unterhält die IB in Bayern enge persönliche Kontakte zu den rechtsextremen Burschenschaften *Danubia* in München und *Frankonia* in Erlangen. Zudem verfügt sie über traditionell gute Kontakte zur IB Österreich. Am 29. Juli 2023

beteiligten sich bayerische IB-Aktivist:innen in Wien an einer *Remigrationsdemo* der österreichischen Identitären. Am 29. Januar 2024 trafen sich bayerische IB'ler:innen in Passau mit Martin Sellner, gegen den nach seinem Auftritt in Potsdam verschiedene polizeiliche Überprüfungen liefen. Außerdem gab es Kontakte zur mittlerweile verbotenen französischen *Génération Identitaire*. Bayerische Aktivist:innen haben sich an den Sommerakademien der *Génération Identitaire* und an einer Aktion „Defend Europe“ zur Verteidigung der europäischen Grenzen in den französischen Alpen beteiligt.

2.2. Schlagende Verbindungen: Rechtsextreme Burschenschaften

Rechte Burschenschaften fungieren als wichtiges Sammelbecken verschiedener rechtsextremer Strömungen. Sie verfügen in der Regel über erhebliche finanzielle Mittel und besitzen eigene Immobilien. Dadurch werden sie zu einem wichtigen Bestandteil rechter Infrastruktur. Die rechtsextremen Burschenschaften in Bayern operieren an der Schnittstelle zwischen Teilen der AfD und insbesondere deren Jugendorganisation *Junge Alternative*, der *Identitären Bewegung* und der traditionellen rechtsextremen und revanchistischen Szene.

In Bayern werden gegenwärtig nur die Aktivitäten von drei Burschenschaften von den Sicherheitsbehörden als rechtsextrem eingestuft. Hierbei handelt es sich um die Münchener Burschenschaft *Danubia*, die Erlanger Burschenschaft *Frankonia* und die Burschenschaft *Teutonia Prag zu Würzburg*. Die bisher ebenfalls als rechtsextrem eingestufte Burschenschaft *Markomania Wien zu Deggendorf* soll sich Ende des Jahres 2023 aufgelöst haben. Alle drei Burschenschaften sind Mitglied im rechten Dachverband *Deutsche Burschenschaft* sowie in dessen völkisch-nationalistischen Flügel *Burschenschaftliche Gemeinschaft*. Weitere ebenfalls in der *Burschenschaftlichen Gemeinschaft* organisierte Verbindungen wie die *Thessalia zu Prag in Bayreuth* und die Münchener Burschenschaft *Cimbria* werden von den Behörden nicht als rechtsextrem eingestuft. Auch die in den *Deutschen Burschenschaften* organisierten Münchener Burschenschaften *Alemannia* und *Stauffia* sind in der Vergangenheit immer wieder durch rechte Aktivitäten aufgefallen. Ebenfalls unter dem Radar der Behörden agiert die pennale Burschenschaft *Normannia Winterberg zu Passau*, die Rechtsextreme von NPD bis AfD vereint und offensichtlich eine der Ausweichorganisationen für die erwähnte *Markomania Wien zu Deggendorf* darstellt.

Es ist nicht nachvollziehbar, warum die genannten – und andere hier nicht erwähnte – rechte Burschenschaften nicht im expliziten Fokus der Sicherheitsbehörden stehen. Es lohnt sich deshalb, einen genaueren Blick auf diese ebenfalls rechten Burschenschaften zu werfen und sie öffentlich zu demaskieren.

Denn auch die *Markomania Wien zu Deggen-dorf* wurde erst nach politischem Druck durch antifaschistische Recherchen und parlamentarische Initiativen der GRÜNEN im Jahr 2021 als rechtsextrem eingestuft. Die öffentliche Aufmerksamkeit und die Einstufung als rechtsextreme Organisation dürften auch ein Grund für die Auflösung der *Markomania* im vergangenen Jahr gewesen sein. Die *Teutonia Prag zu Würzburg* wurde erst nach Hinweis österreichischer Behörden und einer anschließenden Durchsuchung ihrer Räumlichkeiten im letzten Jahr als rechtsextrem eingestuft. Generell lässt sich feststellen, dass die bayerischen Behörden bei der Einstufung und Beobachtung rechter Burschenschaften sehr zurückhaltend agieren.

Die Sicherheitsbehörden beobachten jeweils nur die *Aktivitas* der Burschenschaften – also die aktiven Studenten der Verbindungen – und nicht die *Alten Herren*, die zwar in der Regel im Hintergrund agieren, aber eine entscheidende Rolle bei der Finanzierung der Aktivitäten und für die rechtliche Absicherung der Burschenschaften spielen. Zudem sind zahlreiche *Alte Herren* auch weiterhin in rechten und rechtsextremen Netzwerken und Organisationen aktiv. Prominentes Beispiel hierfür ist die Teilnahme des Multifunktionärs und rechtsextremen Verlegers Hans-Ulrich Kopp am im Januar 2024 bekannt gewordenen rechtsextremen Geheimtreffen zur *Remigration* in Potsdam. Als *Alter Herr* der Burschenschaft Danubia München ist er presserechtlich für deren Homepage verantwortlich. Es erschließt sich nicht, warum selbst bei nachgewiesenen rechtsextremen Burschenschaften die *Alten Herren* von der Beobachtung durch die Sicherheitsbehörden ausgenommen sind. Verstärkend kommt hinzu, dass die *Alten Herren* oftmals eingetragene Vereine bilden, die von den Finanzämtern zum Teil als gemeinnützig anerkannt werden. Die gewährten steuerlichen Privilegien müssen als mittelbare Finanzierung der *Aktivitas* betrachtet werden.

1 Bei der Burschenschaft *Frankonia* handelt es sich um eine *pflichtschlagende Verbindung*, die über ein eigenes Haus in der Loewenichstraße 16 in Erlangen verfügt. Sie wird von der Studentenvertretung nicht als Hochschulgruppe an der Friedrich-Alexander-Universität in Erlangen/Nürnberg anerkannt. Zu der Aktivitas der Frankonia sollen derzeit rund zehn Personen zählen.

2 Die Münchener *Danubia* verfügt als studentische Verbindung ebenfalls über eine eigene Immobilie in der Potsdamer Straße 1a. Ihre alte Villa in der Möhlstraße im vornehmen München-Bogenhausen konnte sie für einen Millionenbetrag verkaufen. Auch die *Danubia* wird vom Fachschaftratsrat der TU (Technischen Universität) München nicht als Hochschulgruppe anerkannt. Zu den Aktivitas der *Danubia* gehören aktuell etwa 15 Personen.

3 Die Burschenschaft *Teutonia Prag zu Würzburg* ist eine pflichtschlagende Studentenverbindung und verfügt über eine Immobilie in Erbpacht in der Lortzingstraße 29 in Würzburg. Eigentümer des Verbindungshauses ist der Verein *Teutonenheim e. V.* Das Grundstück gehört jedoch der bekannten Würzburger Stiftung *Bürgerspital zum Heiligen Geist*, die zahlreiche gemeinnützige Einrichtungen betreibt und zu den größten Arbeitgebern in Würzburg gehört. Seit einer Durchsuchung des Verbindungshauses im September 2023 ermittelt die Staatsanwaltschaft Würzburg wegen *Volksverhetzung, der Verwendung von Kennzeichen verfassungswidriger Organisationen, Nötigung und Bedrohung* gegen Aktivitas der Burschenschaft. Zu den Aktivitas der *Teutonia* gehören gegenwärtig etwa 10 Personen.

4 Die 2023 aufgelöste Akademische Burschenschaft *Markomannia Wien zu Deggendorf* war als Studentenverbindung an der Technischen Hochschule in Deggendorf gegründet worden. In den letzten Jahren war sie allerdings nur noch an der Universität Passau aktiv. Dort hat sie im Jahr 2018 einen Antrag auf Registrierung als Hochschulgruppe gestellt, der aber abgelehnt wurde. Sie verfügte über ein eigenes Verbindungshaus in der Hafenstraße 24 in Deggendorf. Einzelne Aktive kamen bei der *Danubia* in München und der Schülerverbindung *Normannia Winterberg zu Passau* unter, während die *Alten Herren* mit der *Bruna Sudetia* aus Wien zur *Bruna Markomannia* fusionierten.



AfD-MdL Daniel Halemba in neonazistischer Begleitung auf dem Weg zur Erlanger Burschenschaft Frankonia. Foto: Dominik Sauerer

Leider verfügen die bayerischen Sicherheitsbehörden über keinen vollständigen Überblick über die Aktionen und Veranstaltungen von rechtsextremen Burschenschaften in Bayern in den vergangenen Jahren. Viele Ereignisse wurden erst aufgrund journalistischer oder zivilgesellschaftlicher Recherchen bekannt.

Die rechten Burschenschaften in Bayern sind eng über gemeinsame Messuren, gegenseitige Besuche, Feiern, Veranstaltungen und Treffen verbunden. Eine wachsende Bedeutung bei der Vernetzung nehmen *Pro-Patria-Suiten* (PP-Suiten) ein. Während Messuren juristisch straflos bleiben, ist das Ausfechten von Ehrenstreitigkeiten trotz Freiwilligkeit illegal. Trotz deutlicher Hinweise, dass PP-Suiten als Austragungsort für Ehrduelle genutzt werden, ist die Ahndung als gefährliche Körperverletzung aufgrund der fehlenden Kooperationsbereitschaft der Beteiligten schwierig. Selbst die schweren Verletzungen, die zwei junge Männer bei einem derartigen Fechtduell unter verschärften Bedingungen am 10. Februar 2023 in Erlangen erlitten, blieben ungeahndet. Während der schlagende Teil der Verbindungsszene nach dem Vorfall höchst alarmiert war und Einschränkungen befürchtete, dürfte von der Verfahrenseinstellung eine negative Signalwirkung ausgehen, da sie die faktische Straflosigkeit bestätigt hat. Nach einer coronabedingten Pause nahmen die Aktivitäten der Burschenschaften in der zweiten Jahreshälfte 2021 wieder Fahrt auf:

- Die Prager Burschenschaft *Teutonia Würzburg* veranstaltete beispielsweise im Juni 2021 eine *Sonnwendfeier* und am 26. Mai 2021 eine sog. *Spontankneipe*. Bei letzterer soll der Teutone und heutige AfD-Landtagsabgeordnete Daniel Halemba die Parole „Sieg Heil“ in das Gästebuch der Burschenschaft eingetragen haben. Am 18./19. Juli 2022 wurden bei einer Feier im Burschenschaftshaus lautstark Nazilieder gespielt, unter anderem das verbotene Lied „Wacht an der Spree“ der rechtsextremen Kultband *Landser*. Im Dezember 2022 wurde ein Aktivist der Neonazipartei *Der III. Weg* zu einem Vortrag im Haus der Burschenschaft eingeladen. Am 05. Au-

gust 2023 fand eine *Pro-Patria-Suite* der *Teutonia Würzburg* mit der Burschenschaft *Adelphia Würzburg* in den Räumen der Burschenschaft *Frankonia Gießen* statt. Im Jahr 2023 fanden noch zahlreiche Feiern und rituelle Kneipen in den Räumen der *Teutonia* statt.

- Die Münchener Burschenschaft *Danubia* veranstaltete in ihrem Burschenschaftshaus am 03. Juli 2021 eine *Pro-Patria-Suite*. Am 08. Juli 2022 nahmen Mitglieder der *Danubia* an einer *Pro-Patria-Suite* der Burschenschaft *Saxo-Silesia* in Freiburg teil.
- Die Burschenschaft *Frankonia Erlangen* veranstaltete am 30. Oktober 2021 in ihren Räumlichkeiten eine *Pro-Patria-Suite* an der auch Aktivitas der Burschenschaft *Teutonia Prag zu Würzburg* teilgenommen haben. Am 30. Juli 2022 fand dann noch eine *Fuxenpartie* (hier handelt es sich um Nachwuchs der Burschenschaft, der zunächst eine Probezeit absolvieren muss) und am 29. Juni 2023 eine *Fuxen- und Burschenpartie* gemeinsam mit Aktivitas der Prager Burschenschaft *Teutonia Würzburg* statt. Am 04. November 2023 fand eine Vortragsveranstaltung mit dem revisionistischen Historiker Stefan Scheil zu „Polens Großmachtfantasien“ im Haus der *Frankonia* statt, an der auch Dennis H., Sänger der rechtsextremen Band *Eishammer*, und weitere Personen mit Bezügen zur 2021 formell aufgelösten Neonazigruppierung *Nord Württemberg Sturm* gemeinsam mit dem AfD-MdL Daniel Halemba teilgenommen haben.
- Mitglieder der *Danubia*, der *Frankonia* und der *Teutonia* haben vom 22. – 26. Mai 2023 auch an dem jährlichen Burschentag der *Deutschen Burschenschaft* in Eisenach teilgenommen.

In Bayern gibt es enge personelle Verflechtungen und politische Verbindungen zwischen den rechtsextremen Burschenschaften und der *Jungen Alternative*. So waren Angehörige rechtsextremer Burschenschaften in den vergangenen Jahren im Landesvorstand der JA

gut vertreten. An zahlreichen Veranstaltungen der JA in Bayern haben sich auch Aktivitas rechtsextremer Burschenschaften beteiligt. Führende Funktionär:innen der JA Ostbayern waren bis zu ihrer Auflösung in der Burschenschaft *Markomania* aktiv. Außerdem bestehen persönliche Verbindungen von JA-Mitgliedern zur *Danubia* und zur *Frankonia*. Ein erheblicher Teil der JA-Funktionsträger rekrutiert sich demnach aus dem Milieu der Burschenschaften.

Die engen Verbindungen zwischen AfD und rechtsextremen Burschenschaften machte eine Festkneipe deutlich, zu der die Landtagsabgeordneten Christoph Maier (Münchener Burschenschaft *Sudetia*) und Ferdinand Mang (Münchener Burschenschaft *Franco-Bavaria*) am 15. Juni 2023 in die Landtagsgaststätte eingeladen hatten. Ein Mitglied der *Danubia* bedrängte in diesem Rahmen einen anwesenden Journalisten. Gemeinsam mit einem anderen *Danubien* zeigte er den bei Neonazis zurzeit sehr beliebten *White-Power-Gruß*. Mit Benjamin Dominik Nolte sitzt ein *Alter Herr* der *Danubia* als Abgeordneter im Landtag, der schon 2009 beim Treffen der *Deutschen Burschenschaft* in Eisenach mit einer rassistischen Aktion aufgefallen war. In der *Teutonia Prag zu Würzburg* ist der AfD-Landtagsabgeordnete Daniel Halemba ein mittlerweile prominentes Mitglied.

Enge Verbindungen bestehen auch zwischen den rechten Burschenschaften und der *Identitären Bewegung* in Bayern. Die *Danubia* ist personell eng mit der Münchener Ortsgruppe der *Identitären* verbunden. Am 05. Oktober 2022 beteiligten sich Mitglieder der *Danubia* und der identitären Gruppierung *Lederhosen Revolte* gemeinsam an einer Demonstration der *Querdenker* von *München steht auf*. Bei den *Querdenker*-Demonstrationen in München tauchen regelmäßig Aktivitas der *Danubia* auf. Ebenfalls im Oktober 2022 gab es eine gemeinsame Banneraktion „Endlich wieder Wiesn! Schluss mit eurer Coronapolitik“ beim Oktoberfest in München. Am 18. Februar 2023 fand eine gemeinsame Banneraktion von Mitgliedern der *Danubia* und der *IB* gegen die Münchener Sicherheitskonferenz statt. Bei einer AfD-Kundgebung mit dem Titel „Kriegs-

treiber stoppen! Keine Sanktionen – Keine Waffenexporte“ wurde ein Transparent mit der Aufschrift „Globalisten Grenzen zeigen – Autarkie – Souveränität – Remigration“ präsentiert. Auch in Nürnberg beteiligten sich am 15. April 2023 Aktivitas verschiedener rechter Burschenschaften gemeinsam mit *Identitären* an einer *Friedensdemonstration* der AfD. Am 17. Mai 2023 fand eine gemeinsame Banneraktion „München verteidigen – Vergewaltiger abschieben“ der *Danubia* und der *Lederhosen-Revolte* im Alten Botanischen Garten in München statt. Am 13. Juni 2023 beteiligen sich Mitglieder der *Danubia* und der *Identitären* an einer Kundgebung der AfD gegen eine *Drag-Queen-Lesung* in der Stadtteilbibliothek München-Bogenhausen und versuchten gemeinsam, die Veranstaltung zu stören. Auch am sog. *Schwaberkongress der Reconquista 21* mit Martin Sellner am 11. November 2023 in Dasing beteiligen sich Aktivitas verschiedener rechtsextremer Burschenschaften. In den Räumen der *Teutonia Würzburg* wurden bei einer Durchsuchung im September 2023 diverse Banner, Flyer, Plaketten und Plakate der *Identitären Bewegung* sichergestellt. Dies ist ein klarer Hinweis auf enge organisatorische Verbindungen der *Teutonia* zur den *Identitären* der Gruppe *Bollwerk Franken*. In den Räumlichkeiten der *Markomania* fand außerdem die Gründungsversammlung der *Identitären Bewegung* in Niederbayern statt. Die *Teutonia Prag zu Würzburg* unterhält auch Kontakte zum Stützpunkt Mainfranken der Neonazipartei *Der III. Weg*. Aktivisten des *III. Wegs* wurden mehrfach bei Veranstaltungen im Burschenschaftshaus gesichtet. Im Dezember 2022 war ein Mitglied der Partei sogar als Referent zu einer Veranstaltung der *Teutonia* eingeladen. Bei der Durchsuchung der Räumlichkeiten der *Teutonia* am 14. September 2023 wurde Propagandamaterial des *Dritten Wegs* und der Partei *Die Rechte* entdeckt. Mitglieder der *Teutonia*, u.a. AfD MdL Daniel Halemba, wurden vor der Bundestagswahl 2021 bei einer *III. Weg*-Demonstration in Würzburg gesichtet. Ein sog. *Fuchs* der *Teutonia* soll sogar Parteimitglied sein.

Aufgrund von Hinweisen des österreichischen Staatsschutzes ermittelt die Staatsanwaltschaft Würzburg gegen die Aktivitas der *Teutonia* wegen des Verdachts der Volksverhetzung und dem Verwenden von Kennzeichen verfassungswidriger Organisationen. Das österreichische Innenministerium hat der bayerischen Polizei anscheinend belastende Fotos von gemeinsamen Treffen der *Teutonia* mit der *Arminia Graz* und der akademischen Wiener Burschenschaft *Albia* aus Österreich übersandt,

mit denen die Teutonia ein *schwarz-rot-goldenes Kartell* bildet. Bei der Durchsuchung des Burschenhauses der Teutonia wurden dann NS-Devotionalien, eine Reichskriegsflagge, Propagandamaterialien verschiedener rechtsextremer Organisationen, Transparente mit rechten Parolen und ein umfangreiches Waffenarsenal für den Straßenkampf sichergestellt. Dazu gehören eine Schreckschusspistole Marke *Walther P99*, mehrere Schlagstöcke und Schlagringe, ein Teleskopschlagstock, Messer mit feststehender Klinge, eine Machete, ein Gassprühergerät, ein Elektroschocker sowie jeweils zwei Deko-Lang- und Kurz Waffen. Zwei Aktivitas der Teutonia sind außerdem im Besitz einer Waffenerlaubnis und eines Jagdscheines auf den drei Gewehre sowie eine Pistole zugelassen sind.

Daniel Halemba trägt nach der *Pro-Patria-Suite* bei der Burschenschaft Frankonia Gießen am 05.08.2023 einen Kopfverband.
Foto: privat



2.3. Kaderpartei der Neonaziszene: Der Dritte Weg

Bei der überregionalen rechtsextremen Partei *Der Dritte Weg* (auch: Der III. Weg, III. Weg oder D3W) handelt es sich um die wichtigste Kaderorganisationen der militanten Neonaziszene in Bayern. Der *Dritte Weg* wurde im Jahr 2013 maßgeblich von bayerischen Rechtsextremist:innen mitgegründet, als Auffangorganisation für das sich abzeichnende Verbot des *Freien Netzes Süd* (FNS), einem Zusammenschluss bayerischer Kameradschaften.

Im Gegensatz zu einem Kameradschaftsverband, der nach dem Vereinsrecht verboten werden kann, sind die rechtlichen Hürden für ein Parteiverbot deutlich höher und bis heute haben die Behörden auch keine Anstrengungen unternommen, den *Dritten Weg* zu verbieten. Nach dem Verbot des FNS im Jahr 2014 sind die meisten Aktivist:innen zum *Dritten Weg* gewechselt. Die bayerischen Stützpunkte des *Dritten Wegs* sind weitgehend mit denen des FNS identisch. Der *Dritte Weg* ist somit zumindest in Bayern ganz eindeutig als Nachfolgeorganisation für das verbotene FNS einzustufen. Allein aus diesem Grund ist ein Verbot entsprechend naheliegend.

Die Mitgliederzahl des *Dritten Wegs* in Bayern schwankt in den vergangenen Jahren zwischen 140 und 160 Personen. Für das Jahr 2023 geben die Sicherheitsbehörden ein Personenpotenzial von 155 Aktivist:innen an. Dabei ist zu berücksichtigen, dass es sich beim *Dritten Weg* um eine klassische Kaderorganisation mit hohen Aufnahmehürden handelt. So kann erst nach einer halbjährigen Probezeit und aktiver Mitarbeit in den Parteistrukturen eine Vollmitgliedschaft erworben werden. Der *Dritte Weg* hat sich in den vergangenen Jahren vor allem auf den Aufbau der Parteistrukturen konzentriert. Am 25. Juli 2020 wurde ein eigener Landesverband Bayern gegründet. Zuvor war die Partei deutschlandweit in die Gebietsverbände Süd, zu dem Bayern zählte, Mitte und West gegliedert. Auf dem Bundesparteitag am 28. September 2019 wurde jedoch in einer Satzungsänderung beschlossen, die Gebiets- durch Landesverbände zu ersetzen. Hintergrund der Maß-

nahme war die Nichtzulassung des *Dritten Wegs* zur sächsischen Landtagswahl 2019 durch den Landeswahlausschuss aus formalen Gründen. In Bayern existieren fünf sog. *Stützpunkte* in München/Oberbayern, Ostbayern, Nürnberg/Fürth, Oberfranken und Mainfranken. Nähere Angaben zu den einzelnen Stützpunkten und ihren Mitgliedern verweigern die Sicherheitsbehörden mit dem Hinweis auf den notwendigen *Quellenschutz*. Dies ist ein klares Indiz dafür, dass der Verfassungsschutz über V-Leute in den Strukturen des *Dritten Wegs* verfügt.

Ein wichtiger Schritt im Ausbau der Strukturen war die Eröffnung eines Partei- und Bürgerbüros am 29.10.2022 in Schweinfurt. Bei der Eröffnung waren hochrangige Parteifunktionär:innen wie der lange in Mittelfranken aktive Bundesvorsitzende Matthias Fischer und die bayerische Landesvorsitzende Jasmine Eisenhardt anwesend. Das Büro ist eine von bundesweit nur vier Immobilien der Partei und wird als zentrale Anlaufstelle für interne Treffen, Feiern und Veranstaltungen genutzt. Am 01.05.2023 fand als Ersatz für die ausgefallene 1. Mai-Demonstration ein *Tag der offenen Tür* am Parteibüro statt. Verbunden war dies mit einer Kundgebung vor dem Büro unter der Parole „Die wahre Krise ist das System“. Da es sich um eine private Immobilie handelt, sehen die Behörden keine rechtliche Möglichkeit zur Schließung des Büros.

Ein weiterer wichtiger Schritt im Ausbau der Parteistrukturen war die Gründung einer eigenen Jugendorganisation, der *Nationalrevolutionären Jugend* (NRJ). Die NRJ verfügt in Bayern über 30 Mitglieder und zwei Stützpunkte in (Main-)Franken und Oberfranken. Der Stützpunkt Franken wurde am 03.12.2022 im Parteibüro in Schweinfurt gegründet. Im Schweinfurter Büro finden auch regelmäßig sog. *Jugendtage* mit ideologischen Schulungen, paramilitärischen sportlichen Aktivitäten (Geländemarsch mit Marschgepäck) und kleineren Aktionen statt (Dezember 2022, Juni 2023, Februar 2024). Mit der Gründung der NRJ hat der *Dritte Weg* seine Bemühungen um die Rekrutierung junger Mitglieder verstärkt und professionalisiert. Zuvor war die Nachwuchsarbeit nach eigenen Angaben vernachlässigt worden.

Die Fähigkeit des *Dritten Wegs*, zu größeren Demonstrationen zu mobilisieren, hat in den vergangenen Jahren deutlich nachgelassen. So nahmen an dem traditionellen jährlichen Aufmarsch zum *Heldengedenken* im oberfränkischen Wunsiedel am 12.11.2022 nur noch 120 Personen teil. Damit war die Mobilisierung an einem Tiefpunkt angelangt. Auch im Jahr 2021 waren es bereits nur noch 140 Teilnehmende. Wunsiedel hat als ehemaliger Begräbnisort des Hitlerstellvertreters Rudolf Hess eine hohe symbolische Bedeutung in der rechten Szene. Die geringe Zahl der Teilnehmenden der vergangenen Jahre ist insofern für den *Dritten Weg* eine große Enttäuschung. Offenbar sind die jährlichen ritualisierten Aufmärsche unter den Bannern des *Dritten Wegs* für große Teile der rechtsextremen Szene nicht mehr attraktiv. Im Jahr 2023 wurde dann erstmals auf die Durchführung dieser bisher zentralen und fest etablierten Demonstration verzichtet. Die Absage des jährlichen *Heldengedenkens* in Wunsiedel kann als politische Niederlage des *Dritten Wegs* gewertet werden.

Die Zahl der kleineren Aktivitäten des *Dritten Wegs* hat nach der coronabedingten Unterbrechung in den Jahren 2020 und 2021 in den letzten zwei Jahren allerdings wieder deutlich zugenommen. Zu Beginn des Jahres 2022 hat der *III. Weg* noch versucht mit eigenen Flugblättern und Bannern an den Protesten gegen die staatliche Corona-Politik anzudocken. Der Einfluss auf die Protestbewegung blieb jedoch marginal. Mit Beginn des russischen Angriffskrieges gegen die Ukraine hat sich der Fokus auf Solidaritätsaktionen für die Ukraine verlagert. Im Gegensatz zu anderen rechtsextremen Strömungen hat sich der *Dritte Weg* eindeutig gegen Russland positioniert. Er verfügt traditionell über enge Verbindungen zu ultranationalistischen und neofaschistischen Organisationen in der Ukraine. Nach Kriegsbeginn gab es auch Berichte über die Ausreise von rechtsextremen Aktivisten in die Ukraine. Über eine mögliche Beteiligung an den Kampfhandlungen wurde spekuliert. Der *Dritte Weg* veranstaltete am 26.02.2022 in Ingolstadt und am 02.03.2022 in München zwei eigene kleinere Kundgebungen für die Ukraine. Außerdem hat er im März 2022 an einer großen pro-ukrainischen Demonstration auf dem Königsplatz in München teilgenommen.

Im August 2022 startete der *Dritte Weg* die Kampagne „Die wahre Krise ist das System“, die darauf abzielt, die eigene nationalrevolutionäre Ideologie zu verbreiten. In der Folge kam es in der zweiten Jahreshälfte 2022 und zu Beginn des Jahres 2023 in verschiedenen



Die Landesvorsitzende
des III. Wegs, Jasmine
Eisenhardt, am 01.05.2023
in Schweinfurt.
Foto: Dominik Sauerer

bayerischen Regionen zu Flugblattverteilungen und kleineren Versammlungen. Auch die Aktion zum 1. Mai 2023 in Schweinfurt stand unter diesem Motto. Zahlreiche Aktionen der neonazistischen Kaderorganisation haben einen revisionistischen Schwerpunkt und dienen der Umdeutung des Nationalsozialismus. So beteiligt sich der *Dritte Weg* an den jährlichen *Gedenkaktionen* für die Opfer der Luftangriffe auf Dresden und führte hierzu 2022 auch kleinere eigene Aktionen in Cham und Passau durch. Zum jährlichen Volkstrauertag veranstaltet der *Dritte Weg* jeweils an verschiedenen Orten kleinere Aktionen und Kranzniederlegungen zum *Heldengedenken*, welches ausdrücklich auch die Angehörigen der Waffen-SS mit einbezieht. Unter dem Motto „8. Mai – Wir feiern nicht!“ fanden 2022 und 2023 mehrere kleinere Aktionen zum Ende des Zweiten Weltkriegs (Ehrendienst zur Säuberung von Kriegsgräbern etc.) statt. Die über mehrere Jahre durchgeführten sog. *Nationalen Streifen*, mit denen versucht wurde, sich als Ordnungskraft gegen Kriminalität und die angebliche Gefahr durch Übergriffe von Geflüchteten und Migranten zu profilieren, wurden in den Jahren 2022 und 2023 nicht mehr fortgesetzt. Allerdings startete der *III. Weg* Ende 2023 mit einer neuen Kampagne „Schütze deine Heimat, werde Grenzgänger – Kein zweites 2015“ in deren Rahmen sog. *Streifen* an den deutschen Außengrenzen stattfanden. Bayerische Aktivist:innen haben sich an Grenzstreifen an der deutsch-polnischen Grenze beteiligt und am 18.11.2023 eine *Grenzstreife Sudetenland* an der deutsch-

tschechischen Grenze in der Nähe von Furth im Wald durchgeführt.

Bayerische Aktivist:innen des *Dritten Wegs* beteiligen sich darüber hinaus regelmäßig an bundesweiten oder internationalen Veranstaltungen und Demonstrationen. Sie haben sich am 02.09.2023 am Bundesparteitag in Hilchenbach (NRW) und am 02.10.2022 an einer zentralen Demonstration der Organisation in Plauen beteiligt. Außerdem beteiligen sich bayerische Aktive regelmäßig an den jährlichen Aufmärschen und Veranstaltungen europäischen Neonazis zum sog. *Tag der Ehre* im Februar in Budapest. NRJ-Mitglieder reisten im Juni 2023 für einen *Jugendaustausch* mit spanischen Neofaschisten nach Madrid. In Oberfranken kooperiert der *III. Weg* eng mit der Neonazikameradschaft *Kollektiv Zukunft schaffen – Heimat schützen*. In Ebern, Scheßlitz und Breitengüßbach wurden gemeinsame Aktionen und Versammlungen durchgeführt, die sich vor allem gegen örtliche Flüchtlingsunterkünfte richteten. Am 19.11.2022 fand auf Einladung der Partei *Deutsche Konservative* ein rechtsextremes Vernetzungstreffen in Ostbayern statt, an dem auch Aktive des Stützpunktes Ostbayern beteiligt waren. Die Staatsregierung hat keine Erkenntnisse über die Anzahl der Mitglieder des *Dritten Weges*, die im Besitz einer Waffenerlaubnis sind, Sie teilt lediglich mit, dass die Entwaffnung der rechtsextremen Szene große Fortschritte mache. Zum 31.12.2022 sollen noch 48 Rechtsextremist:innen im Besitz einer Waffenerlaubnis gewesen sein. Zum 31.12.2023 waren es nach Behördenkenntnissen noch 33 Personen.

2.4. Neue Hülle, alter Inhalt: Die NPD heißt jetzt Die Heimat

Bei der *Nationaldemokratischen Partei Deutschlands* (NPD) handelt es sich um die älteste bestehende rechtsextreme Partei in der Bundesrepublik Deutschland, die bereits 1964 in Hannover gegründet wurde und seit 1965 über einen bayerischen Landesverband verfügt. Sie ist völkisch ausgerichtet und knüpft beispielsweise die persönliche Freiheit an die Zugehörigkeit zur *Volksgemeinschaft*. Zudem weist sie hinsichtlich ihrer Grundideen rassistische und geschichtsrevisionistische Züge auf und sorgt in ihrer Agitation auch immer wieder durch antisemitische Ausfälle für Aufmerksamkeit.

Auch das Bundesverfassungsgericht hat der NPD im Jahr 2017 verfassungsfeindliche Bestrebungen gegen die freiheitlich demokratische Grundordnung attestiert. Das vom Bundesrat beantragte Verbot der Partei scheiterte lediglich an ihrer politischen Bedeutungslosigkeit, da ihr nicht die Fähigkeit zugestanden wurde, ihre verfassungsfeindlichen Ziele auch tatsächlich in die Tat umzusetzen. Im Juli 2019 beantragten dann Bundestag, Bundesrat und Bundesregierung beim Bundesverfassungsgericht den Ausschluss der NPD von der staatlichen Parteienfinanzierung. Am 23. Januar 2024 traf das Verfassungsgericht die Entscheidung, die Partei *Die Heimat* als Nachfolgeorganisation der NPD für sechs Jahre von der Parteienfinanzierung auszuschließen, da sie die Beseitigung der freiheitlich-demokratischen Grundordnung und ihre Ersetzung durch einen *autoritären Staat* anstrebt. Das Urteil gilt auch im Hinblick auf mögliche rechtliche Schritte gegen die AfD und ihre Jugendorganisation *Junge Alternative* als richtungsweisend.

Auf ihrem Bundesparteitag am 3. Juni 2023 in Riesa (Sachsen) hat sich die NPD nach einer jahrelangen parteiinternen Auseinandersetzung in *Die Heimat* umbenannt und eine neue strategische Ausrichtung der Partei beschlossen. Die Heimat versteht sich als Anti-Parteien-Bewegung und *Sammlungsbewegung* für die neuen seit der Coronakrise entstandenen rechtsoffenen Protestbewegungen. Angesichts

der enttäuschenden Wahlergebnisse der letzten Jahre galt der Parteiname NPD nach Einschätzung der Mehrheit der Mitglieder als verbrannt und eine Neuausrichtung der Partei als unvermeidlich. Die Umbenennung und Neuausrichtung der NPD wurden von der überwiegenden Mehrheit der bayerischen NPD und ihres Landesvorstandes begrüßt. Lediglich der Kreisverband München stellte sich gegen die anvisierten Veränderungen. Obwohl die geplante Umbenennung der Partei beim Bundesparteitag in Altenstadt (Hessen) am 14. Mai 2022 noch knapp an der für Satzungsänderungen nötigen 2/3-Mehrheit gescheitert ist, hat die bayerische NPD bereits im September 2022 ihre Social-Media-Profile auf Facebook, Instagram und Telegram in *Heimat Bayern* und *Heimat Franken* umbenannt. Der Parteitag der NPD-Mittelfranken hatte bereits im Juli 2022 beschlossen, zukünftig auf den positiv besetzten Begriff *Heimat* zu setzen. Auch der am 06. Juni 2022 neu gewählte bayerische Landesvorsitzende der NPD, Rainer Hatz, stellte sich hinter die strategische Neuausrichtung und Umbenennung der Partei. Der Vorstand des neuen bayerischen Landesverbandes der *Heimat* ist weitgehend mit dem alten NPD-Landesvorstand identisch. Trotz Umbenennung leidet die Partei weiterhin an Überalterung und sinkenden Mitgliederzahlen. Aktuell verfügt *Die Heimat* in Bayern über ungefähr 430 Mitglieder.

Die öffentlichen Aktivitäten der Partei be-

Neonazi Patrick Schröder und AfD-MdL Dieter Arnold zeigen als Ordner auf einer Kundgebung in Schwandorf 2022 keine Berührungsgängste.
Foto: Jan Nowak



schränken sich weitgehend auf Mittel- und Unterfranken. Einzelne mit der Neuausrichtung unzufriedene Mitglieder der NPD-Bayern bemühen sich um eine Abspaltung und Neuformierung. Ob diese Bemühungen erfolgreich sein werden, bleibt zu bezweifeln. So ist der ehemalige Münchener Parteichef der NPD, Karl Richter, bereits im April 2020 wegen ihrer notorischen Erfolglosigkeit aus der Partei ausgetreten. Seine nüchterne Begründung: „Die NPD ist heute kein ernstzunehmender politischer Faktor mehr. Nichts spricht dafür, dass sie es je wieder sein wird.“

Zu Beginn des Jahres 2022 nahmen NPD-Aktivist:innen an Kundgebungen gegen die Corona-Politik in Ansbach und Bamberg teil. Aktive des Kreisverbandes Nürnberg/Fürth verteilten 2022 zum Christopher Street Day in Nürnberg Flugblätter mit dem Titel „Pro Mann & Frau“. Am 19.10. und 21.10.2022 führte die Partei unter dem Motto „Grün muss weg“ Aktionen vor den GRÜNEN Parteibüros in Ansbach und Nürnberg durch. Am 26.11.2022 hat sich die NPD an einer Kundgebung von Querdenker:innen und Verschwörungsideolog:innen zum Thema Ukraine-Krieg und Energiepreise in Ansbach beteiligt. Diese Aktionen wurden bereits unter dem Label *Die Heimat* durchgeführt.

Am 21.01.2023 folgte die Teilnahme an einer Demonstration gegen die Russland-Sanktionen in Ansbach. Hier war auch der bayerische Landesvorsitzende Rainer Hatz beteiligt. Im Juni und Juli 2023 haben sich Heimat-Aktivist:innen an drei weiteren Kundgebungen aus dem Milieu der Verschwörungsideolog:innen in Ansbach beteiligt. Ein weiterer Schwerpunkt der Aktivitäten lag in Aschaffenburg. Dort wurde sich an mehreren Kundgebungen einer lokalen Bürgerinitiative aus dem Milieu der Corona-Leugner:innen beteiligt. In Nürnberg starteten Aktive am 12. September 2023 eine rassistische Kampagne unter dem Motto „Deutschland braucht deutsche Kinder, keine Flüchtlinge“.

Nachdem es der *Bürgerinitiative Ausländerstopp* (BIA) weder in München noch in Nürnberg gelang bei den bayerischen Kommunalwahlen in die jeweiligen Stadtparlamente einzuziehen, entfalteten die beiden NPD-Tarnlisten keine öffentlichen Aktivitäten mehr. Auch von der NPD-Jugendorganisation *Junge Nationalisten* und dem Frauenverband *Ring Nationaler Frauen* wurden in den vergangenen zwei Jahren keine öffentlichen Aktivitäten mehr registriert.

Die Heimat ist in der rechtsextremen Szene gut vernetzt. So gibt es nach Angaben der Staatsregierung einzelne personelle Verbin-

dungen zwischen der Partei und der *Identitären Bewegung*, insbesondere durch Kontakte eines Funktionärs des bayerischen Landesverbandes. Personelle Verbindungen bestehen auch zur Neonazi-Partei *Der III. Weg* und zur rechtsextremen Kampfsportszene. Im Mai 2023 nahm der stellvertretende *Heimat*-Landesvorsitzende Patrick Schröder an der *European Fight Night* der rechtsextremen Szene in Budapest teil. Der Oberpfälzer betreibt zudem einen Versandhandel mit einschlägigen Kleidungsmarken und Merchandise.

In der vom Dortmunder Neonazi Sascha Krolzig herausgegebenen Zeitschrift *N.S. Heute* schlug Schröder der Szene im April 2024 das Konzept der *Active Clubs* (AC) als „Ausweg“ bzw. neue Strategie vor. Das auf den US-amerikanischen Neonazi Robert Rundo zurückgehende Konzept fußt auf einer massiven digitalen Selbstinszenierung der eigenen Aktivitäten (bspw. illegale Sticker-, Plakat- und Graffiti-Aktionen, Kampfsport, Krafttraining, Wanderungen) durch lose verbundene Gruppen, die vor Ort zum Teil nur aus wenigen Personen bestehen. Die mögliche Verbreitung der *Active Clubs* – bisher sind AC in der Oberpfalz und in Nürnberg in Erscheinung getreten – könnte sich darauf stützen, dass Teile der *Jungen Nationalisten* (JN) dabei sind, sich als lokale und regionale Aktionszellen neu zu formieren (bspw. als *Festung Franken* mit dem Slogan „Franken verteidigen“). Personelle Verbindungen unterhält *Die Heimat* auch zur Allgäuer Skinhead-Gruppierung *Voice of Anger*. Ein früherer NPD-Bundestagskandidat ist gleichzeitig Mitglied der größten Skinhead-Organisation in Bayern.

Die Staatsregierung hat leider keinen Überblick darüber, wie viele NPD bzw. *Heimat*-Mitglieder im Besitz einer waffenrechtlichen Erlaubnis und damit im Besitz von legalen Waffen sind. Als Mitglied einer verfassungsfeindlichen Organisation müsste allen Mitgliedern der Partei eigentlich die erforderliche waffenrechtliche Zuverlässigkeit abgesprochen werden! Trotzdem waren zum Stichtag 01.01.2022 noch 48 Rechtsextremisten im Besitz einer Waffenerlaubnis. Nach Erkenntnissen des bayerischen Verfassungsschutzes besuchte mindestens ein Funktionär des bayerischen Landesverbandes der *Heimat* einen bei Rechtsextremisten beliebten Schießstand, um dort Schießtrainings zu absolvieren.

2.5. Extrem gewaltbereit: Die Reichsbürger:innen-Szene in Bayern

Das Personenpotenzial der sogenannten Reichsbürger:innen- und Selbstverwalter:innen-Szene ist in den vergangenen vier Jahren kontinuierlich um insgesamt 38 Prozent gewachsen. Während die Sicherheitsbehörden zum Stichtag 31.12.2019 noch 3.921 Personen zum Spektrum der *Reichsbürger:innen* und *Selbstverwalter:innen* zählten, waren es zum Jahresende 2023 bereits 5.406 Personen. Dieses dynamische Wachstum um 1.485 Personen dürfte die Szene vor allem der Protestbewegung gegen die staatlichen Coronamaßnahmen verdanken. *Reichsbürger:innen* haben sich aktiv an den Protesten beteiligt und von der explosionsartigen Verbreitung einschlägiger Verschwörungsmymen enorm profitiert. Gleichzeitig kam es im Milieu der *Reichsbürger:innen* zu einer beschleunigten Politisierung und Radikalisierung. Ein besonders starkes Anwachsen der Szene ist vor allem in den Jahren 2021 (plus 475 Personen) und 2022 (plus 755 Personen), also in der Hochphase der Protestbewegung, zu konstatieren. Der besonders aktive *harte Kern* der Szene ist ebenfalls größer geworden und umfasst ca. 530 Personen. Dieser Kern ist besonders aktionistisch orientiert und tut sich vor allem mit zahlreichen Angriffen auf staatliche Institutionen hervor. Zum gewaltorientierten Teil der Szene werden von den Sicherheitsbehörden aktuell rund 500 Personen gerechnet. Hierzu zählen Personen, die durch gewalttätige Aktionen, in der Regel Erpressungen oder gewaltbefürwortende Äußerungen aufgefallen sind. Es existiert eine erhebliche Schnittmenge zwischen diesem gewaltaffinen Spektrum und dem genannten *harten Kern* der Szene. Auch der gewaltorientierte Teil der Szene ist in den vergangenen Jahren deutlich gewachsen (plus 50 Personen allein in 2023). Die in den vergangenen zwei Jahren aufgedeckten Putsch- und Attentatspläne von Gruppierungen, die den Reichsbürger:innen nahestehen (*Patriotische Union* um Prinz Reuß, Vereinte Patrioten, militante Gruppe in Neumarkt/Oberpfalz), zeigen wie ernst diese

Gewaltbereitschaft genommen werden muss. *Reichsbürger:innen* bewaffnen sich systematisch und planen terroristische Aktionen wie Sprengstoffanschläge auf kritische Infrastruktur oder gegen prominente Politiker:innen. Die enorm hohe Zahl an Straftaten aus diesem Milieu lässt vermuten, dass der gewaltbereite Teil der Bewegung noch deutlich über dem offiziell von den Sicherheitsbehörden registrierten Potenzial liegen dürfte. Rund 400 Personen aus der Szene der *Reichsbürger:innen* in Bayern gehören regional oder bundesweit agierenden, festen Organisationen an. Zu den stärksten und aktivsten Gruppierungen in Bayern gehören der sog. *Vaterländische Hilfsdienst* (80 Mitglieder), das sog. *Königreich Deutschland* (60 Mitglieder) und das *Indigene Volk der Germaniten* (50 Mitglieder). Speziell in Bayern ist dann noch der Verein *Mutter Erde Bayern e.V.* aktiv. Insgesamt ist die Szene jedoch ideologisch sehr heterogen und organisatorisch in zahlreiche Kleinstgruppen und aktive Einzelpersonen gespalten. Hinzu kommen insbesondere in den vergangenen Jahren noch klandestin agierende Gruppierungen, die sich auf einen Zerfall der staatlichen Ordnung und einen für unvermeidlich gehaltenen *Bürgerkrieg* vorbereiten. Ungefähr 130 Personen aus dem Spektrum der *Reichsbürger:innen* sind nach Angaben der Staatsregierung außerdem noch in anderen rechtsextremen Organisationen und Zusammenhängen aktiv. Insbesondere bei den antisemitischen Verschwörungsideologien und der revisionistischen Orientierung am Vorbild eines *Deutschen Reichs* gibt es ideologische Schnittmengen zu anderen rechtsextremen Organisationen. Mit ihrer Ablehnung des demokratischen Systems, der Negation der staatlichen Verfassung der Bundesrepublik, dem Ziel einer Wiederherstellung eines *Deutschen Reichs* und dem virulenten Antisemitismus muss die Szene der *Reichsbürger:innen* und *Selbstverwalter:innen* auch selbst als originär rechtsextreme Bewegung betrachtet werden. Die Sicherheitsbehörden weigern sich jedoch bisher, die *Reichsbürger:innen* als rechtsextreme Bestrebung zu verorten. *Reichsbürger:innen* und *Selbstverwalter:innen* haben in den vergangenen zwei Jahren zahlreiche Veranstaltungen, Seminare, Treffen und Kongresse in Bayern durchgeführt. Aus einer unvollständigen Auflistung bayerischer Sicherheitsbehörden ergeben sich allein für 2022 37 Veranstaltungen und für das Jahr 2023 18 Veranstaltungen. Hierbei handelt es sich im Wesentlichen um Vernetzungstreffen der regionalen Szene und um Vortragsveranstaltungen zu szenetypischen Themen.

In einem Hotel im schwäbischen Wemding haben zudem in den vergangenen zwei Jahren mindestens drei größere Seminar- und Kongresswochenenden stattgefunden. Besondere Bedeutung kommt dabei dem „3. Zukunftskongress Deutschland“ zu, welcher vom 17.11. bis zum 19.11.2023 in Wemding stattfand. Dort diskutierten bekannte Ideologen der Szene und *Reichsbürger:innen* aus dem gesamten Bundesgebiet und darüber hinaus über „Wege in das Deutsche Reich“. Zu den Referent:innen des Kongresses gehörten auch Personen mit Verbindungen zu den terroristischen Gruppierungen *Vereinte Patrioten* und *Patriotische Union* um Heinrich XIII. Prinz Reuß. Am Rande des Kongresses kam es zu einem tätlichen Angriff auf einen Journalisten. Ein Mitorganisator und Hauptredner des Kongresses verglich den anschließenden Polizeieinsatz mit der Behandlung jüdischer Menschen im Dritten Reich und bezeichnete die Einsatzzentrale der Polizei als „Schreibstube der Gestapo“. Im Anschluss drohte er zudem mit einer Bewaffnung der Szene: „Die Karabiner haben die Anderen. Das wird sich ändern!“. Der Veranstalter des Kongresses ist zudem in einer Telegram-Gruppe mit offen holocaustrelativierenden und NS-verherrlichenden Äußerungen in Erscheinung getreten. Unter anderem relativierte er den Holocaust, indem er ihn als bloße Behauptung abtat, die er „zahlenmäßig, naturwissenschaftlich, architektonisch, ressourcentechnisch und zeitlich“ widerlegen werde. Auch die bundesweiten Gruppierungen *Königreich Deutschland* und *Indigenes Volk Germaniten* waren mit Vorträgen und Seminaren in Bayern präsent. *Königreich Deutschland* bietet beispielsweise Seminare zum *Systemausstieg* und zu *Betriebsgründungen* an. *Reichsbürger:innen* haben sich zudem allein im Jahr 2022 an mindestens 20 Kundgebungen und Demonstrationen gegen die staatlichen Maßnahmen zur Eindämmung der Corona-Pandemie und den Ukraine-Krieg beteiligt. Darunter befanden sich auch große Bündisdemonstrationen von Pandemieleugner:innen in Erding (17.01.22), Nürnberg (24.01.22) und München (30.03.22) mit 1.500 (Erding, München) bis 4.300 (Nürnberg) Teilnehmenden. Allein 57 Straftaten im Jahr 2022 – darunter 20 Gewalt-

taten – von *Reichsbürger:innen* stehen im Zusammenhang mit der Corona-Pandemie und den Protesten gegen den Ukrainekrieg. Im Jahr 2022 wurden insgesamt 798 Straf- und Gewalttaten sogenannter *Reichsbürger:innen* von den Strafverfolgungsbehörden registriert. Das bedeutet gegenüber dem Vorjahr 2021 (486) eine Steigerung um 65 Prozent! Auch 2021 kam es bereits zu einer Steigerung der Straf- und Gewalttaten um rund 90 Prozent. Hier zeigt sich, dass die Corona-Pandemie in der *Reichsbürger:innen-Szene* einen enormen Radikalisierungs- und Mobilisierungsschub ausgelöst hat. Überwiegend handelt es sich bei den Delikten um Nötigungen, Bedrohungen, Beleidigungen und Verleumdungen. In einzelnen Fällen kam es aber auch zu Sachbeschädigungen, öffentlichen Aufforderungen zu Straftaten und zu Volksverhetzungsdelikten. Ein erheblicher Teil der Delikte richtet sich gegen öffentliche Amts- und Mandatsträger:innen. Hinzu kommen noch 207 Gewaltdelikte mit insgesamt 245 Opfern. Überwiegend handelt es sich hierbei um Erpressungsdelikte. Es gibt aber auch Fälle von Körperverletzung und Widerstand gegen Polizeibeamte. Gegenüber dem Vorjahr 2021 (130) handelt es sich um eine Steigerung von rund 60 Prozent. In den Jahren 2021 und 2022 sind die Gewaltdelikte insgesamt um 140 Prozent angestiegen. Im Jahr 2023 kommt es dann zu einem deutlichen Rückgang der Straf- und Gewalttaten auf 385 Fälle. Dieser deutliche Rückgang um rund 50 Prozent dürfte der im Jahr 2023 stark abflauenden Bewegungsdynamik der Proteste gegen die Coronamaßnahmen, den Ukraine-Krieg oder die Energiepreiserhöhungen geschuldet sein. Aber auch im Jahr 2023 wurden den *Reichsbürger:innen* 76 Gewaltdelikte zugeordnet. Dabei ist auffällig, dass es neben den für *Reichsbürger:innen* typischen Erpressungsversuchen auch zu vermehrten Körperverletzungs- und Widerstandsdelikten gekommen ist. So beschoss im Februar 2023 ein Täter in Neubiberg/Oberbayern seine Opfer mit Stahlkugeln. In Berg/Oberfranken verletzten im März 2023 gleich mehrere Täter ihre Opfer. In Plattling/Niederbayern verschickte ein Täter ebenfalls im März Briefe mit einer gefährlichen Substanz, welche Hautrötungen und Juckreiz bei den Opfern verursachte. In Neumarkt/Oberpfalz schoss im Juni 2023 ein Täter mit einem Luftgewehr auf mehrere Menschen. In Türkheim/Schwaben bedrohte ein Täter im September 2023 seine Opfer mit einem Messer. Hinzu kommen zahlreiche Fälle von Widerstand gegen Polizeibeamt:innen und weitere Körperverletzungsdelikte.

Allein 415 Straf- und Gewalttaten aus dem Reichsbürger:innen-Milieu richteten sich im Jahr 2022 gegen politische Amts- und Mandatsträger:innen. Damit gehen rund 40 Prozent aller Straftaten gegen Politiker:innen (insgesamt 1.081 in 2022) auf das Konto der *Reichsbürger* und *Selbstverwalter*. Unter die Straftaten fallen auch 114 politisch motivierte Gewaltdelikte. In der Regel handelt es sich dabei um Erpressungen bzw. Erpressungsversuche. Auch im Jahr 2023 wurden noch 209 Straftaten gegen politische Amts- und Mandatsträger:innen registriert, welche dem Spektrum der *Reichsbürger:innen* und *Selbstverwalter:innen* zugeordnet werden. Unter die Straftaten fallen auch 46 Gewaltdelikte, wobei es sich fast ausschließlich um Erpressungen bzw. Erpressungsversuche handelt. Die Konzentration der Straftaten auf politische Funktionsträger:innen und staatliche Behörden ist Ausdruck einer grundsätzlichen Infragestellung staatlicher Einrichtungen und gesetzlicher Vorgaben durch die Szene der Reichsbürger:innen. Die Existenz(berechtigung) und Legitimität der staatlichen Organe und politischen Repräsentant:innen wird schlichtweg bestritten. Stattdessen geht die Szene von der imaginären Fortexistenz eines wie auch immer definierten *Deutschen Reiches* aus. Aus der grundlegenden Negation von Staat, Verfassung und Recht der Bundesrepublik leitet die Szene auch ihre Berechtigung zu schweren Straftaten ab.

Die noch immer hohe Zahl an Gewaltdelikten zeigt das von der Szene ausgehende Gefahrenpotenzial. Gewalttaten werden in der Szene in der Regel als „Notwehr“ gegen den Staat gerechtfertigt. Der starke Bezug zu rechten Verschwörungsnarrativen beinhaltet ein erhebliches Radikalisierungspotenzial. Ein geschlossenes verschwörungsideologisches Weltbild kann auch die Grundlage für schwerste Hassverbrechen sein, wie die rechtsextremen Anschläge in München, Halle und Hanau gezeigt haben. Hinweise auf eine Radikalisierung ergaben sich im April 2022 bei der Verhaftung von mutmaßlichen Mitgliedern der Chatgruppe *Vereinte Patrioten*, die sich aus dem Spektrum der Reichsbürger:innen und Coronaleugner:innen rekrutierte. Die Vereinigung soll rechtsterroristische Anschläge auf Stromleitungen und Umspannwerke sowie die anschließende Entführung des Bundesgesundheitsministers Karl Lauterbach geplant haben. Nach diesen terroristischen Aktionen sei geplant gewesen, die Regierung zu übernehmen. Im Rahmen der Durchsuchungsaktionen gegen die Gruppe wurden u. a. 22 Schusswaffen sichergestellt.



Protest gegen das bundesweite Treffen von *Reichsbürger:innen* in Wemding. Foto: Dominik Sauerer

Die Polizei prüft auch Verbindungen einer im März 2022 in Neumarkt in der Oberpfalz ausgehobenen Gruppe in die Reichsbürger:innen-Szene. Diese Vereinigung soll ebenfalls Anschläge auf Stromleitungen geplant haben. Auch hier wurden bei polizeilichen Durchsuchungen ca. 70 Schusswaffen gefunden. Am 12. Dezember 2022 wurde dann eine bundesweite Verschwörer:innengruppe um Heinrich XIII. Prinz Reuß aufgedeckt, die mit einem Putsch die staatliche Ordnung der Bundesrepublik beseitigen wollte. Diese Gruppierung plante u. a. einen Sturm auf den Deutschen Bundestag und die Verhaftung bzw. Ermordung führender Politiker:innen und Regierungsmitglieder. Zu diesem Zweck sollten bundesweit militärische Einheiten aufgestellt und umfangreiche Waffenarsenale angelegt werden. An der Verschwörung waren auch (ehemalige) Elitesoldat:innen, Polizist:innen und eine ehemalige Bundestagsabgeordnete der AfD beteiligt. Bei der sich *Patriotische Union* nennenden Organisation handelt es sich um die größte bekannte terroristische Vereinigung in der Geschichte der Bundesrepublik. Etliche Mitglieder entstammen dem Milieu der Reichsbürger:innen und Verschwörungsideolog:innen.

Nachdem ein *Reichsbürger* im Jahr 2016 im mittelfränkischen Georgensgmünd bei einer Hausdurchsuchung einen Polizisten erschossen hatte, erhöhte sich der Repressionsdruck gegenüber der Szene deutlich. Seit dem Polizistenmord wurden auch Straftaten wie Bedrohungen und Erpressungen durch *Reichsbürger:innen* konsequenter verfolgt und die zahlreichen Waffenerlaubnisse von Personen aus der Szene nach und nach eingezogen. Die Szene der *Reichsbürger:innen* und *Selbstverwalter:innen* ist als hochgradig waffenaffin einzuschätzen. Insgesamt wurden seit 2016 in Bayern nach Auskunft der Behörden bei 472 Personen, die der *Reichsbürger:innen-* und *Selbstverwalter:innen-Szene* angehören, Verfahren zum Widerruf der waffenrechtlichen Erlaubnisse eingeleitet. Gegen rund 300 Personen wurden Bescheide zum Widerruf der Waffenerlaubnisse erlassen. 56 Personen haben ihre Waffenerlaubnis freiwillig zurückgegeben. Wobei ein beachtliches Waffenarsenal von insgesamt 1.188 Waffen, überwiegend großkalibrige Schusswaffen, sichergestellt wurde. Bei Neuanträgen auf eine Waffenerlaubnis wird diese bekannten *Reichsbürger:innen* in der Regel verweigert.

Laut den bayerischen Waffenbehörden waren zum Stichtag 31.12.2022 noch 28 Personen aus der *Reichsbürger:innen-Szene* im Besitz von insgesamt 38 Waffenerlaubnissen.

Diese Personen waren insgesamt im Besitz von 81 legalen Schusswaffen (63 Großkaliberwaffen und 17 Kleinkaliberwaffen). Im Jahr 2022 wurde 34 Reichsbürger:innen die Waffenerlaubnis entzogen und dabei insgesamt 207 Waffen sichergestellt. Zum Stichtag 31.12.2023 verfügten immer noch 24 Personen aus der *Reichsbürger:innen- und Selbstverwalter:innen-Szene* über eine oder mehrere waffenrechtliche Erlaubnisse. Diese Personen sind im legalen Besitz von 76 Schusswaffen (53 Großkaliber- und 23 Kleinkaliberwaffen). 2023 wurden bei 39 Personen aus der Szene waffenrechtliche Erlaubnisse widerrufen bzw. diese freiwillig zurückgegeben. Dabei wurden 93 Waffen sichergestellt. **Im Milieu der Reichsbürger:innen kursieren also immer noch in einem erheblichen Umfang Waffen. Wir halten deshalb an unserer Forderung nach einer vollständigen Entwaffnung der Szene fest.**

Auch im Staatsdienst gibt es Beamt:innen mit Bezügen zu dieser Szene. Aktuell laufen noch sieben Disziplinarverfahren gegen Beamt:innen des Freistaats Bayern wegen ihrer Zugehörigkeit zur Szene der *Reichsbürger:innen* sowie drei Disziplinarverfahren gegen Polizist:innen. Zwei Personen davon befinden sich bereits im Ruhestand. Einer Person wurde mittlerweile gekündigt.

2.6. Rechtsextreme Kampfsportszene

In den vergangenen Jahren hat die rechte Szene den Kampfsport zunehmend als Mittel der Mobilisierung und der Gewaltausübung entdeckt. Das betrifft besonders Kampfsportarten wie *Mixed Martial Arts* (MMA) oder *Kickboxen*, die sich auch als tauglich für den Straßenkampf erweisen. Neben der Musik ist der Kampfsport ein wichtiges vopolitisches Rekrutierungsfeld für die rechtsextreme Szene. In den letzten Jahren ist eine zunehmende Professionalisierung der rechten Kampfsportszene zu beobachten, mit eigenen Modemarken wie *Kampf der Nibelungen* (KdN), *Black Legion* oder *White Rex*, Agenturen und prominenten Führungspersonen wie dem Dortmunder Neonazi Alexander Deptolla vom *Kampf der Nibelungen*.

Zwar wurden aufgrund behördlicher Restriktionen deutschlandweit in den letzten Jahren weniger und in Bayern sogar gar keine rechtsextremen Kampfsportveranstaltungen registriert, allerdings nehmen Neonazis mit Verbindungen in den Freistaat bundesweit und international teilweise wichtige Rollen ein. Zudem beteiligen sich rechtsextreme Kampfsportler:innen an regulären Turnieren und Events der Kampfsportszene. Sie trainieren in kommerziellen Studios und organisieren sich in normalen Vereinen, oft ohne dort groß aufzufallen oder anzuecken.

Die rechte Kampfsportszene zeichnet sich durch eine hohe Gewalaffinität aus. Sie ist zudem ein wichtiges Bindeglied zwischen der militanten Naziszene, rechten Hooligans und Teilen der Rockerszene. Kampfsporterfahrene Neonazis sind ein erhebliches Gefahrenpotenzial für Andersdenkende und gesellschaftliche Minderheiten. So waren an den rechtsextremen Ausschreitungen und Hetzjagden auf Migrant:innen und Andersdenkende im Sommer 2018 in Chemnitz auch Angehörige der rechten Kampfsportszene beteiligt. Es ist deshalb wichtig, alle relevanten Akteur:innen für diese Gefahren zu sensibilisieren und wirksame Strategien gegen die weitere Ausbreitung der Szene zu entwickeln.

Nach Erkenntnissen des BayLfV haben seit

2021 keine rechtsextremistischen Kampfsportturniere oder *Fight Club*-Veranstaltungen in Bayern stattgefunden. Besondere Erwähnung verdient die Teilnahme bayerischer Neonazis an der *European Fight Night* am 6. Mai 2023 in Ungarn, die eine Kooperationsveranstaltung ungarischer Neonazis (*Légió Hungária*) mit dem *Kampf der Nibelungen*-Netzwerk und dem in Frankreich gegründeten Label *Pride France* war. Gesichert ist die Anwesenheit des umtriebigen Neonazi-Unternehmers und NPD-Aktivisten Patrick Schröder aus Mantel in der Oberpfalz. Obwohl dessen Interesse am Kampfsport-Bereich vergleichsweise neu ist, zeichnet sich seine Firma für das Impressum des Kampfsport-Labels *White Rex* verantwortlich. *White Rex* ist ein Urgestein im rechtsextremen Kampfsport, der Gründer Denis Kapustin bzw. Nikitin sorgte zuletzt als Führungsperson des *Russischen Freiwilligenkorps* in der Ukraine für Schlagzeilen. Bei der Neonazi-Partei *Der Dritte Weg* ist der Fokus auf Kampfsport mit der parteieigenen *Arbeitsgemeinschaft Körper & Geist* fester Bestandteil des Programms. Gezielt werden mit zum Teil als Selbstverteidigung bezeichneten Angeboten Kinder, Jugendliche und junge Erwachsene angesprochen und an die Partei gebunden. Auch bei der *Identitären Bewegung* (IB) ist es üblich, interne politische Zusammenkünfte mit Kampfsport-Trainings zu verbinden.

2.7. Rechtsextreme Musikszene

Die rechtsextreme Musikszene in Bayern konnte sich bisher kaum vom coronabedingten Veranstaltungsrückgang erholen. So wurden von den bayerischen Sicherheitsbehörden in den letzten drei Jahren insgesamt nur sieben Veranstaltungen registriert. 2021 trat die *Blood & Honour*-nahe Rechtsrock-Band *Unbeliebte Jungs* aus dem thüringischen Sonneberg zweimal in Bayern auf. Die drei im Jahr 2022 registrierten rechtsextremen Musikveranstaltungen wurden allesamt von der Allgäuer Skinhead-Kameradschaft *Voice of Anger* organisiert, die in diesem Jahr ihr 20-jähriges Bestehen beging. Recherchen von *Allgäu* ⇒ *rechtsaußen* belegen ein Konzert am 2. April, das ohne polizeiliche Kenntnis im Clubhaus der Gruppierung in einer Memminger Kleingartenanlage durchgeführt wurde.⁶ Das aus den Bands *Antikonform* (Allgäu), *Kodex Frei* (Raum Kempten) und *Heiliger Krieg* – einem Nachfolgeprojekt der in den Nullerjahren wegen NS- und *Blood & Honour*-Glorifizierung zur kriminellen Vereinigung erklärten Band *Race War* aus Schwäbisch Gmünd – bestehende Line-up ist durchgängig mit dem Plattenlabel *Oldschool Records* der Allgäuer Szenegröße Benjamin Einsiedler verbunden. Bereits am 25. Juni organisierte *Voice of Anger* ein weiteres Konzert mit der nordrhein-westfälischen Band *Smart Violence*, die ebenfalls bei *Oldschool Records* veröffentlicht und eng mit der Allgäuer Neonaziszene verbunden ist. Auch für ein überregionales Treffen mit Musikbeitrag am 1. Oktober 2022 waren Teile der ca. 60 Anwesenden aus dem Westen der Bundesrepublik angereist, was zum von *Allgäu* ⇒ *rechtsaußen* beobachteten Aufbau von *Voice of Anger*-Strukturen in Nordrhein-Westfalen passt.⁷ Am 18. März 2023 wurde in Franken ein paramilitärischer Gepäcklauf, den der Stützpunkt Nürnberg-Fürth der Neonazi-Kaderpartei *Der Dritte Weg* als Jugendtag für die *Nationalrevolutionäre Jugend* (NRJ) organisiert hatte, mit einem Liederabend beendet. Am 22. Juli desselben Jahres trat der Zwickauer Liedermacher *Freilich Frei*, der bei *Oldschool Records* ein Lied mit NSU-verherrlichendem Text veröffentlicht hat, in

Südbayern auf. Dank journalistischer Recherchen wurde ein Konzert der in Hooligan-Kreisen beliebten Rechtsrock-Größe *Kategorie C* aus Bremen bekannt, das am 4. Mai 2024 von einem lokalen Neonazi im Clubhaus des *Trust MC Cham* in Neukirchen beim Heiligen Blut veranstaltet wurde.

Trotz der geringen Zahl an Veranstaltungen in den letzten Jahren gibt es in Bayern weiterhin eine stabile Szene an rechtsextremen Bands, Musiker:innen, Vertrieben und Versandhandeln. So gibt es zwölf aktive Bands vor allem aus dem Bereich der traditionellen Nazi-Skinheadszenen. Darunter bekannte Gruppen wie die Hatecore-Band *Burning Hate*, die bereits erwähnte *Voice of Anger*-Hausband *Kodex Frei* und die reichweitenstarken *Prolligans*. Die Schwerpunkte der rechtsextremen Musikszene in Bayern liegen im Allgäu und in Oberfranken, Regionen, in denen es bereits seit Jahrzehnten eine gut organisierte Skinheadszenen gibt. Hinzu kommt der Liedermacher und langjährige NPD-Aktivist Frank Renniecke, der bei der Europawahl 2024 für *Die Heimat* antrat. Die rechtsextreme Musikszene ist bundesweit und international gut vernetzt. Entsprechend traten bayerische Bands in den letzten Jahren regelmäßig im gesamten Bundesgebiet auf. Frank Renniecke spielt regelmäßig bei politischen Veranstaltungen von *Die Heimat* und 2023 auch bei den *Freien Sachsen* und den *Freien Thüringern*. *White Rebel Voice* hatte im Juni 2022 einen Auftritt im *Flieder Volkshaus*, der Eisenacher NPD-Zentrale. *Es-kalation* und *Kodex Frei* spielten 2022 jeweils vor ca. 200 bzw. sogar ca. 250 Personen im *Alten Gasthof* im Torgauer Ortsteil Staupitz. Die Immobilie in Nordsachsen war zwischen 2008 und 2023 ein zentraler Veranstaltungsort für die international vernetzten Organisationen *Blood & Honour* und *Hammerskin Nation*. Mit dem Verkauf rechter Tonträger und Merchandise-Artikel lässt sich auch Geld verdienen. So existieren allein in Bayern mindestens fünf Label, Vertriebe und Versandhandel für rechtsextreme Musik, Mode und Merchandise-Artikel: *Oldschool Records* aus Wolfertschwenden in Schwaben, die *Nemesis Production GmbH* aus dem oberpfälzischen Mantel, die *Ansgar Aryan*, *White Rex*, *FSN-Shop*, *Patriotic*

Store und den Wikingerversand vertreibt, *DIM Records* aus Coburg, der *Versand der Bewegung* aus Murnau in Oberbayern und Frank Rennicks Tonstudio mit Versandhandel im oberfränkischen Feilitzsch. Über den Umsatz und die Gewinne aus dem Handel mit Tonträgern und Merchandise-Artikeln sowie über die damit verbundenen Finanzströme in die rechte Szene liegen der bayerischen Staatsregierung jedoch keine Erkenntnisse vor.

Auch für rechtsextreme Organisationen wie *Der III. Weg* oder die *Identitäre Bewegung* (IB) spielt Musik eine wichtige Rolle als identitätsstiftendes Element und als Mittel zur Verbreitung ihrer politischen Botschaften. So nahm der legendäre Nazimusiker *Lunikoff* für den *Dritten Weg* 2017 die Parteihymne *Der Dritte Weg marschier*t auf und der erwähnte Jugendtag endete nicht zufällig mit einem Liederabend. Die IB hatte bis zu dessen Rückzug im Jahr 2020 den erfolgreichen Rapper Chris Ares in ihren Reihen, der weit über die einschlägige Szene hinaus bekannt war und den Identitären so den Zugang zu neuen Zielgruppen ermöglicht hatte. Sein altes Rap-Projekt und Musiklabel *Neuer Deutscher Standard* (NDS), das u.a. von Kai Naggert alias *Prototyp* oder *Proto* fortgeführt wurde, tritt inzwischen offen neonazistisch in Erscheinung.

2.8. Graue Wölfe: organisiert, unorganisiert, gewaltaffin

Zentraler Akteur des türkeistämmigen Rechtsextremismus in Bayern ist die *Ülkücü*-Bewegung. Bekannter als die Selbstbezeichnung *Ülkücüler* (= *Idealisten*) ist der Begriff *Graue Wölfe*. Die unter Beobachtung des Bayerischen Landesamtes für Verfassungsschutz stehende Strömung unterhält enge Verbindungen zu rechtsextremen Parteien in der Türkei wie der MHP und der BBP. Dort vorhandene Feindbilder werden übernommen und an Mitglieder und Sympathisant:innen in Deutschland weitergegeben.

Das BayLfV geht von ca. 1.150 *Ülkücü*-Anhänger:innen im Freistaat aus. Der *Föderation der Türkisch-Demokratischen Idealistenvereine in Deutschland* (ADÜTDF) werden um die 900 Anhänger:innen zugerechnet, der *Föderation der Weltordnung in Europa* (ANF) ca. 50. Neben den Dachverbänden gibt es eine unorganisierte *Ülkücü*-Szene, der rund 200 Personen zugehörig sein sollen. Nach Behördeneinschätzung legt der organisierte Teil der *Grauen Wölfe* großen Wert auf eine legalistische Außenwirkung. Die Gewaltaffinität wird vor allem intern tradiert. Der unorganisierten Szene wird zunehmend offensives Agieren in den sozialen Medien bescheinigt, die Behörden sehen zudem ein besonderes Interesse an Schusswaffen. Als Hotspots der *Ülkücü*-Bewegung werden die Ballungsräume München, Nürnberg und Augsburg genannt. Da uns diese Informationen für die kommunale Ebene nicht ausreichen und wir deutliche Wissenslücken bei der Staatsregierung erkennen, haben wir Anfang Juli 2024 eine zweite Schriftliche Anfrage gestellt, deren Beantwortung noch aussteht. In dieser Anfrage haben wir auch dahingehend nach, in welchen „Migrationsbeiräten“ in bayerischen Städten Vertreter:innen der *Grauen Wölfe* aktiv sind. In der Beantwortung unserer ersten Anfrage hatte die Staatsregierung zwar bejaht, dass ihr solche Fälle bekannt sind, aber war Details schuldig geblieben.

Als relevante Veranstaltungen der *Ülkücü*-Bewegung in Bayern nennt das Landesamt für Verfassungsschutz u.a. die jährlichen Veranstaltungen an den Todestagen des MHP-Gründers

Alparslan Türkeş und des wichtigen Ideologen Nihâl Atsız. Bereits zweimal veranstaltete die ADÜTDF größere Konzerte in Bobingen im Landkreis Augsburg. Bei den gezielt familienfreundlichen Veranstaltungen am 01.02.2020 und am 04.02.2024 wurde zum Teil rechtsextremistisches Liedgut wiedergegeben. An der Veranstaltung 2020 nahmen mehr als 500 Personen teil.

Graue Wölfe fallen immer wieder durch gewaltsame Übergriffe und menschenfeindliche Hetze auf. Ein türkischer Rechtsextremist wurde wegen einer im Februar 2018 in München begangenen gefährlichen Körperverletzung zu einer Bewährungsstrafe verurteilt. Im Kontext einer prokurdischen Demonstration gegen die türkische Militäroffensive in Afrin (Syrien) war es zu türkisch-nationalistischen Provokationen gekommen. Am 16. Mai 2020 wurde ein Kurde in Dortmund von einem vorbestraften *Ülkücü*-Anhänger getötet. Im März 2024 kam es in Belgien zu massiven Angriffen von *Grauen Wölfen* auf kurdischstämmige Familien. Auch türkische Regierungskritiker:innen und weitere ethnische und religiöse Minderheiten wie Armenier:innen und Alevit:innen gehören zu den Feindbildern. Queerfeindliche Kampagnen gehören inzwischen ebenso zum Repertoire wie ein tradierter Antisemitismus. Die organisierte Teilnahme von *Ülkücü*-Anhänger:innen an antiisraelischen Demonstrationen in Bayern nach dem Terrorangriff der Hamas 2023 wurde von den Behörden nicht systematisch erfasst, aber einzelne Beteiligungen können anhand sozialer Medien nachgewiesen werden. Im Zuge der Fußball-Europameisterschaft 2024 kam es auch in Nürnberg nach Spielen der türkischen Mannschaft zu Vorfällen mit nationalistisch-rechtsextremem Hintergrund. Am 22. Juni musste die Polizei nach verbalen Auseinandersetzungen Platzverweise aussprechen, am 6. Juli war der *Wolfsgruß*, ein wichtiges Erkennungssymbol der *Ülkücü*-Bewegung, omnipräsent. Dessen Zeigen ist in Deutschland anders als bspw. in Österreich aktuell nicht verboten. Wir begrüßen, dass nach den skandalösen Vorfällen bei der EM verstärkt über ein Verbot der *Grauen Wölfe* diskutiert wird. Wir Landtags-Grüne hatten die Staatsregierung bereits

im November 2020 aufgefordert, sich auf Bundesebene für ein Verbot der rechtsextremen *Grauen Wölfe* einzusetzen und in Bayern darüber hinaus ein Verbot der in der *Idealisten*-Bewegung organisierten *Kultur- und Idealistenvereine* zu prüfen. Joachim Herrmann, Staatsminister des Innern, teilte der Presse im April 2023 mit, dass die Aktivitäten der *Grauen Wölfe* seiner Ansicht nach Anlass für ein Verbot gäben. Konkrete Schritte zur Bekämpfung des türkischen Rechtsextremismus in Bayern lassen allerdings auf sich warten. In der polizeilichen Kriminalprävention gibt es bisher keine Maßnahmen, die auf türkischen Rechtsextremismus zugeschnitten sind. Auch in der Demokratiebildung fehlen adäquate Beratungsprogramme. Wir schlagen vor, diese in Zusammenarbeit mit Expert:innen passgenau zu entwickeln, um Kommunen kompetent in ihrem Umgang mit der *Ülkücü*-Bewegung zu unterstützen.

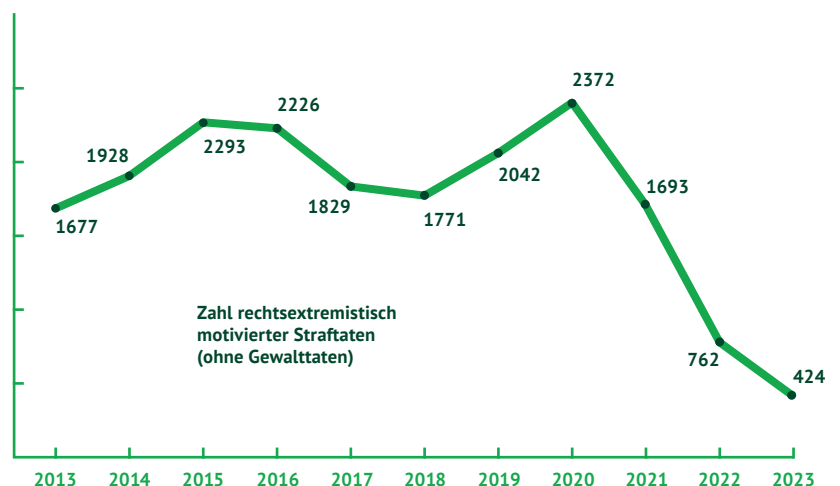
Wolfsgruß der *Ülkücü*-Bewegung. Foto: Canlanma, https://commons.wikimedia.org/wiki/File:Wolfsgru%C3%9F_Graue_Woelfe.jpg, <https://creativecommons.org/licenses/by-sa/3.0/deed.en>



3. Rechtsextreme Straf- und Gewalttaten

Die Zahl der vom Bayerischen Innenministerium als rechtsextrem gemeldeten Straf- und Gewalttaten ist in den Jahren 2022 und 2023 gegenüber den Vorjahren deutlich gesunken. Im Jahr 2021 wurden insgesamt noch 1.750 rechtsextreme Straftaten registriert. Im Jahr 2022 waren es dann nur noch 787 Straftaten und im Jahr 2023 ist die Gesamtzahl weiter auf 476 Delikte gesunken. Da bei dieser Zahl neben der polizeilich als rechts erfassten *politisch motivierten Kriminalität* (PMK) zusätzlich ein Extremismus-Merker des Bayerischen Landesamtes für Verfassungsschutz zum Tragen kommt, ist die Bewertung besonders schwierig. Wie sich die 476 rechtsextremen Straf- und Gewalttaten zu den 1.283 Straf- und Gewalttaten verhalten, die im Bereich der *Hasskriminalität* im Jahr 2023 als *politisch motivierten Kriminalität -rechts-* gezählt wurden, wirft Fragen zu den unterschiedlichen Zählweisen im Bund und in Bayern auf. Versucht man die stark gesunkenen Zahlen dennoch zu interpretieren, könnte dies mit Sicherheit an der rückläufigen Bewegungsdynamik im Zusammenhang mit der Coronapandemie liegen. Im Zuge der neuen rechtsoffenen Protestbewegungen war auch die Zahl der rechtsextremen Straftaten in den Jahren 2020 und 2021 auf ein Rekordniveau gestiegen.

Die neuen Protestbewegungen werden in der statistischen Erfassung zudem überwiegend dem PMK-Bereich *sonstige Zuordnung* zugeschrieben. In dieser Kategorie befinden sich die Straftaten aus dem Querdenker:innen-, Verschwörungsideolog:innen- und Reichsbürger:innen-Milieu, die in den vergangenen Jahren stark angestiegen sind. Viele dieser in den Bereich der Hasskriminalität fallenden Delikte müssten ebenfalls dem rechtsextremen Spektrum zugeordnet werden.



Obwohl die Gesamtzahl der offiziell registrierten rechtsextremen Straftaten deutlich gesunken ist, bewegt sich die Zahl der rechtsextremen Gewalttaten im Jahr 2023 mit 52 Delikten ungefähr auf dem Niveau des Jahres 2021 (57 Gewalttaten). Unter den Gewalttaten befinden sich auch schwere Delikte wie der Brandanschlag auf die Synagoge im oberfränkischen Ermreuth in der Silvesternacht 2023. Nach der Tat wurde ein 22-jähriger Rechtsextremist aus der Region verhaftet und wegen schwerer Brandstiftung zu einer zweijährigen Haftstrafe verurteilt. In Marklkofen in Niederbayern wurde am 2. Februar 2023 eine Zeltunterkunft für Geflüchtete aus der Ukraine in Brand gesetzt. Der 57-jährige rechtsextreme Täter hatte bereits am 31. Januar vergeblich versucht dieselbe Unterkunft in Brand zu setzen. In München schubste ein rechtsextremer Täter am 8. April 2023 sein Opfer vor einen stehenden Zug. In Regensburg griffen am 15. April 2023 vier rechtsextreme Täter aus rassistischen Gründen heraus einen 22-jährigen Mann an, warfen ihn von der Steinernen Brücke in die Donau und verletzten ihn dabei schwer. In Neumarkt in der Oberpfalz schoss am 24. Juni 2023 ein 63-jähriger rechtsextremer Täter mit einem Luftgewehr mehrmals auf den Balkon seiner Nachbarn und gefährdete dabei ein Kind. In Nürnberg stach am 25. Oktober 2023 ein 40-jähriger rechtsextremer Täter unvermittelt auf sein Opfer ein und verletzte es dabei schwer. Die Tat wird als versuchter Mord bewertet. In Wassertrüdingen im Landkreis Ansbach setzte am 23. November 2023 ein 33-jähriger Täter eine im Bau befindliche Flüchtlingsunterkunft in Brand und verursachte einen Sachschaden von 50.000 €. Außerdem gab es insgesamt 44 Körperverletzungsdelikte.

Die registrierte Zahl der rechtsextremen Gewaltdelikte in Bayern scheint deutlich zu niedrig angesetzt zu sein. Im Jahr 2023 wurden in der Bundesstatistik allein 168 Gewalttaten im Bereich der Hasskriminalität in Bayern registriert, von denen 70 Prozent rechtsextremen Täter:innen zugeordnet werden. Auch hier gibt es anscheinend erhebliche Widersprüche in der statistischen Erfassung der rechtsextremen Gewalttaten im Bund und in Bayern.

Es steht der Verdacht im Raum, dass die Zahl der rechtsextremen Straf- und Gewalttaten in Bayern durch eine zusätzliche Prüfung durch das Landesamt für Verfassungsschutz künstlich kleingerechnet werden. Wir fordern von der Staatsregierung aus diesem Grund eine zügige Aufklärung der unterschiedlichen Zahlen und Erfassungsmethoden.

Mit 47 Gewalttaten waren 2023 90 Prozent der Delikte rassistisch motiviert. Dies ist ein deutlicher Anstieg gegenüber dem Vorjahr mit 18 rassistischen Gewaltdelikten. Insgesamt waren 294 rechte Straftaten rassistisch motiviert. Das sind über 60 Prozent aller rechten Straf- und Gewalttaten. Die gestiegene Zahl rassistischer Delikte dürfte seine Ursache in der verschärften gesellschaftlichen Auseinandersetzung über Migration und Geflüchtete im vergangenen Jahr haben. **Im Zuge polarisierter gesellschaftlicher Debatten kommt es immer zu einem deutlichen Anstieg rassistisch motivierter Straftaten.**

Drei Gewalttaten beruhten 2023 auf einer antisemitischen Motivation (2022 waren es zwei Delikte). Darunter befindet sich auch die schwere Brandstiftung auf die Synagoge in Ermreuth. Hinzu kommen zwei Körperverletzungsdelikte im Juli und September 2023 gegen jüdische Menschen in München. Insgesamt hatten 121 Straftaten rechtsextremer Täter:innen eine antisemitische Motivation. Damit ist die Zahl der antisemitischen Delikte zwar gegenüber dem Vorjahr (142 Delikte) leicht gesunken, bewegt sich aber immer noch auf einem hohen Niveau und umfasst 25 Prozent aller rechten Straftaten.

58 rechtsextreme Straftaten richteten sich gegen tatsächliche oder vermeintliche politische Gegner:innen. Darunter befinden sich auch zwei Fälle von gefährlicher Körperverletzung am 27.05. und 25.06.2023 in Würzburg sowie ein weiterer Fall gefährlicher Körperverletzung am 04.09.2023 in München. Ein weiteres Delikt vom 05.01.2023 ist ein Verstoß gegen das Kriegswaffenkontrollgesetz in Kirchenlamitz.

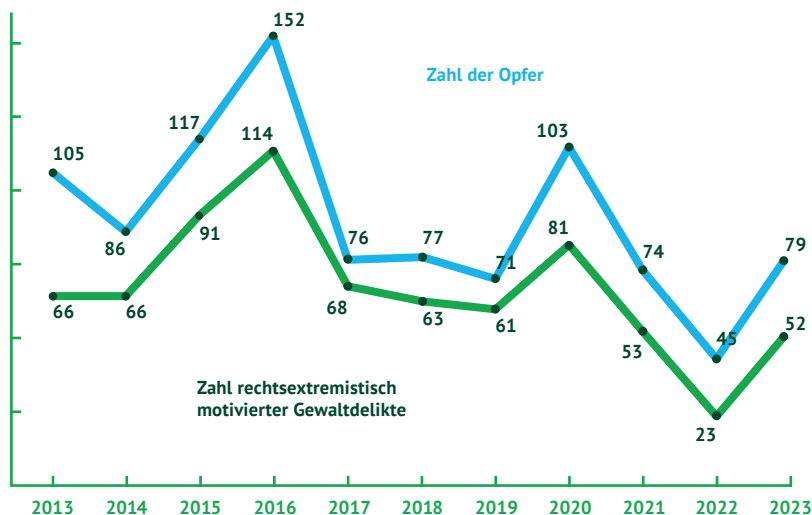
Insgesamt wurden 2023 79 Personen Opfer rechter Gewalttaten. Damit ist die Zahl der Opfer gegenüber dem Vorjahr (45 Opfer) wieder deutlich gestiegen und liegt sogar

noch über der Opferzahl des Jahres 2021 (75 Opfer), in dem es insgesamt 1.750 rechte Straftaten gab.

Bisher kam es bei den rechten Gewalttaten nur in sieben Fällen zu einer rechtskräftigen Verurteilung. In weiteren fünf Verfahren wurde Anklage erhoben. In den anderen Fällen dauern die Ermittlungen entweder noch an,

wurden mit anderen Strafverfahren zusammengelegt, oder die Täter konnten nicht ermittelt werden bzw. es erfolgte eine Einstellung des Verfahrens.

In Bayern liegt die Zahl der von den Sicherheitsbehörden als gewaltorientiert eingestuft Personen aus der rechtsextremen Szene in den vergangenen Jahren konstant bei knapp über 1.000 Personen (1.070 im Jahr 2022 und 1.030 im Jahr 2023). Dabei hat sich die Zusammensetzung der gewaltbereiten Szene in den vergangenen Jahren deutlich verändert. Neben den klassischen in Parteien oder Kameradschaften organisierten Neonazis spielen unorganisierte Personen aus der subkulturellen rechtsextremen Szene eine immer größere Rolle. Hinzu kommt ein schwer eingrenzbarer Personenkreis, der sich über soziale Netzwerke und Internetforen radikalisiert hat und der bisher noch gar nicht im Fokus der Sicherheitsbehörden stand.



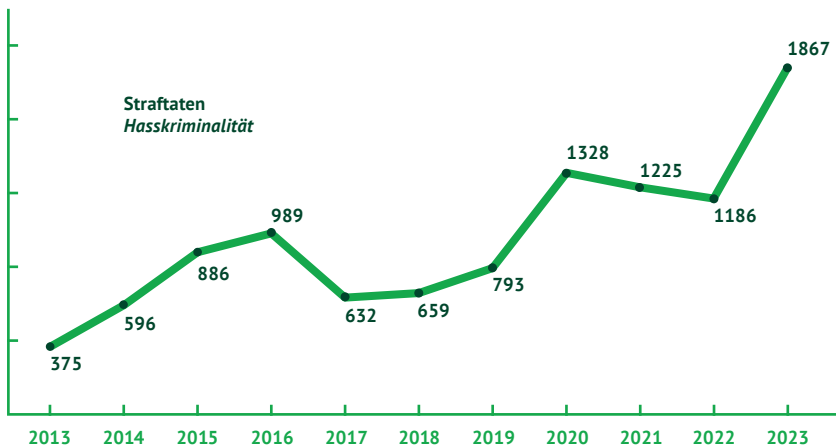
4. Antisemitisch, rassistisch, homophob und frauenfeindlich motivierte Hasskriminalität

Im Jahr 2023 wurden 1.867 Straftaten im Bereich der rassistisch, antisemitisch, homophob oder frauenfeindlich motivierten Hasskriminalität registriert. Dies ist der höchste Stand seit Beginn der Erfassung im Jahr 2012 und stellt eine Gegenentwicklung zu den Jahren 2021 und 2022 dar, in denen sich die Zahlen zwar auf hohem Niveau bewegten, aber jeweils leicht zurückgingen. In Bayern werden damit pro Tag mehr als fünf Straftaten im Bereich der Hasskriminalität registriert. Zu einem erheblichen Teil handelt es sich um Volksverhetzungsdelikte nach §130 StGB. Zu den Straftaten gehören aber auch Beleidigungen, die Verwendung von Kennzeichen verfassungswidriger Organisationen, Körperverletzungs- und Sachbeschädigungsdelikte, Bedrohungen, Diebstähle sowie Brandstiftungsdelikte. Mit 1.283 Delikten werden

mehr als zwei Drittel dem rechtsextremen Spektrum zugeordnet. Damit liegt die Zahl der rechtsextremen Delikte im Bereich der Hasskriminalität deutlich über den als PMK rechts registrierten rechtsextremen Straftaten in Bayern. Der höchste prozentuale Anstieg erfolgte allerdings im Bereich religiöser Ideologie. Der enorme Anstieg der Fallzahlen in diesem Bereich hat vor allem mit dem Antisemitismus zu tun, der in Folge des Terrorangriffs der Hamas am 7. Oktober 2023 grassiert.



Unter *Hasskriminalität* versteht man Straftaten, die aus Hass und Verachtung gegenüber Menschen anderer Herkunft oder Hautfarbe, aufgrund ihres Geschlechts oder ihrer sexuellen Orientierung, aufgrund ihrer religiösen Zugehörigkeit oder ihrer politischen Einstellung sowie gegen Menschen mit Behinderung oder sozial marginalisierte Personen, wie Obdachlose, begangen werden. In den Delikten der Hasskriminalität äußern sich rassistische, antisemitische, antimuslimische, homophobe und misogyne Einstellungen der Täter:innen. Bei rechtsextremen Täter:innen liegt meistens ein Konglomerat aus verschiedenen menschenverachtenden Einstellungen vor.



Zu den registrierten Delikten im Bereich der Hasskriminalität gehören 168 Gewaltdelikte. Im Vergleich zum Vorjahr bedeutet das einen Anstieg um 52 Gewaltdelikte (116 Delikte im Jahr 2022). In den meisten Fällen handelt es sich um Körperverletzung bzw. gefährliche Körperverletzung. Aber auch Widerstand gegen bzw. tätliche Angriffe auf Vollstreckungsbeamten:innen, Raub und ein versuchter Mord gehören zu den Straftaten in diesem Feld. Über 70 Prozent der Gewalttaten werden dem rechtsextremen Bereich zugeordnet. Auch hier liegt die Zahl der rechtsextremen Delikte deutlich über den als PMK rechts registrierten Gewalttaten.

Die Zahl queerfeindlich motivierter Straftaten hat sich mit einer Gesamtzahl von 190 Delikten im Jahr 2023 verdoppelt (96 Delikte in 2022). Eine klare Unterscheidung in Straftaten, die sich gegen die sexuelle Orientierung des Opfers richteten, sowie trans- und interfeindliche Straftaten, ist wegen behördlicher Mehrfachregistrierungen nicht möglich. Jedoch zeigt sich der Anstieg der Hasskriminalität sowohl bei den Straftaten, die im Bereich *sexuelle Orientierung* erfasst wurden (84 Delikte 2022, 156 Delikte 2023) als auch im Bereich „geschlechtsbezogene Diversität“ (56 Delikte 2022, 118 Delikte 2023). Es dominieren Fälle von Beleidigung und Volksverhetzung. Es gibt allerdings auch 22 (gefährliche) Körperverletzungen und 31 Sachbeschädigungsdelikte. Die Konzentration der Taten auf München ist ein Indiz dafür, dass eine mögliche queerfeindliche Tatmotivation im Rest von Bayern von den zuständigen Polizeidienststellen oder

Staatsanwaltschaften weniger genau erfasst wird. Der Lesben- und Schwulenverband (LSVD) sieht ohnehin eklatante Forschungslücken im Hinblick auf LSBTIQ*-feindliche Hasskriminalität.⁸ Die Dunkelziffer dürfte also erheblich sein.

Frauenfeindliche, sexistische Straftaten werden in der Kriminalstatistik erst seit zwei Jahren erfasst. Eine händische Auswertung durch das LKA hatte für 2021 die Zahl von nur vier frauenfeindlichen Straftaten in Bayern erbracht. Klar ist, dass diese Zahl jenseits jeder realistischen Einschätzung des tatsächlichen Tataufkommens liegt. 2022 wurden erstmals 18 frauenfeindliche Straftaten erfasst, 2023 gab es einen Anstieg auf 23 Delikte. Es dominieren Volksverhetzung und Beleidigung. Gewaltdelikte wurden im letzten Jahr nicht registriert. Offensichtlich ist im Bereich der frauenfeindlichen Kriminalität von einem riesigen Dunkelfeld auszugehen.

Die Zahl der Straftaten gegen politische Gegner:innen ist im Jahr 2023 mit 329 Delikten rasant gestiegen (123 Fälle in 2022). Allein die 121 Straftaten von rechtsextremer Seite kratzen an der Gesamtzahl des Vorjahres. 92 Delikte entfallen auf den Phänomenbereich *sonstige Zuordnung*, der im Zuge der Corona-Proteste relevant geworden ist. Es folgen *religiöse Ideologie* mit 65 Straftaten und *ausländische Ideologie* mit 35 Delikten. Die explosionsartigen Zuwächse in den beiden letztgenannten Bereichen verweisen auf einen Zusammenhang mit den gesellschaftspolitischen Auseinandersetzungen in Folge des Terrorangriffs der Hamas auf Israel am 7. Oktober 2023. 16 Taten werden links verortet. 16 Fälle von Hasskriminalität wurden im Jahr 2023 dem Spektrum der Reichsbürger:innen bzw. Selbstverwalter:innen zugeordnet, sieben Straftaten explizit dem Milieu der Corona-Leugner:innen. Die vier Angriffe auf Journalist:innen oder Medienvertreter:innen, die im vergangenen Jahr im Bereich Hasskriminalität

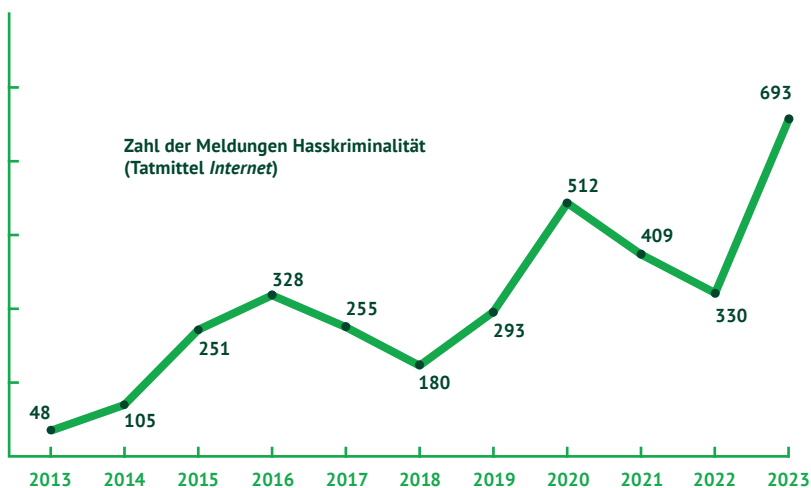
gezählt wurden, kamen allesamt aus dem rechtsextremen Spektrum.

Da in der Regel nur die angezeigten Straftaten in der polizeilichen Statistik auftauchen, ist in allen genannten Feldern von einer erheblichen Dunkelziffer auszugehen. In 1.271 Fällen konnte die Täterschaft geklärt werden, woraus 1.372 Tatverdächtige resultieren. Die Aufklärungsquote im Bereich der Hasskriminalität war damit überdurchschnittlich hoch. Leider kann die Staatsregierung keine Angaben zum Stand der Verfahren, zur Zahl der Anklageerhebungen und zu den Verurteilungen machen, da diese Informationen bei den zuständigen Staatsanwaltschaften verbleiben. Hier zeigt sich Nachbesserungsbedarf bei der statistischen Nachverfolgung von Hassverbrechen.

Viele Delikte im Bereich der Hasskriminalität werden digital verübt. Von den 1.867 Straftaten angezeigten Delikten im Jahr 2023 wurden 693 per E-Mail oder über Social-Media-Plattformen begangen. Dies sind mehr als doppelt so viele wie im Vorjahr. Über zwei Drittel davon sind Volksverhetzungsdelikte. Einschüchterungsversuche und Bedrohungen bis hin zur Morddrohung gegenüber Personen, die nicht der eigenen rechtsextremen, menschenfeindlichen Ideologie anhängen, gehören zum perfiden Standardrepertoire von Neonazis, Reichsbürger:innen und Verschwörungsideolog:innen. Zielscheibe der Rechten sind Amts- und Mandatsträger:innen, Geflüchtete und auch Personen, die sich für eine humane Asylpolitik einsetzen. Die Zahl der angezeigten strafrechtlich relevanten Bedrohungen ist mit

190 Delikten leicht gestiegen (180 Fälle im Jahr 2020). Trotz zahlenmäßigen Rückgangs werden die meisten Bedrohungen der Kategorie *sonstige Zuordnung* zugerechnet (von 121 im Jahr 2022 auf 89 im Jahr 2023). Auf diese Weise bzw. mit der Formulierung *nicht zuzuordnen* wurden und werden Delikte aus dem Milieu der Reichsbürger:innen und Verschwörungsideolog:innen erfasst. Im Zuge der Proteste gegen die Corona-Maßnahmen waren die entsprechenden Zahlen stark angewachsen. Zugenommen haben die eindeutig als rechtsextrem klassifizierten Delikte (von 33 im Jahr 2022 auf 53 im Jahr 2023).

Zugenommen hat im Bereich der Hasskriminalität mit 276 Delikten auch die Zahl der angezeigten politisch motivierten Beleidigungen nach §185 StGB (235 in 2022). Trotz eines Rückgangs auf 185 Beleidigungen kommen die mit Abstand meisten Taten aus dem rechtsextremen Spektrum (202 in 2022). Weitere 63 Beleidigungen werden *sonstig zugeordnet*. Auf einem Rekordniveau bewegen sich mit 827 Fällen auch die Volksverhetzungsdelikte, die um über ein Drittel zugenommen haben (522 in 2022). Zu 80 Prozent sind diese Delikte dem rechtsextremen Spektrum zuzuordnen.



5. Rassistische Straftaten gegen Geflüchtete und Migrant:innen

Die 1.682 Straftaten im Bereich der Hasskriminalität, die als rassistisch, ausländer:innen- oder *fremdenfeindlich* erfasst werden, richteten sich gegen Migrant:innen, Geflüchtete, Personen ohne deutsche Staatsangehörigkeit, aber auch Jüdinnen/Juden sowie jüdische Einrichtungen. **Die Zahl dieser Straftaten ist damit gegenüber 1.073 Delikten im Jahr 2022 rasant angestiegen.** In den meisten Fällen handelt es sich um Volksverhetzung, Beleidigung oder Bedrohung, aber auch (gefährliche) Körperverletzung, Sachbeschädigung, die Androhung von Straftaten und ein versuchter Mord gehören zu den registrierten Delikten in diesem Bereich.

269 Straftaten richteten sich unmittelbar gegen Geflüchtete oder Menschen mit (vermutetem) Migrationshintergrund. Dies bedeutet eine Verdopplung im Vergleich mit 2022, als 129 Straftaten registriert wurden. Mit 13 Körperverletzungsdelikten wurden 8 Gewalttaten weniger als im Vorjahr registriert. Bei allen 13 Opfern handelte es sich um Asylbewerber:innen. In vier Fällen blieb die Täterschaft ungeklärt und in vier weiteren Fällen wurden die Verfahren eingestellt, weil die zuständigen Staatsanwaltschaften keinen hinreichenden Tatverdacht sahen. Soweit ersichtlich, erfolgten bisher nur in zwei Fällen rechtskräftige Verurteilungen zu Bewährungsstrafen. 246 der Angriffe auf geflüchtete oder migrantisierte Menschen und damit über 90 Prozent fallen in den Bereich des Rechtsextremismus. 16 Straftaten werden *sonstig zugeordnet*, vier Delikte zu *religiöser Ideologie* und drei zu *ausländischer Ideologie*. Bei den rassistischen Delikten dürfte die Dunkelziffer besonders hoch sein, da hier keine vergleichbare Infrastruktur zur Erfassung und Verfolgung der Taten wie im Bereich des Antisemitismus existiert.

Die Zahl der Straftaten gegen Unterkünfte von Geflüchteten ist deutlich angestiegen. Während im Jahr 2022 sechs Übergriffe auf Unterkünfte registriert wurden, waren es 2023 besorgniserregende 20 Angriffe. Ein Mann, der Anfang 2023 in Marklkofen zwei Brandanschläge auf eine zu den Tatzeitpunkten leerstehenden Zeltunterkunft für ukrainische Geflüchtete verübte, wurde zu einer Haftstrafe

verurteilt, der Großteil der Verfahren wurde jedoch eingestellt.

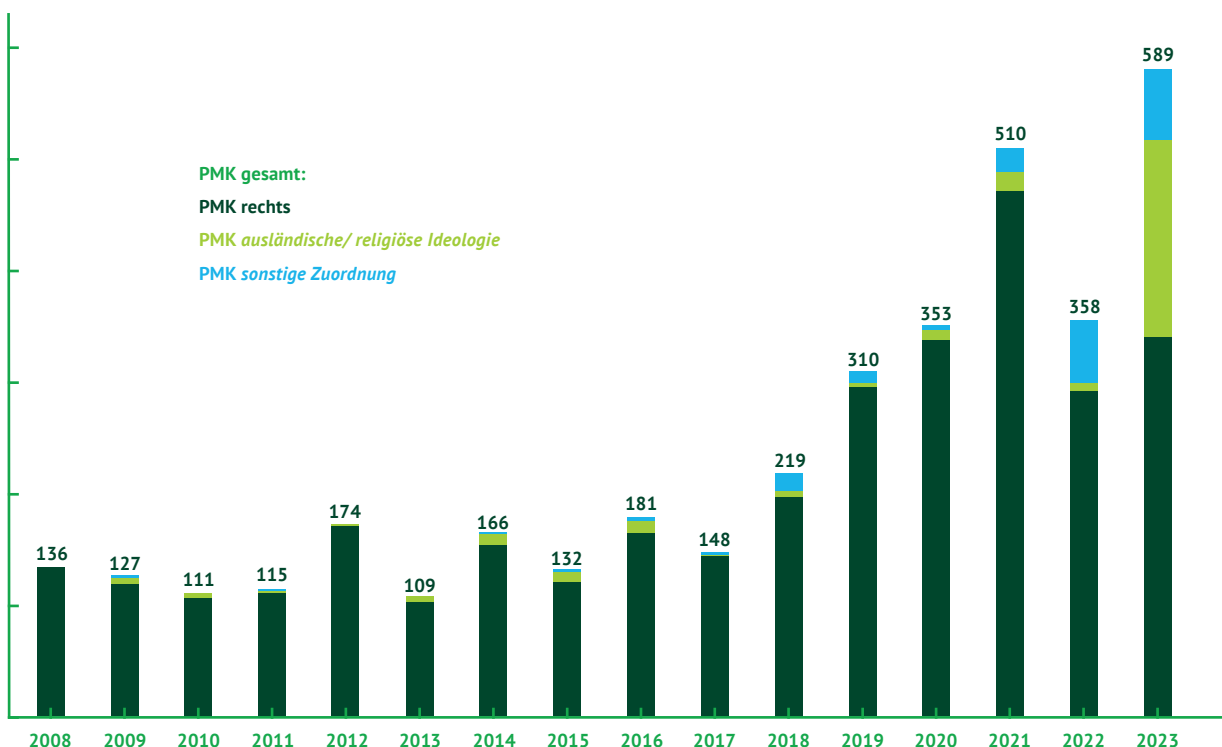
171 Straftaten – darunter 13 Gewalttaten – im Bereich der Hasskriminalität gelten als antimuslimisch bzw. islamfeindlich motiviert. Damit hat sich die Zahl der islamfeindlichen Delikte im Jahr 2023 gegenüber dem Vorjahr, in dem 66 Straftaten erfasst wurden, mehr als verdoppelt! Mit 131 Straftaten werden mehr als drei Viertel der Delikte in diesem Bereich dem Rechtsextremismus zugeordnet. Ein gewalttätiger Angriff fand im Kontext einer Moschee statt, insgesamt wurden 26 Personen Opfer antimuslimischer Gewalt.

6. Antisemitische Straf- und Gewalttaten

Die Zahl der antisemitischen Straftaten ist 2023 mit 589 Delikten – darunter 15 Gewaltdelikte – um rund 65 Prozent auf ein neues Rekordniveau gestiegen. Im Jahr 2022 wurden insgesamt 358 antisemitische Straf- und Gewalttaten registriert. Der starke Anstieg der Delikte fand vor allem im letzten Quartal 2023 statt und ist zum überwiegenden Teil auf das Protestgeschehen nach dem Terrorüberfall der Hamas auf Israel zurückzuführen. Im Zusammenhang mit den vielen israelfeindlichen Kundgebungen und Demonstrationen kam es zu zahlreichen antisemitischen Vorfällen.

341 Straftaten – darunter zehn Gewaltdelikte – werden dem rechtsextremen Täterkreis zugeordnet, 65 Taten fallen unter die Rubrik *sonstige Zuordnung*, unter der sich vor allem Querdenker:innen, Reichsbürger:innen und Verschwörungsideolog:innen verbergen. Besonders stark gestiegen sind auch die Delikte im Bereich der *ausländischen* (52 Straftaten) bzw. *religiösen* Ideologie (124 Straftaten). Diese Entwicklung ist vor allem auf die zahlreichen antisemitischen Straftaten in Folge

des Hamas-Terrors und der militärischen Reaktion Israels zurückzuführen. Niemals in den vergangenen 15 Jahren war die Zahl der in Bayern begangenen antisemitischen Straf- und Gewalttaten höher als im vergangenen Jahr. In den meisten Fällen handelt es sich um Volksverhetzungsdelikte. Unter den 589 antisemitischen Straftaten befinden sich auch 15 Gewaltdelikte. Überwiegend handelt es sich dabei um Fälle von (gefährlicher) Körperverletzung. Hinzu kommt ein Fall von schwerer Brandstiftung, bei dem ein rechtsextremer Täter am Neujahrstag 2023 versuchte, die Synagoge Ermreuth im Landkreis Forchheim in Brand zu setzen. Ansonsten wurden zahlreiche Bedrohungen, Beleidigungen, Nötigungen, Sachbeschädigungen und die Verwendung von Kennzeichen verfassungswidriger Organisationen angezeigt. Ein Verstoß gegen das Sprengstoffgesetz im November 2023 wurde der PMK *religiöse Ideologie* zugeordnet: Ein unbekannter Täter hatte einen brennenden Feuerwerkskörper in den Briefkasten eines Mitglieds der Israelitischen Kultusgemeinde Nürnberg geworfen.



Wie in anderen Bereichen politischer Kriminalität muss auch bei antisemitischen Straftaten von einer hohen Dunkelziffer nicht angezeigter Taten ausgegangen werden.

Mit der Recherche- und Informationsstelle Antisemitismus (RIAS), dem zentralen Antisemitismusbeauftragten der Bayerischen Justiz und den Beauftragten bei den Generalstaatsanwaltschaften in München, Nürnberg und Bamberg zum Thema Antisemitismus existiert in Bayern mittlerweile allerdings eine gute Infrastruktur zur Erfassung und Verfolgung antisemitischer Straftaten. Dadurch dürfte sich auch die Anzeigebereitschaft der von antisemitischen Übergriffen betroffenen Personen erhöht haben.

1 2022 wurden 20 Personen in Bayern Opfer von antisemitischen Gewalttaten. Alle Gewalttaten werden dem rechten Spektrum zugeordnet. 2023 wurden 26 Personen Opfer antisemitischer Gewalttaten. 14 Personen wurden Opfer von Taten aus dem rechten Spektrum, 8 Personen wurden Opfer von Taten aus dem Feld *religiöse Ideologie* (Islamist:innen) und vier Personen wurden Opfer von Tätern aus dem Bereich *ausländische Ideologie*.

2 2022 wurden insgesamt 313 Täter:innen (37 Frauen) ermittelt. Davon hatten 21 Personen (6,7 %) eine nichtdeutsche Staatsbürgerschaft. 2023 wurden insgesamt 397 Täter:innen ermittelt. 2022 waren insgesamt 775 Verfahren wegen antisemitischer Straftaten bei den bayerischen Staatsanwaltschaften neu anhängig. 529 Verfahren endeten mit einer Einstellung. 162 Verfahren endeten mit einem Strafbefehl. Nur in 124 Fällen wurde eine Anklage erhoben. Die Zahl der Anklageerhebungen ist also mit 16 Prozent vergleichsweise gering.

3 2023 sind insgesamt 1.000 Verfahren wegen antisemitischer Taten neu eröffnet worden. 431 Verfahren wurden aus unterschiedlichen Gründen eingestellt. 238 Verfahren haben sich aus sonstigen Gründen erledigt (Verfahrensabgaben, Verfahrensverbindungen und vorläufige Verfahrenseinstellungen). Im Jahr 2023 wurden nur in 132 Fällen neue Anklagen erhoben. Das ist eine Quote von lediglich 13 Prozent. In 208 Fällen kam es 2023 zu einer Verurteilung des Täters oder der Täter:innen. Hier sind die Jugendstrafen bereits mit eingerechnet. Ein Großteil der Ermittlungsverfahren verläuft also immer noch im Sande. Bei den Urteilen bayerischer Gerichte kam es bei den antisemitischen Straftaten zu 149 Geldstrafen, 23 Freiheits- oder Jugendstrafen und 36 Maßregeln nach dem Jugendstrafgesetz sowie zu zwei Freisprüchen. Bei den Verfahren, welche mit einem gerichtlichen Urteil enden, dominieren Geldstrafen bzw. Maßregeln nach dem Jugendstrafgesetz. Bei der Ahndung antisemitischer Straftaten ist also trotz der eingerichteten Schwerpunktstaatsanwaltschaften noch immer viel Luft nach oben.

2022 kam es zudem zu insgesamt elf und 2023 zu 15 Straftaten gegen jüdische Einrichtungen oder Synagogen. Die Dynamik antisemitischer Straftaten hängt sehr stark mit aktuellen Protestbewegungen gegen die Corona-Maßnahmen, zum Kriegsgeschehen in der Ukraine oder im Gaza-Streifen zusammen. Im Zuge dieser Protestbewegungen hat die Verbreitung von Verschwörungsideologien, von denen viele auch antisemitische Elemente enthalten, stark zugenommen. Ein verschwörungsideologisches Weltbild kann zu Radikalisierungsprozessen bis hin zur Gewaltanwendung führen. Die Staatsregierung hat aber keine detaillierte Kenntnis zu den antisemitischen Vorfällen im Zusammenhang mit den genannten Protestbewegungen. In der Kriminalstatistik wurden 2022 nur 9 antisemitische Straftaten mit Bezug zu den Coronaprotesten registriert. Mit Bezug zum Ukrainekrieg wurden überhaupt keine Straftaten ausgewiesen.

RIAS Bayern hat demgegenüber 2022 101 antisemitische Vorfälle mit verschwörungsideologischem Hintergrund dokumentiert. Davon wurden 13 als strafrechtlich relevant bewertet. 135 von insgesamt 422 registrierten antisemitischen Vorfällen hatten 2022 laut RIAS einen Coronabezug. Außerdem hat RIAS 2022 37 antisemitische Vorfälle mit Bezug zum Krieg in der Ukraine registriert. Davon sind acht strafrechtlich relevant. Der israelbezogene Antisemitismus korreliert stark mit der Lage im Nahen Osten. Aufgrund des aktuellen Protestgeschehens nach den Terrorangriffen der Hamas und der militärischen Reaktion von Israel im Gazastreifen steigt auch der israelbezogene Antisemitismus stark an. Trotzdem hat die Staatsregierung nur 31 antisemitische Straftaten registriert, die dem Protestgeschehen nach dem Terrorangriff der Hamas auf Israel zugeordnet werden. Die meisten haben einen Bezug zu den PMK-Bereichen *religiöse* bzw. *ausländische Ideologie*.

Die reale Zahl der antiisraelisch motivierten Straftaten liegt jedoch deutlich höher. So wurden allein im letzten Quartal 2023 – also nach dem Angriff auf Israel – in Bayern 366 antisemitische Straftaten registriert, mehr als

im gesamten Jahr 2022 und mehr als in den ersten drei Quartalen 2023 (223 Straftaten). Ein erheblicher Teil dieser Delikte dürfte mit den Protesten gegen Israel zusammenhängen. Die Staatsregierung verfügt allerdings über keine Zahlen zu den antisemitischen Straftaten im Zusammenhang mit den israelfeindlichen Kundgebungen und Demonstrationen nach dem 07. Oktober 2023. Dass es hier kein systematisches Monitoring von Seiten der zuständigen Behörden gibt, ist ein großes Versäumnis.

RIAS hat 2022 insgesamt 112 antisemitische Vorfälle mit Israelbezug registriert. Nach dem Angriff der Hamas auf Israel wurden allein zwischen dem 07.10. und dem 09.11.2023 148 antisemitische Vorfälle dokumentiert. 91 % hatten einen Bezug zum antisemitischen Massaker der Hamas. Auf 24 Versammlungen wurde antisemitischer Terror gebilligt und Israel dämonisiert bzw. delegitimiert. Es wurden zwei körperliche Angriffe, neun gezielte Sachbeschädigungen und elf Bedrohungen registriert. RIAS geht hierbei noch von einer hohen Dunkelziffer aus.

Der Nahost-Konflikt wirkt anscheinend wie ein Brandbeschleuniger für antisemitische und antijüdische Hetze. Aus der rechtsextremen Szene gab es keine öffentlichen Aktionen nach den Terroranschlägen der Hamas. Nach dem Überfall der Hamas auf Israel zeigten vor allem die islamistische Szene und als *ausländisch* erfasste Gruppierungen eine verstärkte öffentliche Präsenz. Von der Staatsregierung vermissen wir angesichts der explosionsartigen Zunahme antisemitischer Vorfälle eine umfassende Gefährdungseinschätzung für jüdische Menschen und Einrichtungen in Bayern und ein detailliertes Monitoring antisemitischer Straf- und Gewalttaten im Zusammenhang mit dem Krieg im Gaza-Streifen und dem Terrorangriff der Hamas.

7. Gefahren durch rechten Terror und untergetauchte Neonazis

Die Gefährdung durch rechten Terrorismus ist in Bayern und in der ganzen Bundesrepublik nach wie vor sehr hoch. Der rassistische Anschlag am Olympia-Einkaufszentrum in München im Jahr 2016, der Mord an dem Kasseler Regierungspräsidenten Walter Lübcke 2019, der antisemitische, rassistische und frauenfeindliche Anschlag in Halle im selben Jahr sowie der rassistische Terror 2020 in Hanau beweisen dies auf schreckliche Weise. Allein 21 Menschen wurden im letzten Jahrzehnt bei rechtsextremen Anschlägen ermordet. Weitere durch neue terroristische Gruppierungen aus dem Milieu der Reichsbürger:innen und Verschwörungsideolog:innen geplante Anschläge oder gar Umsturzversuche konnten erst im letzten Moment durch die Sicherheitsbehörden verhindert werden.

Die bayerischen Sicherheitsbehörden halten die Bildung weiterer terroristischer Gruppen aus dem rechten Spektrum grundsätzlich für möglich. Eine besondere Gefährdung resultiert aus der hohen Affinität der rechten Szene zu Waffen und Sprengstoffen sowie der niedrigen Hemmschwelle beim Einsatz körperlicher Gewalt. Eine schwer kalkulierbare Gefahr besteht zudem durch fanatisierte *Einzeltäter:innen*, die sich vor allem online vernetzen und radikalieren. Der Rechtsextremismus muss deshalb weiterhin als die größte Bedrohung für die Innere Sicherheit in Bayern und Deutschland betrachtet werden.

Die rechtsextreme Szene hat sich in den vergangenen Jahren grundlegend verändert. Sie hat durch die parlamentarische Präsenz der AfD eine größere Sichtbarkeit erlangt und konnte in vielen gesellschaftlichen Bereichen realen Einfluss gewinnen. Durch die Querdenker:innen-Bewegungen und die Corona-Proteste der vergangenen Jahre hat die extreme Rechte zum ersten Mal Zugang zu größeren rechtsoffenen Bewegungen auf der Straße gewonnen. Gleichzeitig sind Teile der Szene aktionistischer und militanter geworden. Sie operieren mit Bürgerkriegsszenarien und bereiten sich auf einen *Tag X* vor, an dem die gesellschaftliche Ordnung zusammenbricht.

Viele Gruppierungen und Einzelpersonen organisieren und radikalieren sich hauptsächlich über das Internet. Dadurch hat sich das Potenzial an rechtsextremen Straf- und Gewalttäter:innen erheblich ausgeweitet. Die Gewaltbereitschaft von primär im Netz radikalisierten Täter:innen kann dabei bis zu schweren terroristischen Anschlägen reichen, wie die mörderischen Anschläge von München, Halle und Hanau beweisen. Zudem entstehen über die Vernetzung im Internet neue international agierende Terrorgruppen wie die *Atomwaffen Division*, die *Feuerkrieg Division* oder *The Base*. Diese Gruppen rufen offen zu einem bewaffneten Rassenkrieg auf und sind in verschiedenen Ländern bereits für etliche Anschläge und Morde verantwortlich. Auch in Bayern existiert eine akute Bedrohung durch rechtsextremen Terrorismus. So wurden allein in den vergangenen Jahren etliche terroristische Gruppen mit Bezügen zu Bayern aufgedeckt und zerschlagen:

- Im Dezember 2018 wurden im Rahmen einer bundesweiten Razzia gegen konspirative Strukturen der verbotenen militanten Skinheadvereinigung *Blood & Honour* auch in Bayern acht Wohnungen von Beschuldigten durchsucht; insgesamt zwölf Personen wurde vorgeworfen, die im Jahr 2000 verbotene Organisation illegal fortgeführt zu haben;
- Im Januar 2020 wurde die militante Skinheadorganisation *Combat 18*, die sich als bewaffneter Arm von *Blood & Honour* versteht, in Deutschland durch den Bundesinnenminister verboten. Das Verbot erfolgte erst 20 Jahre nach dem Verbot von *Blood & Honour* und erst nachdem Verbindungen des Mörders von Walter Lübcke, Stephan Ernst, in das Umfeld von *Combat 18* bekannt wurden;
- Im Februar 2020 wurde eine bundesweite rechte Terrorgruppe aus dem Milieu der rechtsextremen Bürgerwehren und Freikorps um den Augsburger Werner S. aufgedeckt und 13 mutmaßliche Mitglieder verhaftet;

- Ebenfalls im Februar 2020 wurde Fabian D., der damals 22-jährige Kopf der deutschen Sektion der neuen internationalen Terrorgruppe *Feuerkrieg Division*, wegen der Vorbereitung von Anschlägen auf religiöse Einrichtungen im Landkreis Cham in der Oberpfalz in Haft genommen;
 - Im September 2020 wurde Susanne G., eine langjährige Aktivistin der Partei *Der III. Weg* wegen der Vorbereitung von Anschlägen auf eine Moscheegemeinde, Lokalpolitiker:innen und Flüchtlingshelfer:innen in Fürth verhaftet;
 - Im April 2021 wurde ein junger Mann aus dem Landkreis Augsburg in Untersuchungshaft genommen, nachdem im Zuge einer Drogenrazzia herausgekommen war, dass er Taten nach dem Vorbild des Anschlags am Olympia-Einkaufszentrum in München geplant hatte;
 - Im März 2022 wurde im Rahmen einer Durchsuchungswelle eine sechsköpfige bewaffnete Gruppe aus dem Milieu der Reichsbürger und Corona-Leugner:innen in Neumarkt in der Oberpfalz enttarnt, die Anschläge auf Stromtrassen und kritische Infrastruktur geplant haben soll;
 - Im April 2022 wurde die bundesweite terroristische Gruppierung *Vereinte Patrioten* aus dem Milieu der Reichsbürger und radikalen Corona-Leugner:innen aufgedeckt und zunächst fünf ihrer Rädelsführer wegen der Vorbereitung von Anschlägen auf kritische Infrastruktur und einer geplanten Entführung von Bundesgesundheitsminister Karl Lauterbach verhaftet;
 - Im Oktober 2022 wurden dann weitere sechs mutmaßliche Mitglieder der Gruppierung verhaftet, u.a. eine Person aus dem Milieu der Reichsbürger:innen in Wolfratshausen. Zu der Gruppierung gehörten auch eine Person aus Landshut, bei der ein umfangreiches Waffenarsenal sichergestellt wurde, und der ehemalige KSK-Elitesoldat Peter W. aus dem Landkreis Bayreuth, der auch Verbindungen zur terroristischen Gruppierung um Prinz Reuß hatte;
 - Im Dezember 2022 wird dann die Gruppierung *Patriotische Union* um den Anführer Heinrich XIII. Prinz Reuß enttarnt und 25 mutmaßliche Mitglieder verhaftet. Die Gruppierung aus dem Milieu der Reichsbürger:innen und radikalen Verschwö-
- rungsideolog:innen soll einen bewaffneten Umsturz, die Stürmung des Bundestages und die Ermordung von Politiker:innen geplant haben. Mittlerweile haben die Prozesse gegen den militärischen Arm der terroristischen Vereinigung vor dem OLG Stuttgart, gegen die politische Führung um Prinz Reuß vor dem OLG Frankfurt und ein weiterer Prozess gegen acht Angeklagte vor dem OLG München begonnen. Auch zu dieser Gruppierung gehören einige Verdächtige aus Bayern, bspw. der ehemalige Oberst der Bundeswehr Maximilian Eder und der bereits genannte Peter W.;
- Im September 2023 hat Bundesinnenministerin Nancy Faeser die militante, international vernetzte Skinheadvereinigung *Hammerskins Deutschland* und deren Vorfelddorganisation *Crew 38* verboten. Im Zuge der Umsetzung des Verbotes fanden Durchsuchungen in zehn Bundesländern statt – darunter auch mindestens drei Objekte in Franken in den Landkreisen Haßberge, Main-Spessart und Fürth – bei denen große Mengen Bargeld, Waffen, Tonträger und NS-Devotionalien sichergestellt wurden. Neben Sachsen und Bremen gilt Bayern als Hochburg der Hammerskins. Die Hammerskins verstehen sich als elitäre *Bruderschaft*, die sich nach dem Vorbild von Rockergruppen organisiert. Sie propagieren einen offenen Rassenkrieg und organisierten ihre Aktivitäten auch bisher schon sehr klandestin. Einzelne Hammerskins sind immer wieder durch schwere Gewalttaten aufgefallen. Die Hammerskins spielen in der rechtsextremen Musik- und Kampfsportszene eine wichtige Rolle. Sie werden gemeinsam mit *Blood & Honour* zum Unterstützungsumfeld der terroristischen Vereinigung NSU gezählt.
- Rechtsextremer verschwörungsideologisch, rassistisch oder antisemitisch motivierter Terror wird also auch in Bayern zu einem immer massiveren Problem. Trotzdem hat die Staatsregierung laut Antwort auf eine Anfrage der GRÜNEN keinen Überblick, wie viele Verfahren gegen rechtsextreme terroristische und

” **Rechtsextremer verschwörungsideologisch, rassistisch oder antisemitisch motivierter Terror wird also auch in Bayern zu einem immer massiveren Problem. Trotzdem hat die Staatsregierung laut Antwort auf eine Anfrage der GRÜNEN keinen Überblick, wie viele Verfahren gegen rechtsextreme terroristische und kriminelle Vereinigungen mit Bezug zu Bayern in den vergangenen Jahren neu eingeleitet, fortgesetzt oder abgeschlossen wurden.**

kriminelle Vereinigungen mit Bezug zu Bayern in den vergangenen Jahren neu eingeleitet, fortgesetzt oder abgeschlossen wurden. In den vergangenen Jahren haben jedoch zahlreiche Strafverfahren wegen schwerer Gewalttaten sowie gegen mögliche terroristische bzw. kriminelle Vereinigungen im rechts-extremistischen Bereich stattgefunden:

- Vor dem Oberlandesgericht Stuttgart hat im April 2021 ein Prozess gegen zwölf Mitglieder der terroristischen Gruppe um den Augsburger Werner S. begonnen. Die nach ihrem Anführer benannte *Gruppe S.* soll Anschläge auf Politiker:innen von Bündnis 90/Die Grünen, Geflüchtete und muslimische Einrichtungen geplant haben, um bürgerkriegsähnliche Zustände herbeizuführen. Am 30. November 2023 wurde Werner S. zu einer sechsjährigen Haftstrafe verurteilt. Neun weitere Mitglieder der *Gruppe S.* wurden ebenfalls zu Haftstrafen verurteilt, die teilweise zur Bewährung ausgesetzt wurden. Ein Angeklagter aus Bayern war während des Prozesses verstorben. Eine Person wurde freigesprochen. Ein weiterer Beschuldigter hatte sich bereits vor Anklageerhebung in der Untersuchungshaft das Leben genommen;
- Das Landgericht Nürnberg hat im Dezember 2020 den Anführer der deutschen Sektion der internationalen Terrorgruppe *Feuerkrieg Division*, Fabian D. aus dem Landkreis Cham, wegen der Vorbereitung einer schweren staatsgefährdenden Gewalttat zu einer zweijährigen Haftstrafe verurteilt;
- Das Oberlandesgericht München hat im Juli 2021 die Rechtsterroristin Susanne G. aus dem Landkreis Nürnberg wegen der Vorbereitung einer schweren staatsgefährdenden Gewalttat zu einer sechsjährigen Haftstrafe verurteilt;
- Das Amtsgericht Augsburg verurteilte im Februar 2022 einen 21-Jährigen, der als Jugendlicher einer digitalen *Amok-Community* angehört und Taten nach dem Vorbild des Anschlags am Olympia-Einkaufszentrum in München geplant hatte, wegen Vorbereitung einer schweren staatsgefährdenden Gewalttat zu zwei Jahren Haft auf Bewährung;
- Im August 2022 hat die Staatsschutzkammer des Landgerichts München neun Funktionär:innen und Mitglieder der verbotenen Skinheadorganisation *Blood & Honour* wegen Verstoßes gegen das Verbot, dem Verwenden von Kennzeichen verfassungswidriger Organisationen, Volksverhetzung und Waffenbesitz zu Geldstrafen und Freiheitsstrafen auf Bewährung verurteilt;
- Das Oberlandesgericht Koblenz verhandelt seit dem Mai 2023 gegen fünf Rädelsführer:innen der terroristischen Vereinigung *Vereinte Patrioten* aus dem Milieu der Reichsbürger:innen wegen der Mitgliedschaft in einer terroristischen Vereinigung, der Vorbereitung eines hochverräterischen Unternehmens und Verstößen gegen das Waffengesetz;
- Im April 2024 hat das OLG Koblenz dann die Hauptverhandlung gegen zwei weitere Mitglieder der terroristischen Vereinigung *Vereinte Patrioten* eröffnet;
- Seit Juni 2024 müssen sich acht mutmaßliche Mitglieder der *Patriotischen Union* vor dem OLG München verantworten.

Das Milieu, von dem eine rechte Terrorgefahr ausgeht, ist in den vergangenen Jahren vielfältiger und diffuser geworden. So hat sich aus dem Umfeld der rechten Bürgerwehren *Soldiers of Odin*, *Viking Security Germania* und *Wodans Erben Germanien* im Jahr 2019 bundesweit ein harter Kern als rechtsterroristische Vereinigung *Gruppe S.* formiert, welche vor allem durch Anschläge auf Moscheen und die Tötung einer großen Zahl von Gläubigen eine bürgerkriegsartige Situation provozieren wollte. Für die Anschaffung von Schusswaffen

wurden bereits Gelder gesammelt. Mit Werner S. stammt der mutmaßliche Anführer und Namensgeber der Gruppe aus dem Landkreis Augsburg. Weitere mutmaßlich führende Mitglieder der Gruppe kamen aus München und Pfaffenhofen: Frank H., der *Präsident*, sowie der mittlerweile verstorbene Marcel W., der *Sergeant of Arms* der Bürgerwehr *Wodans Erben Germanien*.

Zu aktuellen Aktivitäten rechtsextremer Bürgerwehren in Bayern liegen der Staatsregierung keine Erkenntnisse vor. Zuletzt wurden Mitglieder von *Wodans Erben* mit ihren rockerähnlichen Kutten im Februar 2021 bei einer Kundgebung von Corona-Leugner:innen in Landshut gesichtet. Danach sind keine öffentlichen Auftritte mehr bekannt geworden. Offenbar hat der Repressionsdruck nach der Zerschlagung der *Gruppe S.* dazu geführt, dass die rechtsextremen Bürgerwehren ihre Aktivitäten in Bayern eingestellt haben.

Im Februar 2020 wurde der Anführer der deutschen Sektion der neuen internationalen rechtsterroristischen Vereinigung *Feuerkrieg Division* im Oberpfälzer Landkreis Cham verhaftet. Der 22-jährige Fabian D. soll Anschläge auf Moscheen oder Synagogen geplant haben. Über mögliche Anschlagsorte und die Beschaffung von Waffen hat er sich mit anderen Gruppenmitgliedern in einem konspirativen Chat ausgetauscht. Dort trat er unter dem Pseudonym *Heydrich* auf. Bei ihm wurden zahlreiche Waffen und Waffenteile sowie Bauanleitungen für Waffen und Sprengsätze beschlagnahmt. Er soll sich bei seinen Anschlagplanungen an dem Vorbild des Attentäters von Halle orientiert haben.

Allerdings wurde gegen die *Feuerkrieg Division* kein Strukturermittlungsverfahren eingeleitet und auch die Identität der anderen deutschen Gruppenmitglieder konnte bisher offensichtlich nicht ermittelt werden. Mindestens zwei von ihnen sollen aus Bayern stammen. Trotz seiner führenden Rolle in der deutschen Sektion der *Feuerkrieg-Division*, wurde Fabian D. als *Einzeltäter* verurteilt. Den bayerischen Sicherheitsbehörden liegen keine Erkenntnisse über Aktivitäten der neuen internationalen Terrorgruppen *The Base*, *Feuerkrieg Division* und *Atomwaffen Division* in den vergangenen drei

Jahren in Bayern vor. Auch hier haben offenbar der erhöhte Repressionsdruck und die Verhaftung zahlreicher Mitglieder der Gruppierungen Wirkung gezeigt.

Fabian D. ist ein klassisches Beispiel für eine Radikalisierung innerhalb einer digitalen Subkultur, die mit Amokläufer:innen und Attentäter:innen sympathisiert und über Online-Foren rassistische oder antisemitische Gewaltfantasien teilt. Auch Fabian D. wollte offenbar durch ein erfolgreiches Attentat in dieser *Fanzszen*e als ein *Heiliger* verehrt werden. D. ist geradezu der Prototyp einer neuen Generation von überwiegend sehr jungen netzaffinen Rechtsterrorist:innen, die sich hauptsächlich auf Online-Plattformen bewegen und dort ihre rechtsextremen, rassistischen, frauenfeindlichen und misanthropischen Gewaltfantasien verbreiten.

Im September 2020 wurde Susanne G., eine langjährige Aktivistin der Neonazipartei *Der Dritte Weg* und der rechtsextremen Gefangenenhilfe, in Fürth verhaftet. Sie soll Anschläge auf einen Landrat in der Region Nürnberg, auf einen Gemeindevorsteher, auf einen Moscheeverein und auf Flüchtlingshelfer:innen vorbereitet haben. Hierfür hat sie bereits Wohnungen und private PKWs möglicher Opfer ausgespäht und sich Materialien zum Bau von Brandsätzen beschafft. Bereits im März 2020 wurden die Wohnung und die Geschäftsräume von Susanne G. wegen einer ganzen Serie von Drohbrieffen gegen Moscheegemeinden, regionale Politiker:innen und Flüchtlingshelfer:innen durchsucht. Das hat Susanne G. jedoch nicht davon abgehalten, mit konkreten Anschlagsvorbereitungen zu beginnen. Sie war ein wichtiges Mitglied der Neonazipartei *Der III. Weg* und bundesweit bei Aufmärschen der Partei als Ordnerin eingesetzt. Sie war eng mit dem früheren Bundesvorsitzenden der Partei, Klaus Armstrotz, befreundet und hat mit ihm gemeinsam in Tschechien Schießtrainings absolviert. Nachdem sie wegen ihrer Drohbriefe in den Fokus der Ermittler geriet, wurde ihr im März 2020 von Armstrotz der Austritt aus der Partei nahegelegt. Außerdem war sie in der rechtsextremen Gefangenenhilfe aktiv. Für die Gefangenenhilfe hat sie die Betreuung der verurteilten NSU-Unterstützer Ralf Wohlleben und André Eminger übernommen. Eminger wurde von ihr nach dessen Haftentlassung sogar persönlich an der JVA Stadelheim abgeholt. Trotz ihrer engen Einbindung in die organisierte militante Neonaziszene wurde Susanne G. als *Einzeltäterin* betrachtet und verurteilt. Susanne G. war vor ihrer Verhaftung in Fürth bereits einige Wochen untergetaucht.

Der Frage, ob es möglicherweise Unterstützer:innen aus der fränkischen Neonaziszene gegeben hat, wurde nicht nachgegangen. Unter der Bezeichnung *NSU 2.0* wurden zwischen 2018 und 2021 bundesweit rund 170 Drohbriefe gegen 70 prominente Anwält:innen, Politiker:innen, Journalist:innen und Kulturschaffende und 60 Institutionen verschickt. Dabei wurde offenbar auf geschützte persönliche Daten aus Polizeicomputern zurückgegriffen. In verschiedenen Polizeidienststellen in Frankfurt, Wiesbaden, Hamburg und Berlin kam es vor dem Versand der Drohbriefe jeweils zu unbefugten Abfragen persönlicher Daten der betroffenen Personen. Im Zuge der Ermittlungen gegen den *NSU 2.0* wurde in Amtshilfe für die leitende Staatsanwaltschaft Frankfurt am Main im Juli 2020 auch die Wohnung eines pensionierten Polizisten in Landshut durchsucht, der verdächtigt wurde, als Trittbrettfahrer ebenfalls Drohbriefe versandt zu haben. Bei der Durchsuchung wurden mehrere illegale Waffen und Munition sichergestellt. Der ehemalige Polizist wurde wegen unerlaubten Waffenbesitzes vom Amtsgericht Landshut zu einer Freiheitsstrafe von 14 Monaten auf Bewährung verurteilt. Ein ebenfalls gegen den pensionierten Polizisten eingeleitetes Disziplinarverfahren wurde im Juli 2023 vom zuständigen Polizeipräsidium München eingestellt, da kein Disziplinarvergehen festgestellt werden konnte. Im Mai 2021 wurde dann der mutmaßliche Haupttäter, der arbeitslose 53-jährige IT-Techniker Alexander M., in Berlin verhaftet. Er wurde im November 2022 wegen des Versandes von 81 Drohschreiben zu einer Strafe von fünf Jahren und zehn Monaten verurteilt. Zufriedenstellende Antworten zu den Datenabfragen blieben allerdings aus. Die militante, international organisierte Skinheadvereinigung *Blood & Honour* (B&H) und ihr bewaffneter Arm *Combat 18* (C18) gehören zu den gefährlichsten rechtsextremen Gruppierungen in Europa. Die *Blood & Honour* Sektionen in Thüringen und Sachsen gehörten nachweislich zum engsten Unterstützungskreis des *Nationalsozialistischen Untergrunds* (NSU) in Deutschland. Sie haben Wohnungen für den NSU angemietet, Geld gesammelt

sowie Waffen und Papiere beschafft. *Blood & Honour* wurde in Deutschland bereits im Jahr 2000 durch das Bundesinnenministerium verboten. Trotzdem gab es in den vergangenen beiden Jahrzehnten immer wieder Versuche, die Organisation als konspiratives Netzwerk fortzuführen. Bei all diesen illegalen Strukturen war Bayern stets ein organisatorisches und personelles Zentrum. Zuletzt wurden im Dezember 2018 15 Objekte von insgesamt zwölf Beschuldigten (davon acht in Bayern) im Rahmen einer bundesweiten Razzia wegen des Verstoßes gegen das Verbot von *Blood & Honour* durchsucht. Das Netzwerk hatte konspirative Sektionen in Bayern, Baden-Württemberg und Thüringen aufgebaut. Gegenstand der Maßnahme war auch die kommerzielle Verwertung der Marke B&H. Der berühmte Sampler *Combat 18 Deutschland* wurde bspw. in Ungarn produziert und in ganz Deutschland vertrieben. Die Zentralstelle zur Bekämpfung von Extremismus und Terrorismus in München hatte gegen elf Beschuldigte Anklage erhoben. Im August 2022 wurden dann neun Funktionäre des illegalen *Blood & Honour* Netzwerkes vom Landgericht München wegen Verstoßes gegen das Vereinsverbot, dem Verwenden von Kennzeichen verfassungswidriger Organisationen, Volksverhetzung und Waffenbesitz zu Geldstrafen und Freiheitsstrafen auf Bewährung verurteilt. Die vergleichsweise milden Strafen beruhen auf einem Deal zwischen Gericht und Angeklagten: Gegen die Bereitschaft zu einem Teilgeständnis wurde den Neonazis ein Strafrabatt zugesichert. Dadurch konnte der Prozess statt der ursprünglich angesetzten 45 Verhandlungstage bereits nach acht Verhandlungstagen beendet werden. Auf eine weitergehende Aufklärung der bereits seit dem Jahr 2012 neugegründeten Strukturen und Aktivitäten von *Blood & Honour* in Deutschland wurde im Zuge dieses Deals jedoch verzichtet. 20 Jahre nach dem Verbot von *Blood & Honour* wurde im Januar 2020 mit *Combat 18* endlich auch der bewaffnete Arm der Organisation durch das Bundesinnenministerium verboten. Das Verbot wurde kurzfristig vollstreckt, nachdem Verbindungen des Mörders

des Kasseler Regierungspräsidenten Walter Lübcke zu *Combat 18*-Aktivisten bekannt wurden. Warum die Sicherheitsbehörden 20 Jahre mit diesem überfälligen Schlag gegen das militante Skinheadnetzwerk gewartet haben, ist völlig unverständlich. Ebenso, dass in Bayern im Zuge der Vollstreckung des Verbotes keine einzige polizeiliche Maßnahme oder Durchsuchung durchgeführt wurde.

Die Erkenntnisse der bayerischen Sicherheitsbehörden in Bezug auf *Combat 18* sind offenbar sehr dürftig. In der Antwort auf eine Anfrage der GRÜNEN aus dem Jahr 2022 behauptet die Staatsregierung, dass ihr keine Erkenntnisse über aktive Strukturen, Mitglieder oder Aktivitäten von *Combat 18* – Zellen in Bayern vorlägen. Dabei ist Bayern immer ein Zentrum der konspirativen Aktivitäten von *Blood & Honour* und *Combat 18* gewesen.

So trat die *B&H-Sektion Franken* bis zu ihrem Verbot im Jahr 2000 als Teil der internationalen C18-Struktur auf. Die fränkischen Bands *Hate Society* und *Soldiers of Freedom* galten in der Szene als *Combat 18*-Bands. In den 00er-Jahren war die militante Gruppe *White Unity* als C 18-Schlägertruppe berüchtigt. Sie war auch an den unter dem Namen *Division 28* auftretenden illegalen *Blood & Honour*-Strukturen beteiligt. Im Nürnberger Raum gab es in diesem Zeitraum eine eigenständige C18-Zelle. Ihr Ordnungsdienst *Strikeforce* war ebenfalls als Schlägertruppe gefürchtet. An der konspirativen Neugründung von *Blood & Honour* im Jahr 2012 waren mit Thorsten Heise und Stanley Röske von Anfang an zwei führende Kader von C18 in Deutschland beteiligt. Die sehr konspirativ arbeitende bayerische Sektion war die mit Abstand größte Gruppierung des illegalen Netzwerks. Stanley Röske gehört zu den vom Münchener Landgericht im *B&H-Verfahren* verurteilten Personen. Zum Stichtag 31.12.2023 waren insgesamt 33 bekannte Rechtsextremist:innen im Besitz einer Waffenerlaubnis. Diese Personen waren im Besitz von 96 legalen Schusswaffen. In diesem Bereich dürfte es jedoch ein großes Dunkelfeld geben. Außerdem kursieren in der rechten Szene in einem erheblichen Umfang illegal erworbene Waffen. Szeneakteur:innen sind zudem am Schmuggel von (Kriegs-)

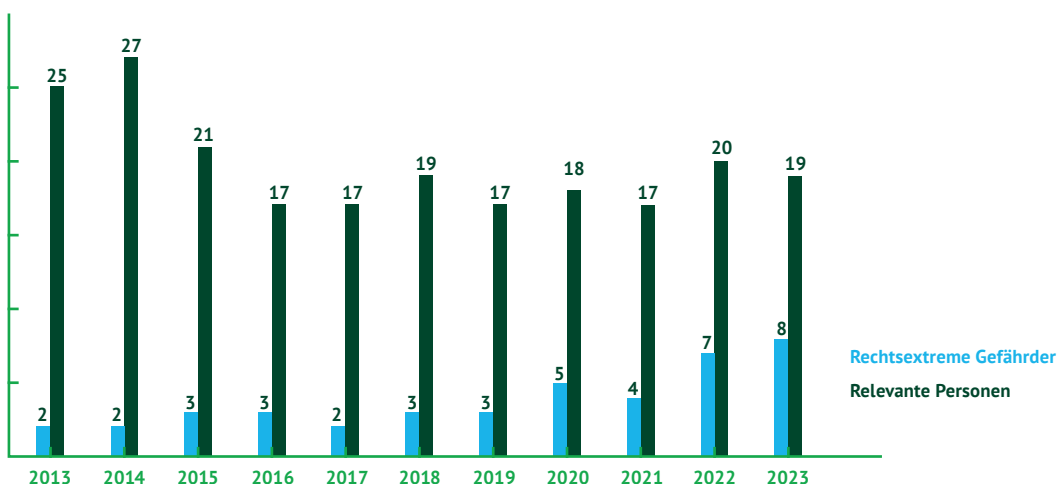
Waffen beteiligt. Dies zeigt sich immer wieder bei Durchsuchungen von Personen aus der rechtsextremen Szene, bei denen umfangreiche Waffendepots ausgehoben werden. Die bedrohliche Lage zeigt sich auch in der hohen Zahl der untergetauchten Neonazis. In Bayern wurden zum Stichtag 31.12.2023 insgesamt 143 Rechtsextremist:innen per Haftbefehl gesucht. Insgesamt bestehen gegen diese Personen 179 offene Haftbefehle. Damit ist die Zahl der gesuchten Personen seit dem Jahr 2020 (97) um zwei Drittel gestiegen. Die Entwicklung ist dabei äußerst dynamisch und besorgniserregend. So wurden allein in den Jahren 2022 und 2023 insgesamt 170 Haftbefehle gegen Personen aus dem Bereich der PMK rechts vollstreckt oder von den zuständigen Staatsanwaltschaften wieder aufgehoben. In den vergangenen zwei Jahren wurden außerdem 272 Haftbefehle im Bereich PMK rechts neu erlassen und die entsprechenden Personen zur Fahndung ausgeschrieben. Die große Zahl untergetauchter Neonazis und nicht vollstreckbarer Haftbefehle stellt eine erhebliche Bedrohung dar. Es ist davon auszugehen, dass viele Betroffene ihre politischen Aktivitäten auch aus der Illegalität heraus fortsetzen. Wie gefährlich dies ist, ist spätestens seit dem *Nationalsozialistischen Untergrund* klar. Die Fahndung nach untergetauchten Rechtsextremisten muss deshalb dringend intensiviert werden. Offene Haftbefehle müssen vollstreckt und verhängte Freiheitsstrafen auch vollzogen werden.

Die hohe Zahl der Haftbefehle zeigt das enorme kriminelle Potenzial der rechtsextremen Szene. Dabei handelt es sich bei den zugrundeliegenden Delikten oft auch um Fälle aus dem Bereich der Alltagskriminalität (Drogen, Waffen, Betrug etc.). Bei 52 von insgesamt 179 offenen Haftbefehlen liegen explizit politisch motivierte Delikte zugrunde. Dabei geht es um das Verwenden von Kennzeichen verfassungswidriger Organisationen, Widerstand gegen Vollstreckungsbeamte, Volksverhetzung, Nötigung, Bedrohung, Körperverletzung und gefährliche Körperverletzung. Bei 25 offenen Haftbefehlen geht es um ein Gewaltdelikt. Neben den Körperverletzungsdelikten geht es dabei auch um räuberische Erpressung, Widerstand gegen Vollstreckungsbeamt:innen, Vergewaltigung und in einem Fall um eine Körperverletzung mit Todesfolge.

„Die bedrohliche Lage zeigt sich auch in der hohen Zahl der untergetauchten Neonazis. In Bayern wurden zum Stichtag 31.12.2023 insgesamt 143 Rechtsextremist:innen per Haftbefehl gesucht.“

Trotz der zahlreichen Verfahren gegen rechtsextreme Terrorgruppen und *Einzeläter:innen* in den vergangenen Jahren wurden 2023 in Bayern nur acht Personen als *rechtsextreme Gefährder:innen* eingestuft, denen auch schwere terroristische Gewalttaten zugetraut werden. Weitere 19 Personen werden 2023 von den Sicherheitsbehörden als *relevante Personen* eingestuft, bei denen zumindest Unterstützungshandlungen bei terroristischen Gewalttaten für möglich gehalten werden. Die Zahl der rechten Gefährder:innen ist zwar in den letzten Jahren moderat gestiegen (sieben Personen in 2022; vier Personen in 2021), wirkt angesichts der zahlreichen in den letzten Jahren aufgedeckten terroristischen Gruppierungen immer noch viel zu niedrig. Zum Vergleich: 2023 gab es in Bayern mit 31 Personen viermal so viele islamistische Gefährder:innen.

Hier wird offensichtlich die reale Gefährdungslage fahrlässig unterschätzt. Wir fordern deshalb eine grundsätzliche Neubewertung des rechtsextremen Gefahrenpotenzials, eine systematische Überprüfung aller Verdachtsfälle, eine individuelle Risikobewertung mit dem neuen Instrument *RADAR rechts* und die Anpassung der Zahl, der von den Sicherheitsbehörden als *rechtsextreme Gefährder* bzw. *relevante Personen* registrierten Neonazis.



8. Straf- und Gewalttaten gegen Amts- und Mandatsträger:innen

Die Angriffe gegen Politiker:innen und politische Repräsentant:innen in Bayern bewegen sich auch in den Jahren 2022 und 2023 auf einem enorm hohen Niveau, auch wenn sie gegenüber dem Rekordjahr 2021 um rund ein Drittel zurückgegangen sind. So wurden 2022 insgesamt 1.081 Straftaten gegen Amts- und Mandatsträger:innen (2021: 1.575) registriert. Nahezu sämtliche Delikte (1.026) werden dem PMK-Bereich *sonstige Zuordnung* zugeschrieben. Hierbei handelt es sich überwiegend um die neuen Protestbewegungen in Folge der Coronapandemie und um Straftaten aus dem Milieu der sog. *Reichsbürger:innen*. Der Rückgang 2022 dürfte vor allem mit dem Abflauen der Corona-Proteste zu erklären sein. Querdenker:innen, Anhänger:innen von Verschwörungsideologien und Reichsbürger:innen versuchen gezielt, mittels Beleidigungen, Bedrohungen, Verleumdung, Volksverhetzung, der Androhung von Straftaten und Sachbeschädigung, Politiker:innen einzuschüchtern und so letztendlich die demokratische Willensbildung zu beeinflussen.

Im Jahr 2023 wurden insgesamt 1.013 Straftaten gegen politische Amts- und Mandatsträger:innen registriert. Damit bewegen sich die Straftaten gegen Politiker:innen in Bayern weiterhin auf einem erschreckend hohen Niveau. Jeden Tag geschehen im Durchschnitt drei Straftaten gegen Amts- und Mandatsträger:innen in Bayern. Bei etwas mehr als der Hälfte der registrierten Straftaten handelt es sich um Drohungen, Verleumdungen, Beleidigungen, Nötigungen oder Volksverhetzungsdelikte, die per E-Mail oder über soziale Medien erfolgten. Über 90 Prozent der Straftaten fallen weiterhin unter die unspezifische Restkategorie *sonstige Zuordnung*. Außerdem werden 50 Straftaten dem Rechtsextremismus und 30 Straftaten dem Linksextremismus zugeordnet. Hierbei dürfte es sich vor allem um Straftaten im Zusammenhang mit dem Landtagswahlkampf 2023 handeln.

Die Zahl der Volksverhetzungsdelikte nach §130 StGB ist 2022 gegenüber 2021 von 62 auf 46 Delikte gesunken. In 31 Fällen konnten der oder die Täter:innen ermittelt werden. Im Jahr 2023 wurden dann noch 27 Delikte nach §130 StGB registriert. Die Zahl der Nötigungsdelikte nach §240 StGB ist demgegenüber 2022 sogar deutlich von 109 auf 256 Straftaten gestiegen. Im Jahr 2023 wurden dann 123 Nötigungen registriert. Nahezu sämtliche Nötigungsdelikte werden dem PMK-Bereich *sonstige Zuordnung* zugeschrieben. In 251 Fällen konnten 2022 Täter:innen ermittelt werden. Sie dürften vor allem aus dem Reichsbürger:innen- und Querdenker:innen-Milieu stammen, welches sich 2022 stark radikalisiert hat. Die Zahl der Verfahren wegen Beleidigung nach §185 StGB ist 2022 deutlich gegenüber dem Vorjahr von 819 auf 259 Delikte zurückgegangen. Auch die Zahl der Bedrohungen nach §241 ist 2022 von 116 auf 58 Fälle gesunken. Der Rückgang der Gesamtzahl der Straftaten gegen Politiker:innen liegt also vor allem an den stark gesunkenen Deliktzahlen in diesen Bereichen. Im Jahr 2023 wurden noch 195 Beleidigungen nach §185 StGB und 39 Bedrohungen nach §241 StGB in der Kriminalstatistik festgehalten.

Die Zahl der Gewaltdelikte ist entgegen dem Gesamttrend im Jahr 2022 mit 122 Delikten noch einmal deutlich gegenüber 2021 (75 Delikte) auf ein Rekordniveau gestiegen. Im Jahr 2023 wurden 55 Gewalttaten registriert. Bei einem Großteil der Gewaltdelikte handelt es sich um Erpressungen. Alle Erpressungsdelikte fallen unter die unspezifische PMK-Kategorie *sonstige Zuordnung*. Es dürfte sich dabei zum größten Teil um Taten aus dem Spektrum der *Reichsbürger:innen* und *Selbstverwalter:innen* handeln, die die Autorität staatlicher Behörden nicht anerkennen. Außerdem gab es im Jahr 2023 noch acht (versuchte) Körperverletzungsdelikte. Darunter fällt auch der Steinwurf eines mutmaßlichen Reichsbürgers auf die Redner:innen einer grünen Wahlkampfkundgebung am 17. September 2023 in Neu-Ulm. Fast alle Gewalttaten (121 von 122) aus dem Jahr 2022 und dem Jahr 2023 (53 von 55) werden der PMK-Kategorie *sonstige Zuordnung* zugeschrieben. Es handelt sich also um Delikte aus dem Milieu der neuen rechtsoffenen Protestbewegungen. Verschwörungstheoretiker:innen und Reichsbürger:innen haben sich in den vergangenen Jahren noch einmal deutlich radikalisiert. Die stark gesunkene Zahl der Gewaltdelikte 2023 dürfte mit dem Abflauen der Straßenaktivitäten der genannten Protestbewegungen zusammenhängen. Betrachtet man die Gesamtanzahl der Straftaten gegen Amts- und Mandatsträger:innen sowie die Anzahl der Gewaltdelikte über den mittleren Zeitverlauf von fünf Jahren ist eine alarmierende Entwicklung festzustellen, die ein demokratiegefährdendes Niveau erreicht hat. So hat sich die Anzahl der Straftaten gegen Amts- und Mandatsträger:innen gegenüber 2019 (245) mehr als vervierfacht und die Anzahl der Gewaltdelikte hat sich im Vergleich zu 2019 (24 Gewaltdelikte) im Jahr 2022 verfünffacht. Die Zahl der von Gewalttaten betroffenen Amts- und Mandatsträger:innen hat sich im Jahr 2022 mit 161 Personen gegenüber dem Vorjahr nahezu verdoppelt (88 Opfer). 2023 liegt die Zahl der betroffenen Politiker:innen mit 62 Opfern von Gewalttaten gegenüber dem Rekordjahr 2022 zwar deutlich niedriger, ist aber immer noch erschreckend hoch.

Im Jahr 2022 konnten bei 804 Straftaten gegen Amts- und Mandatsträger:innen die Täter:innen ermittelt werden. Die Aufklärungsquote hat sich damit gegenüber dem Vorjahr deutlich von 48 auf 74 Prozent erhöht. Im Jahr 2023 wurden bisher 772 Täter:innen ermittelt. Auch hier liegt die Aufklärungsquote mit 76 Prozent in einem befriedigenden Bereich. Bei den Gewalttaten im Jahr 2023 konnten insgesamt 50 Täter:innen ermittelt werden. Trotzdem kam es nur zu 14 rechtskräftigen Verurteilungen; allesamt Geldstrafen. In acht Fällen wurde von der Staatsanwaltschaft ein Strafbefehl beantragt und in nur einem Fall kam es zu einer Anklageerhebung. Hierbei handelt es sich um den Steinwurf eines Reichsbürgers auf eine grüne Wahlkampfkundgebung in Neu-Ulm. Der Täter wurde mittlerweile zu einer Freiheitsstrafe von zwei Jahren verurteilt. Einige Verfahren wurden auch mit anderen Strafverfahren verbunden. Viele Verfahren enden aber aus unterschiedlichen Gründen immer noch mit einer Einstellung.

Der starke Anstieg der Straftaten vor allem im PMK-Bereich *sonstige Zuordnung* lässt sich auf das Erstarken der *Querdenken-Bewegung* und der Reichsbürger:innen-Szene im Zuge der Corona-Pandemie zurückführen. Beide Milieus zeichnen sich durch eine hohe Staatsverdrossenheit und Elitenfeindlichkeit aus. Dies äußert sich vor allem in einer großen Zahl von strafbaren Hasspostings und Schreiben an politische Amts- und Mandatsträger:innen. Mit den Coronaprotesten sind auch Verschwörungsmutheorien in den Mainstream vorgedrungen. Dies wiederum hat zu einem Erstarken der Reichsbürger:innen-Bewegung geführt.

Im Jahr 2022 wurden allein 424 von 1.081 Straftaten gegen politische Amts- und Mandatsträger:innen der Szene der Reichsbürger:innen und Selbstverwalter:innen zugeordnet. Im Jahr 2021 waren es demgegenüber nur 229 von insgesamt 1.575 Straftaten. 2022 hat es also einen enormen Mobilisierungs- und Radikalisierungsschub in diesem Milieu gegeben. Dies äußerte sich u. a. auch in verschiedenen bekannt gewordenen Attentats- und Putschplänen von Gruppen aus der Reichsbürger:innen-Szene. 2023 sind dann die Straftaten von Reichsbürger:innen gegen Amts- und Mandatsträger:innen wieder auf 214 von insgesamt 1.013 Straftaten zurückgegangen. Dies könnte neben einer gestiegenen Repression gegen die Reichsbürger:innen-Szene allerdings auch mit Änderungen in der statistischen Erfassung dieser Taten zusammenhängen. Verschwörungsideolog:innen werden nun genauer erfasst und Reichsbürger:innen nur noch als eine Unterkategorie behandelt.

Im Landtagswahlkampf 2023 kam es ebenfalls zu einer erschreckend hohen Zahl an Straftaten. So wurden allein rund 700 Sachbeschädigungen an Wahlkampfmaterialien angezeigt. Hauptbetroffen waren wir GRÜNE.

Auch die Angriffe gegen Parteieinrichtungen richteten sich vor allem gegen GRÜNEN-Partei- und Abgeordnetenbüros. Die Statistik der Straftaten im Zusammenhang mit Wahlkampfversammlungen ist fehlerhaft. Grüne werden dort gar nicht als Ziel von Straf- und Gewalttaten erfasst. Es gab aber Angriffe wie den Steinwurf anlässlich der Kundgebung in Neu-Ulm oder die Übergriffe bei der Festzeltveranstaltung in Chieming, welche in der Kriminalstatistik nicht auftauchen.

Laut Erkenntnissen der Staatsregierung wurden in Bayern insgesamt 703 Sachbeschädigungsdelikte im Zusammenhang mit dem Wahlkampf 2023 registriert. Mit 639 Delikten fallen die meisten Vorfälle unter die PMK-Rubrik *sonstige Zuordnung*. 51 Delikte werden der PMK links und 13 Delikte der PMK rechts zugeordnet. In 96 Fällen konnten Täter:innen ermittelt werden. Die meisten Sachbeschädigungen richteten sich gegen Wahlkampfplakate der GRÜNEN (mehr als ein Drittel der Straftaten = 263 Delikte). Mit deutlichem Abstand folgen AfD mit 169 und CSU mit 141 Sachbeschädigungen gegen ihre Wahlkampfmaterialien.

Es wurden insgesamt 25 Straf- und Gewalttaten im Zusammenhang mit Wahlkampfveranstaltungen registriert. Bis auf zwei Ausnahmen (CSU) richteten sich alle gegen Veranstaltungen der AfD. Es wurden keine Straftaten im Zusammenhang mit GRÜNEN-Kundgebungen registriert. Das entspricht jedoch nicht der Realität. Bei mehreren GRÜNEN-Wahlkampf-kundgebungen kam es zu Straftaten und Übergriffen. Der spektakulärste Fall ist sicherlich der Steinwurf eines Reichsbürgers auf GRÜNE-Abgeordnete in Neu-Ulm. Außerdem kam es zu 15 Angriffen gegen Parteibüros. Überwiegend handelt es sich um Sachbeschädigungen. Sieben Straftaten richteten sich gegen GRÜNE-Büros; nur eine gegen die AfD.

Die Staatsregierung hat keine Erkenntnisse, wie viele Politiker:innen in Folge von Hasskriminalität ihr Amt oder Mandat nieder-

gelegt bzw. von einer Kandidatur abgesehen haben. Vor einer Abfrage der kommunalen Spitzenverbände wurde abgesehen, da die Entscheidung zur Niederlegung kommunaler Ämter und Mandate keiner Begründung bedarf. Trotzdem ist davon auszugehen, dass die Kommunalverbände über Erkenntnisse und Einschätzungen zu diesem Problemfeld verfügen. Zu der Betroffenheit von Hasskriminalität liegen zudem bereits diverse Umfragen und Studien vor.⁹

Über das Online-Meldeverfahren für politische Amts- und Mandatsträger:innen kam es seit Start des Meldeverfahrens am 11.09.2020 zu insgesamt 200 Prüfbitten bei der Hate-speech-Beauftragten der Generalstaatsanwaltschaft München. In 165 Fällen wurden strafrechtliche Ermittlungen eingeleitet. Es haben jedoch bisher nur 183 Amts- und Mandatsträger:innen Zugang zu dem Online-Meldeverfahren bei der Zentralstelle zur Bekämpfung von Extremismus und Terrorismus erhalten. Das dürfte auch die Ursache dafür sein, dass angesichts der Gesamtzahl der einschlägigen Straftaten gegen Politiker:innen die Zahl der online gemeldeten Fälle immer noch sehr gering ausgefallen ist.

Nachwort

Wir hoffen, dass sich unser neues Lagebild als hilfreiche Übersicht über rechtsextreme Akteur:innen und Entwicklungen in Bayern bewährt. Bei der Auseinandersetzung mit demokratiegefährdenden Tendenzen empfehlen wir, das Vertrauen in die eigenen Stärken nicht zu verlieren. Die Demonstrationen nach den Correctiv-Recherchen zum rechts-extremistischen Geheimgespräch in Potsdam und auch die Proteste gegen den AfD-Bundesparteitag in Essen haben gezeigt, wie viele Menschen im ganzen Land bereit sind, unsere vielfältige Demokratie zu verteidigen. Gemeinsam können wir das Problem Rechtsextremismus in den Griff bekommen. Hierfür sind allerdings alle gesellschaftlichen Funktionsbereiche gefragt: eine wache Politik, die sich aktiv für den demokratischen Zusammenhalt einsetzt, kompetente Sicherheitsbehörden, die konsequent durchgreifen, mutige Journalist:innen und anhaltendes Engagement der Zivilgesellschaft. Wenn diese Kompetenzen zusammenkommen, ist die Brandmauer gegen rechts nicht bloß eine Metapher.

Für mehr Infos zum Engagement gegen Rechtsextremismus kontaktiert gerne Cemal Bozoğlu, unseren Sprecher für Strategien gegen Rechtsextremismus, oder folgt ihm auf Instagram, X oder Facebook.

[✉ cemal.bozoglu@gruene-fraktion-bayern.de](mailto:cemal.bozoglu@gruene-fraktion-bayern.de)

[📷 instagram.com/cemal.bozoglu_](https://www.instagram.com/cemal.bozoglu_)

[✕ x.com/BozogluCemal](https://x.com/BozogluCemal)

[f facebook.com/cemal.bozoglu.mdl](https://www.facebook.com/cemal.bozoglu.mdl)



Mit einem Lichtermeer wurde in München am 11. Februar 2024 ein Zeichen für Demokratie und Menschenrechte gesetzt. Foto: Robert Andreasch

Die Feinde der Demokratie haben keine Chance, wenn...

... Sicherheitsorgane wie Polizei und Verfassungsschutz ihrer Aufgabe gerecht werden,

... die Zivilgesellschaft wach bleibt,

... die Politik ein demokratisches Bündnis schafft und standhaft bleibt.



**WIR SIND
DIE BRANDMAUER!**

**GRÜNE FRAKTION
LANDTAG BAYERN**

